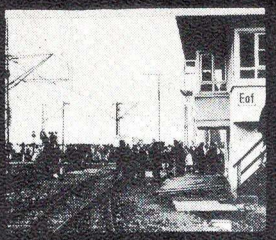
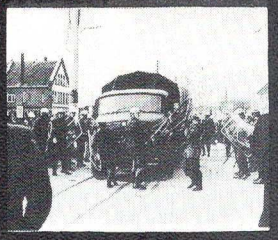
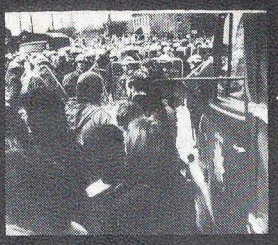
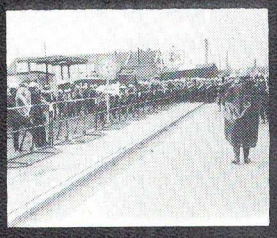
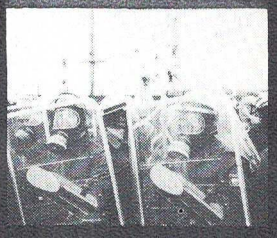
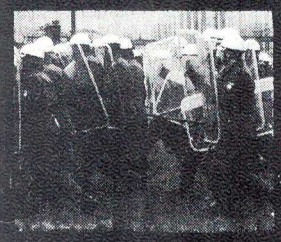


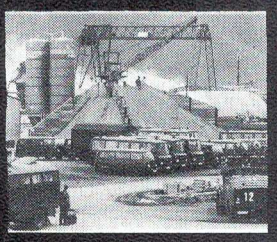



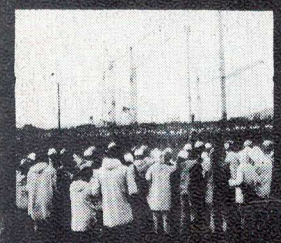



GROHNDE

19.3.77 dokumentation





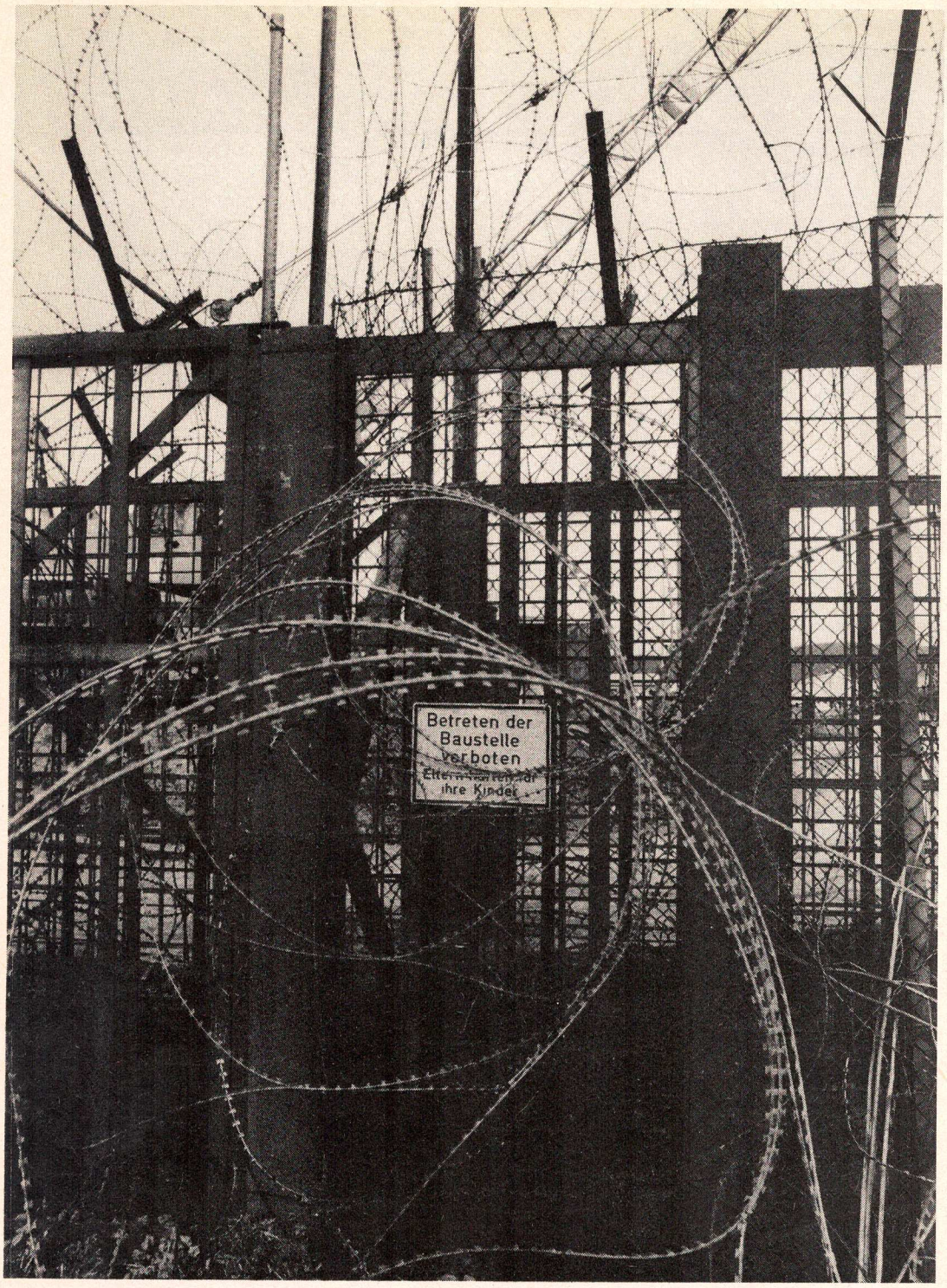


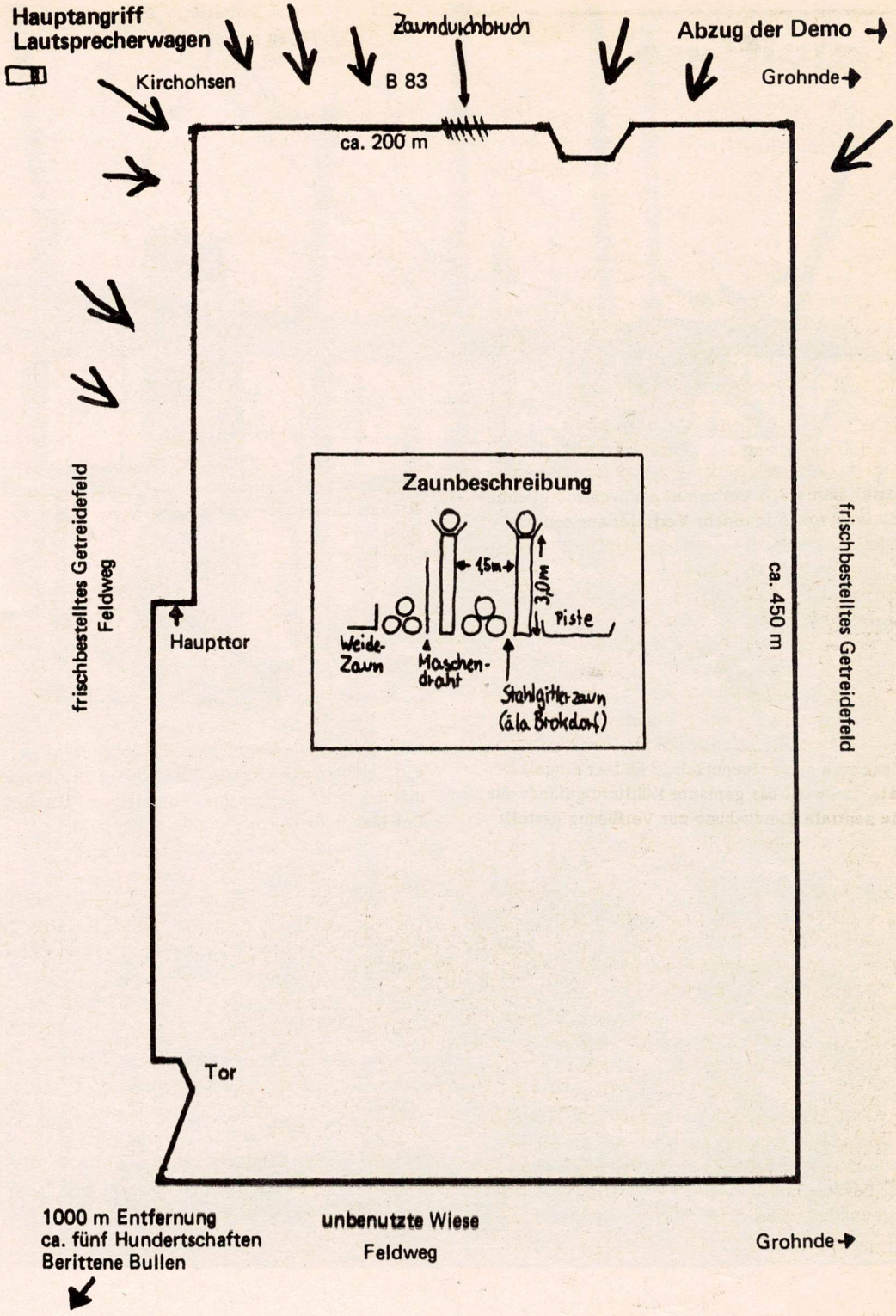
Wilfried Hohlstein

2,50 DM

Impressum:
Die Grundzüge dieser Broschüre wurden auf einem Treffen von Bürgerinitiativvertretern aus folgenden Städten ausgearbeitet:
Bielefeld, Münster, Kassel, Göttingen, Hameln, Hannover, Hamburg, Bremen, und Vertretern der Verkehrsausschüsse, des Sanitätsausschusses und des Ermittlungsausschusses.
An der Erstellung und Realisierung der Dokumentation beteiligten sich die Bürgerinitiativen aus Kassel, Göttingen, Hannover, Hameln, Bremen und Vertreter des Ermittlungsausschusses und des Sanitätsausschusses der BUU Hamburg.

Diese Dokumentation wird darüberhinaus unterstützt von den Bürgerinitiativen aus Detmold, Bad Pyrmont und Braunschweig.
V.i.S.d.P.: Internationalismus Buchladen und Verlagsgesellschaft mbH, 3000 Hannover, Königswortherstr.
Herausgeber: BI Hameln, Hannover Göttingen, Kassel und die Ermittlungsausschüsse aus Hamburg und Kassel
Kontakt und Vertrieb: BI Hannover c/o Antiatomzentrum im UJZ Nordstadt, Kornstraße 28, 3000 Hannover
Tel.: 0511/715033, täglich von 15-18 Uhr
Datum: 7.4.77 Auflage: 7000
Druck: SOAK GmbH, Am Taubenfelde 30, 3 Hannover 1
Gestaltung: Volker Schimkus, Göttingen


Betreten der
Baustelle
verboten
ihre Kinder


Hauptangriff
Lautsprecherwagen
Kirchohsen
B 83
Zaundurchbruch
Abzug der Demo
Grohnde
ca. 200 m
frischbestelltes Getreidefeld
Feldweg
Haupttor
Zaunbeschreibung
1,5m
3,0m
Piste
Weide-Zaun
Maschen-draht
Stahlgitterzaun (à la Brokdorf)
ca. 450 m
frischbestelltes Getreidefeld
Tor
1000 m Entfernung
ca. fünf Hundertschaften
Berittene Bullen
unbenutzte Wiese
Feldweg
Grohnde

Einleitung

Am 5.3. beschlossen die anwesenden Vertreter von ca 50 Bürgerinitiativen auf der, Regionalkonferenz in Kirchohsen am 19.3. eine Demonstration am Bauplatz des geplanten AKW Grohnde durchzuführen.
Als Grundlage der Mobilisierung diente eine einstimmig gefaßte Resolution, in der sich die BIs nicht-wie zunächst von einigen beabsichtigt-auf eine gewaltfreie Aktion festlegten; alle Formen des Widerstandes, einschließlich des Versuchs einer Platzbesetzung sollten in dieser Aktion ihren Platz finden.
Gleichzeitig wurde beschlossen, eine zentrale Demonstrationsleitung aus Vertretern aus Hamburg, Bremen, Hannover, Münster, Bielefeld, Göttingen, Kassel, Hameln, 3 Vertretern der Weserberglandinitiativen, sowie je einem Vertreter aus den drei Ausschüssen zu bilden(Verkehrsausschuß, Saniausschuß, Ermittlungsausschuß).
Die Diskussion in der Demoleitung war von Anfang an stark durch die Auseinandersetzungen mit zwei Vertretern des WSL(Weltbund zum Schutze des Lebens) aus Pyrmont bestimmt. Sie bestanden darauf, gegen den Mehrheitswillen der Demoleitung die Demonstration polizeilich anzumelden; sie bestanden auf einer eigenenKundgebung in Kirchohsen, für die sie auch eigenmächtig Redner eingeladen hatten, obwohl das geplante Kühlturmgelände für die zentrale Kundgebung zur Verfügung gestellt worden war. Schließlich beanspruchten sie sogar ein Vetorecht für sich, wollten eigene Ordnertrup pen aufstellen, da sie als polizeilich Verantwortliche die Demonstration angemeldet hatten. Als die Demoleitung am Kirchohsener Beschluß:Demonstration am Bauplatz, festhielt und keinen Grund sah, irgend jemandem eine Sonderstellung oder gar ein Vetorecht einzuräumen, verließen die zwei WSL-Vertreter die Demonstrationsleitung.
Die Verantwortlichen einiger örtlicher Initiativen zogen sich daraufhin sofort von allen Aktivitäten am 19.3. einschließlich technischer Hilfeleistung wie Bereitstellung von Räumen etc. zurück. Um so bedeutsamer ist es, daß dennoch große Teile der Bevölkerung sich an der Demonstration beteiligt und besonders durch Hilfeleistungen für unseren Sanidienst praktische Solidarität geübt haben.

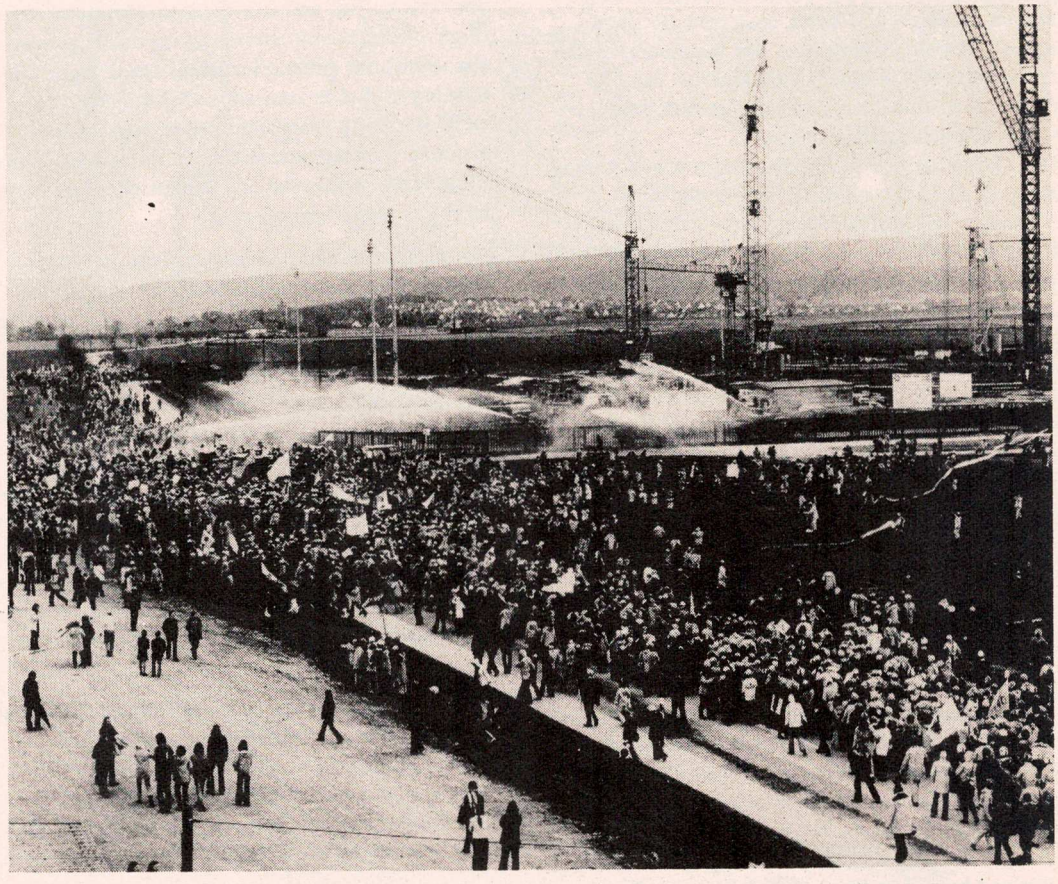
Die erfreuliche Mobilisierung und der Ablauf der Aktion haben gezeigt, daß die Mehrheit der AKW-Gegner nicht Ort und Zeit ihres Protestes von der Regierung oder irgendwelchen Behörden vorschreiben läßt.
Trotz der Totschweigetaktik der bürgerlichen Presse kamen am 19.3. 20 000 nach Grohnde, zu großen Teilen fest zum Angriff auf den Bauzaun entschlossen. Das entschlossene und einheitliche Vorgehen, durch das die Polizeisperre in Kirchohsen durchbrochen und Trotz Wasserwerfern, Tränengas und Polizeiübergriffen breite Löcher in den Zaun gerissen wurden, zeigte, daß sich die Anti-AKW-Bewegung nicht nur in Brokdorf, sondern auch in Grohnde und anderswo praktischen Widerstand leisten wird.
Der brutale Angriff der Polizei forderte zahlreiche Verletzte unter den Demonstranten, wovon die meisten von unserem eigenen Sanidienst versorgt wurden. Ca 50 mußten in die umliegenden Krankenhäuser gebracht werden, davon lagen am Sonntag noch 5 in stationärer Behandlung. Die ca 80 vorläufig Festgenommenen, von denen 4 bis zum Sonntag nachmittag in Haft waren, waren zahlreichen Schikanen und Repressionen der Polizei und Justiz ausgesetzt.

Der rücksichtslose Polizeieinsatz, die in sämtlichen Medien einsetzende Hetze, die von allen Politikern und Parteien forcierte Kriminalisierung aller in Grohnde beteiligten AKW-Gegner sind ein Zeichen, wie ernst es den AKW-Befürwortern mit der Durchsetzung ihrer ehrgeizigen Pläne ist. Der lächelnde Landesvater hat ausgespielt. Sie wollen einen Trennungsstrich ziehen zwischen "Gewaltfreien" und "Verbrechern", zwischen "gemäßigten" und "radikalen" AKW-Gegnern,. Wir müssen einen Trennungsstrich ziehen zwischen denjenigen, die gegen Atomanlagen kämpfen wollen und denjenigen, die sich teilweise im direken Auftrage der betreibenden Industrie befürworten.

Die Presseerklärung der örtlichen Bürgerinitiativen nach der Grohnder Demonstration ist ein gutes Beispiel dafür, wie innerhalb der Anti-AKW-Bewegung trotz unterschiedlicher Vorstellungen über die Formen des Protestes, die Solidarität gegen die Front der AKW-Befürworter aussehen kann.

Diese Dokumentation stellt eine vorläufige Materialsammlung zu den Ereignissen am 19.3. dar, mit der wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit den Lügen der gleichgeschalteten Presse entgegenwirken können und die als Grundlage für die Auseinandersetzung um Erfolge und Schwächen der Grohnder Aktion und die nächsten Aufgaben der Anti-AKW-Bewgung dienen kann.

Sie hat nicht den Anspruch, eine umfassende politische Einschätzung vorzunehmen; dieses war aufgrund der unterschiedlichen Meinungen, die innerhalb der Demoleitung zu den verschiedensten Punkten bestanden, auch kaum möglich. Dazu sollen die einzelnen BIs in eigenen Stellungnahmen sich äußern; bereits vorliegende drucken wir hier ab, zukünftige sollten dann in örtlichen und regionalen AKW-Infos Berücksichtigung finden.



BESCHLUß DER REGIONALKONFERENZ AM 5.3.77 IN KIRCHOSEN

AUFRUF ZUR GROßKUNDGEBUNG AM ATOMKRAFTWERKSBAUPLATZ GROHNDE AM 19.3.77

Die Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke ruft alle verantwortungsbewußten Bürger zu einer Demonstration am Baugelände des Atomkraftwerks Grohnde am 19.3.77, 11 Uhr, auf.

Nicht nur in Brokdorf hat es eine "Nacht- und Nebelaktion" gegeben, bereits am 8, Juni 1976 besetzte die Preußen--Elektra den Bauplatz für ihr Atomkraftwerk Grohnde in ähnlicher Weise, obwohl 14oo Bürger des Weserberglandes Einspruch gegen das Atomkraftwerk erhoben haben. Der Bau und Betrieb des Atomkraftwerks sind nun in bedrohliche Nähe gerückt.

Weil wir wissen, daß Atomanlagen unser Leben gefährden, erklären wir: Wir wollen kein AKW in Grohnde oder anderswo!
Die Bürgerinitiativen fordern:
-Sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten in Grohnde und Räumung des Platzes!!
-Kein AKW in Grohnde und auch nicht anderswo!!
-Keine Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien!!
-Weg mit dem Atomenergieprogramm!!
-Einstellung aller Ermittlungsverfahren und Strafverfolgungen gegen AKW-Gegner!!

Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei, wir wollen das AKW verhindern. Polizisten und Bauarbeiter sind nicht unsere Gegner in Grohnde, es geht uns um die Sache selbst, um die Verhinderung von Atomkraftwerken.

Alle Bürgerinitiativen werden aufgefordert, sich an die hier formulierten Beschlüsse zu halten und Vorbereitungen zur Großkundgebung zu treffen.

Dieser Beschluß ist auf der Regionalkonferenz (59 BI's) einstimmig, ohne Enthaltungen, angenommen worden.

Presseerklärung der Demonstrationsleitung
vom 19.3.1977 - 18Uhr

- einstimmig angenommen -

Die Demonstration von ca 20 000 AKW-Gegnern am 19.3. in Grohnde hat die Entschlossenheit der Anti-AKW-Bewegung gezeigt, für ihre Forderung "Kein AKW in Grohnde und auch nicht anderswo" einzutreten und praktischen Widerstand zu leisten. Trotz massiver Angriffe der Polizei gelang es, eine breite Bresche in den Zaun zu schlagen.
Der von Ministerpräsident Albrecht zu verantwortende brutale Polizeieinsatz forderte mehrere Schwerverletzte besonders durch den Einsatz von Chemical Mace, Schlagstöcken und berittener Polizei. Hierdurch hat Albrecht gezeigt, daß er auch in Niedersachsen, wie es auch in anderen Bundesländern zu erwarten ist, gewillt ist, Atomanlagen mit militärischen und polizeistaatlichen Mitteln durchzusetzen.
Um den einheitlichen Abschluß der Demonstration angesichts der massiv anrückenden Polizeikräfte zu ermöglichen, beschloß die Demonstrationsleitung einstimmig, sich geordnet nach Grohnde zurückzuziehen, um dort mit einer Abschlußkundgebung die Demonstration zu beenden.

Die Genehmigung

Am 8. Juni 1976 erließ der niedersächsische Sozialminister entgegen 12000 Einsprüchen von Bewohnern des Weserberglandes die Baugenehmigung für das Atomkraftwerk Grohnde und ordnete deren sofortige Vollziehbarkeit an. Über Nacht, wie in Brokdorf, wurde das vorgesehene Baugrundstück an der Weser unter starkem Polizeischutz im Scheinwerferlicht eingezäunt und das darauf wachsende Getreide einfach niedergemacht. Das hat vielen Menschen im Wesertal zu denken gegeben.

Die Belastung des Fflusses durch das AKW war bis dahin nie erörtert worden, Gutachten zu dieser Frage blieben bis zum heutigen Tage unter Verschluß.
Erst als die Preußen Elaktra bereits die Betonfundamente fertigte, fand am 14.12.76 in Hannover unter Ausschluf schluß der Öffentlichkeit ein wasserrechtlicher Erörterungstermin statt, der von den geladenen Einwendern schnell als Täuschungsmanöver erkannt wurde: in der Baugenehmigung entdeckten sie auf Seite 81, daß der Regierungspräsident in Hannover admals bereits "in seiner endgültigen Stellungnahme dem Vorhaben aus wasserrechtlicher Sicht grundsätzlich" zugestimmt hatte.
Die empörten Menschen brachen den Termin unter Protest ab und forderten den sofortigen Baustopp des des Atomkraftwerks in Grohnde.

Solidaritäts-Erklärung der "Organisationen til Oplysning Om Atomkraft" - Dänemark - vom 18.3.77
- telegraphisch -

Die in der OOA zusammengeschlossenen dänischen Atomkraftgegner unterstützen die Proteste gegen das geplante AKW Grohnde - stop - Alle AKW-Bauvorhaben müssen sofort gestoppt werden -stop- Nicht nur die Entsorgung des Atommülls ist bislang ungeklärt - stop - Nach dem Freiburger Gerichtsurteil gegen das AKW Wyhl ist nochmals gezeigt worden, wie sehr die Gesundheit der Bevölkerung von AKWs bedroht ist - stop - Wir hoffen, daß der Druck aus der Bevölkerung das Atomkraftprogramm zum Erliegen bringt, in der BRD und auch anderswo - stop -

OOA KOPENHAGEN
Siegfried Christiansen

Selbstverständnis-Erklärung der Demonstrationsleitung vom 18.3.1977

Das Hauptziel der Kundgebung ist, die Forderung "Kein AKW in Grohnde oder anderswo" praktisch zu erfüllen.
Deshalb ist die Aufgabe der Demonstrationsleitung, die Besetzung des Baugeländes in Grohnde zu koordinieren.
Dazu informiert, organisiert, koordiniert die Demo-Leitung, beschließt mehrheitlich und veröffentlicht über Lautsprecher die Beschlüsse und begründet sie.
Die Demo-Leitung setzt ihre Beschlüsse nicht durch Ordner oder Demonstranten mit ähnlichen Funktionen durch. Sind die Beschlüsse den Demonstranten einsichtig, so werden die Demonstranten diese Beschlüsse zur Grundlage ihres Handelns machen - sind die Beschlüsse nicht einsichtig, so dürfen sie nicht durch Ordner durchgesetzt werden.
Die Grundlage und Methode, eine Bauplatzbesetzung erfolgreichdurchzuführen, ist unser geschlossenes Auftreten an allen Stellen. Wobei wir wissen, daß wir keine militärische Auseinandersetzung mit der Polizei und dem BGS führen können. So ist es auch zum Schutz aller Demonstranten un bedingt erforderlich, in geschlossenen Zügen an- und abzureisen.
Die Demo-Leitung bleibt geschlossen am jeweiligen Ort des Geschehens, d.h. auch an der Spitze der jeweiligen Marschformationen. Das wird voraussichtlich auch gleichzeitig der Standort des Lautsprecherwagens sein.
Die ständige Beschlußfassung wird vorausgesetzt und durch optische und akustische Signale gewährleistet.

Am 19.2.77 fand quasi im Schatten der Demonstration in Brokdorf eine Aktion in Grohnde statt, an der sich etwa 1000 AKW-Gegner beteiligten. Die Polizisten wurden mit Blumen und Luftschlangen überrascht und der Bauplatz konnte für ca 2 Stunden besetzt werden. Aufgrund der z.T. ablehnenden Haltung der örtlichen Initiativen wurde beschlossen, den Platz freiwillig zu räumen, anstatt sich von der Polizei vom Platz tragen zu lassen.

DWZ 17.3.77

BI Weserbergland:

Demonstration am Bauplatz abgesagt

KR HAMELN-PYRMONT. **Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns eine Stellungnahme der Bürgerinitiative Weserbergland, in der der geplante Demonstrationszug am Sonnabend von Kirchohsen zum Kernkraftwerksgelände abgesagt wird. Nachstehend geben wir die Verlautbarung wieder:**

Die Bürgerinitiative Weserbergland hat zu einer Großkundgebung gegen das Atomkraftwerk Grohnde in Kirchohsen vor der Zuckerfabrik am 19. März um 10 Uhr aufgerufen. Es werden profilierte Atomkraftwerks-Gegner sprechen, unter anderm Prof. Haverbeck, TH Bielefeld, Prof. Bruns, TH Berlin, ein Vertreter der Bürgerinitiative Wyhl/Freiburg, ein Vertreter der Bürgerinitiative Brokdorf, außerdem von den örtlichen Bürgerinitiativen Pastor Bretzke aus Tündern und Werner Schirr vom Weltbund zum Schutz des Lebens. Diese Großkundgebung ist angemeldet und genehmigt. Die Anmeldung für den geplanten Demonstrationszug ziehen wir zurück. Zu einer weitergehenden Demonstration am Zaun des Atomkraftwerkes rufen wir nicht mehr auf, weil eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen mit allen Beteiligten nicht möglich war. Vereinzelt ist gewaltsames Vorgehen angekündigt worden gegen die KZ-ähnliche Anlage, die offensichtlich von der Landesregierung mit allen Mitteln verteidigt werden soll. Dabei können unkalkulierbare Situationen entstehen, die wir vermeiden wollen.

Wir können es nicht verantworten, daß unsere Mitbürger in gewaltsame Auseinandersetzungen hinein gezogen werden. Wir wollen eine gewaltfreie Kundgebung!

Unterzeichner: Die Bürgerinitiativen des Weserberglandes, **Gruppe Bodenwerder, Grohnde, Kirchohsen, Tündern** und **Bad Pyrmont im WSL.**

Erklärung der Demonstrationsleitung vom 18. 3. 1977

Die für Samstag, 19.3., bundesweit angekündigte Demonstration und Großkundgebung am Bauplatz des Atomkraftwerks Grohnde wird um 11 Uhr stattfinden.

Die von über 50 Bürgerinitiativen eingesetzte und weiterhin getragene Demonstrationsleitung bedauert, daß die Deligierten einiger Gruppen des Weltbundes zum Schutze des Lebens sich durch die bedrohliche Massierung von Polizeikräften im Raum Grohnde einschüchtern lassen und nicht mehr am einheitlich beschlossenen Vorgehen festhalten. Sie haben weiterhin durch geheime Gespräche mit Ministerpräsident Albrecht die Einheit der Bürgerinitiativen sabotiert und in der Öffentlichkeit Verwirrung gestiftet.

Die Demonstationsleitung verurteilt die atomstaatlichen Methoden zur Durchsetzung des von der Bevölkerung abgelehnten Kraftwerkbaus und fordert alle Atomkraftgegner auf, sich der Demonstration zum Bauplatz anzuschließen.

Bericht des Verkehrsausschuss

Anfahrt Nord

Am ersten Sammelpunkt in Garbsen kamen wir z.T. mit etwas Verspätung an. Die Busse hatten sich verspätet oder waren zu falschen Abfahrtszeiten angemietet. Auf der Autobahn wurde im geschlossenen Konvoi gefahren (2-3spurig). An der Autobahnabfahrt Lauenau kamen noch Busse dazu. Auf der Bundesstraße in Richtung Hameln wie auch schon vorher übernahmen spezielle PKWs und Krads die Verkehrsregelung an Ampeln und Kreuzungen. Am BHW Info in Hameln wollte sich der KBW mit einigen PKWs an die Spitze des Zuges stellen. Das wurde verhindert. Ein Polizeiwagen übernahm teilweise die Führung durch Hameln, die Polizisten regelten den Verkehr. Das hätte katastrophale Folgen haben können, denn es wurde ein Lautsprecherwagen und PKWs vom Zuge getrennt. In Hameln haben wir uns nochmals gesammelt und sind dann geschlossen nach Kirchohsen zur ersten Polizeisperre gefahren. Ein großer Fehler war es, daß wir dort nicht das Parken der Busse organisieren konnten.
Aus dem Norden kamen mindestens 87 Busse und jede Menge PKWs. Es waren mindestens 14000 Demonstranten.

Anfahrt Süd und West

Der Treffpunkt Kassel war schwach besucht. Am Treffpunkt Höxter mußte der Westzug auf den Südzug warten, da die Abfahrtszeiten z.T. falsch berechnet waren. Von Höxter ging es reibungslos bis nach Grohnde, in Polle konnten sich noch Fahrzeuge einreihen. Das Parken in Grohnde wurde ohne Schwierigkeiten organisiert. Aus dem Süden und Westen kamen 20 Busse und sehr viele PKWs. Es waren mindestens 4ooo Demonstranten.
Danach ruhte die Arbeit des Verkehrsausschusses. Am Ende der Demo sollte die Rückfahrt organisiert werden. ABER...
Weder die Demoleitung noch der Verkehrsausschuß hatten den Rückzug ausreichend diskutiert und geplant.

Die Folgen: Langes Warten und planloses Umhergelaufe in Grohnde speziell vom Nordzug. Die PKW-Fahrer waren schutzlos den Übergriffen der Bullen ausgeliefert. Keine geschlossene Rückfahrt im Konvoi und dadurch kein Schutz für die Fahrzeuge. Das auf der Anfahrt gut funktionierende Verkehrssystem mit Kradmeldern, Funk etc brach total zusammen. Als schlecht hat es sich erwiesen, daß die Busfahrer auf der Rückfahrt sich nicht nach den Anweisungen der Demonstranten und Busobleute richteten, sondern eilig nach Hause fuhren.

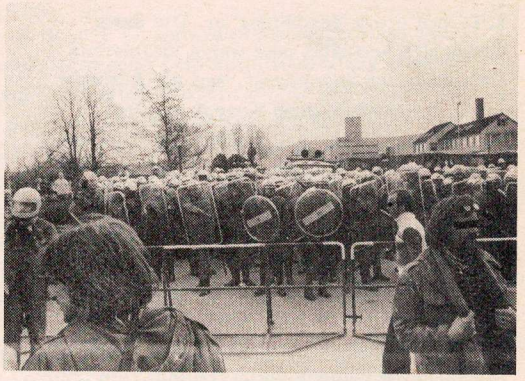
Die Verkehrsbüros wurden nicht ausreichend informiert und konnten die Züge nicht ausreichend koordinieren, außerdem konnten Falschmeldungen einfließen.
Alles in allem hatten wir großes Glück, daß nicht noch mehr Überfälle von Polizei und MEK passierten.

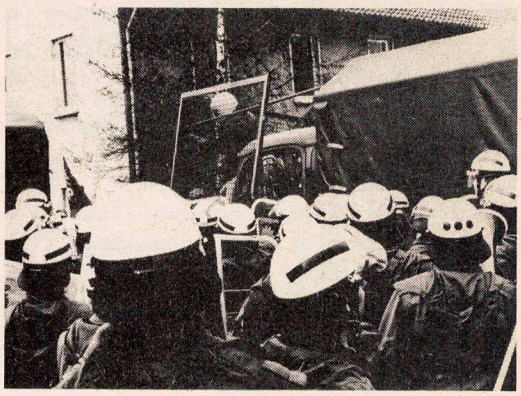
Ablauf der Demonstration

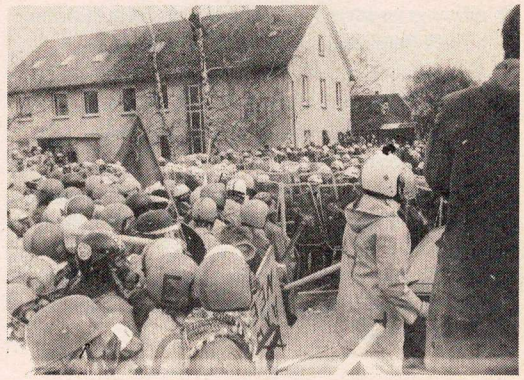
Kirchohsen:

Gegen 12 Uhr erreichte der Zug aus dem Norden den Eisenbahnübergang in Kirchohsen. Hier hielten bereits Teilnehmer an der Kundgebung der Weserberglandinitiativen die Gleise besetzt, da sie annahmen, daß der Demozug von der Polizei bei Lauenau am Weiterfahren gehindert würde. Pfarrer Bretzke, Tündern hatte der Polizei ein Ultimatum gesetzt, nach dessen Ablauf die Schienen besetzt wurden. und der Zugverkehr auf dieser Strecke stillgelegt war. Bei der Überquerung der Eisenbahnlinie durch den Demozug aus dem Norden reihten sich die Schienenbesetzer ein. Am Ortsausgang von Kirchohsen in Höhe des Informationspavillons der Preußen-Elektra war eine Polizeisperre aus LKWs und zunächst zwei Hundertschaften aufgebaut worden. Nach Information der Polizeieinsatzleitung sollte es sich um eine Kraftfahrzeugsperre handeln, die den Demonstranten den Durchzug ermöglichen sollte. Die Demoleitung beratschlagte über eine von Einheimischen vorgeschlagene Umgehung der Sperre auf einem Weg an der Weser entlang. Da sich dieser Weg aber nicht für das Mitführen der Kraftfahrzeuge eignete, sah die Demoleitung keine Alternative und beschloß einstimmig Abräumen der Sperre.

Die Polizei wurde dreimal über Lautsprecher aufgefordert, die Sperre zu räumen und den Weg für die Demonstranten freizugeben. Als die Bullen diesen Aufforderungen nicht nachkamen, wurde den Demonstrationsteilnehmern die Lage erklärt und Leute, die entsprechend ausgerüstet waren und sich inder Lage sahen, mit anzupacken, nach vorne gerufen. Der Lautsprecherwagen war aus Sicherheitsgründen etwas zurückgezogen worden. Sodann machten sich die ersten Reihen daran, von einem LKW das Räumgitter zu entfernen, das dann auch scheppernd über dx die Straße gezogen wurde. Ein Seil wurde an einem quer über die Straße stehenden LKW befestigt. Viele Demonstranten packten entschlossen zu und zogen den LKW aus der Absperrung heraus. Dadurch wurde die gesamte Sperre geschwächt und leichter überwindbar. Beim Abräumen der Sperre erwiesen sich drei KBW-PKWs als Hindernis für die Entfernung des LKWs außer Reichweite der Bullen. Diese PKWs enthielten







noch nicht einmal irgend etwas Nützliches.
Als dann von hinten begonnen wurde, massiv zu schieben, fiel die Sperre. Genauer muß man sagen, daß die Polizisten von einem gewissen Punkt an den Widerstand einstellten. Im Polizeifunk hieß es, die Sperre sei nicht mehr zu halten.
Viel zu hektisch und zu wenig durch Geschlossenheit den gesamten Zug und die Fahrzeuge sichernd, bewegte sich der Zug durch das Polizeispalier hindurch in Richtung Bauplatz.
Als die Lautsprecherwagen die Ecke B83/Nordseite erreichten, kam die Frage auf, ob die Kundgebung abgehalten werden sollte. Aufgrund der guten Erfahrungen mit der Sperre und angesichts der fortgeschrittenen Zeit wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, keine Kundgebung abzuhalten sondern diese zu verschieben und sofort mit der Besichtigung zu beginnen. Spontan hatten schon Leute angefangen, an der Ecke B83/Nordseite Wurfanker zu befestigen und an den Seilen zu ziehen. Sofort begann daraufhin Tränengaswurf und Wasserwerfereinsatz. Die Demonstranten verteilten sich entlang der B83 -Seite und auch versprengt an der Nord seite. Der Fehler war, daß mit den Lautsprecherwagen nicht weiter auf der B83 langgefahren wurde und dadurch der Zug nicht auf der B83 aufgebaut wurde. Die Unklarheit in der Demoleitung muß als Ergebnis von Unsicherheit über ein geeignetes Besichtigungskonzept gesehen werden. Vorherige Diskussionen über einen geeigneten Aufbau des Demozuges hatte es nie gegeben.

Grohnde:

Der Südzug war bereits um 11 Uhr in Grohnde eingetroffen. Die größte Schwierigkeit bestand darin, genaue Informationen über den Nordzug einzuholen. Die ersten Meldungen aus den Telefonzentralen und eines nach Kirchohsen geschickten Kradmelders ergaben, daß der Nordzug noch nicht angekommen war und angeblich ander Autobahnabfahrt Lauenau von der Polizei aufgehalten wurde. Die Demoleitung beschloß deshalb zunächst, nach Formierung des Zuges über Umwege nach Kirchohsen zu gelangen, um sich mit den dort bereits anwesenden 2-3000 Demonstranten (Teilnehmer der örtlichen Kundgebung und individuell angereiste Leute) zu vereinigen. Ein isoliertes Vorgehen des Südzuges zum Bauzaun wurde aufgrund der schwachen Kräfte abgelehnt. In dem Moment, als wir zum Abmarsch bereit waren, kam die neue Telefonmeldung, daß der Nordzug bereits am Baugelände sei. Erst nach nochmaliger Überprüfung dieser Angaben entschloß sich die Demoleitung Süd, nun schnell zu versuchen, auf der B83 zum Bauzaun zu gelangen. Kurz darauf teilte die Polizei mit, daß sie bereit sei, den Zug, einschließlich die Sani- und Lautsprecherwagen (nach Durchsuchung) durch die Sperre zu lassen. Dabei ging wieder viel Zeit verloren. In dieser Situation waren Teile des Göttinger Blocks kurz davor, die Demoleitung abzusetzen und quer über die Felder zu laufen. Sie hielten den Beschluß der Demoleitung, auf das Polizeiangebot einzugehen, für zu gefährlich. Der Südzug gelangte schließlich doch unbehelligt durch die Sperre.

Am Bauplatz:

Inzwischen war von den Demonstranten des Nordzuges am Bauplatz begonnen worden, verschiedene Methoden, mit deren Hilfe die Besichtigung realisiert werden sollte, auszuprobieren. Mit Bolzenschneidern wurden die ersten Rollen des Natodrahtes beiseite geräumt und Wurfanker mit Seilen an mehreren Stellen des Zaunes angebracht. Mit Flaschenzügen an Bäumen und vor allen Dingen durch das Ziehen vieler Demonstranten an den Seilen auch aus den hinteren Reihen wurden die ersten Segmente des Zaunes herausgerissen. Darüberhinaus versuchten Schneidbrennertrupps, Leute mit Eisensägen und Motortrennscheiben in der ersten Reihe, dem Zaun zu Leibe zurücken. Der Schutz der am Zaun arbeitenden war nicht in genügendem Ausmaß gewährleistet.
Einige Demonstranten versuchten die Polizeiübergriffe (Spritzen mit chemical mace, Stoßen mit Eisenstangen) durch Werfen von Farbbeuteln, Matsch und Steinen abzuwehren. Die Frauenblöcke bereiteten über ihre Einsätze am Zaun und an den Seilen hinaus Straßensperren durch Sandsäcke und Zaunteile vor. Insgesamt erwies sich das Ziehen an den Seilen am effektivsten, da ungehindert von den Übergriffen der Polizei etliche hundert Demonstranten in die Arbeit am Zaun einbezogen werden konnten. Die Bullen setzten währenddessen massiv Wasserwerfer ein, die einemit chemischen Zusätzen versehene ätzende Flüssigkeit verspritzten. Dadurch, daß die Hauptwasserleitung außerhalb des Geländes mit Spitzhacken unterbrochen werden

konnte, war die Wasserversorgung auf dem Bauplatz derart lahmgelegt, daß die Wasserwerfer laut Polizeifunk höchstens noch für eine Viertelstunde Wasser hatten. Mit Nebelbomben, Tränengas und langen Stangen, die von innen durch das Gitter gestoßen wurden, wurde die Zaunarbeit behindert. Dennoch gelang es, nach ca. 1/2 Stunde an der Südecke eine 15m breite Bresche durch alle Zäune zu reißen. Durch dieses Loch starteten die Polizeikräfte einen Ausfallangriff, der jedoch von den Demonstranten zurückgedrängt werden konnte. Dabei gab es zahlreiche Verletzte von Seiten der Demonstranten. Anschließend sammelten sich dort mehrere Hundertschaften BGS, so daß mit einem neuen Ausfall zu rechnen war.

Während der gesamten Aktion am Bauplatz gab es in der gesamten Demokette kein funktionierendes Informationssystem. Ein oder zwei Leute aus der Demoleitung waren immer in der Nähe des Lautsprecherwagens, während die anderen oft bei ihren Zügen oder am Zaun waren, um sich zu informieren. Hinzu kam, daß die Lautsprecherwagen an der Nordecke standen und dadurch weite Teile, besonders im Süden nicht erreicht werden konnten. Zwischendurch gab es Zusammenkünfte der Demoleitung, bei denen über die Lage am Zaun berichtet wurde. Die Demoleitung versäumte es, rechtzeitig eine Analyse der Polizeikräfte vorzunehmen, um mögliche Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Betreten
der Baustelle
verboten!

Polizeiangriff:

Bereits seit längerer Zeit hatten sich Polizeikräfte im Nordwesten und auch von Grohnde aus zusammengezogen. Kurz nachdem der Durchbruch am Zaun gelungen war, kam dann die Aufforderung des Polizeieinsatzleiters über die Lautsprecheranlage auf dem Bauplatz: Wir fordern alle friedlichen Demonstranten auf, sich von den Verbrechern zu trennen. Wir kündigen Schlagstockeinsatz an. Währenddessen rückten langsam Polizeiketten von Kirchohsen her in einem Halbkreis in Richtung Baugelände vor. An der Südseite des Zaunes hatten sich relativ unbehelligt durch die Demonstranten nach und nach einige Hundertschaften aufbauen können, die plötzlich wild prügelnd vorstürmten und die Demonstranten vom Zaun und Feld auf die B83 drängten. Ein Angriff der Polizei auf den Detmolder Lautsprecherwagen wurde abgewehrt.

Als die Gefahr durch die aus dem Norden auch mit Pferdestaffeln heranrückenden Polizeiketten akut wurde, beschloß die Demoleitung endlich, zum Sammeln auf der B83 aufzurufen und sich nicht auf aussichtslose "Gefechte" einzulassen. Um die Gefahr einer Teilung des Demonstrationszuges zu verhindern wurde beschlossen in Richtung Grohnde zur Südseite vorzurücken, wo noch die größten Aktivitäten am Zaun stattfanden. Informationen aus dem Süden darüber, daß auch bereits dort die Bullen außerhalb des Zaunes Verstärkung bekommen hatten und mit dem Abdrängen der Demonstranten vom Zaun in Richtung Straße begonnen hatten, lagen der Demoleitung nicht vor. Die Möglichkeit eines Zangenangriffs wurde nicht einkalkuliert. Als die Bullen bereits den ersten brutalen Pferdeeinsatz geritten hatten und die Ketten bedrohlich nahe kamen, wurde beschlossen, weiter in Richtung Grohnde zu ziehen. Einige aus der Demoleitung drängten zur Eile. Zwei Personenwagen mußten wegen der unverständlichen Unachtsamkeit der Fahrer, die sich mit ihren Schlüsseln am Bauzaun befanden, zurückgelassen werden. Der große Lautsprecherwagen konnte gerade noch der anrückenden Bullenkette entkommen. In der Höhe der Bauplatzmitte hielten die Lautsprecherwagen auf einem Feldweg noch einmal an. Es gab zu diesem Zeitpunkt kein Konzept. Dieser Platz konnte nicht lange gehalten werden. Die Wagen fuhren dann unter Wasserwerferbeschuß bis 100m südlich des Geländes. Hier faßte die Demoleitung endgültig den Beschluß in Richtung Grohnde abzurücken und dort mit einer Kundgebung die Aktion zu beenden. Der Abzugsbeschluß wurde nochmals damit begründet, daß man für den Tag außer einer Vergrößerung der Löcher im Zaun nichts qualitativ Neues erreichen könnte. Die Demonstranten wurden aufgefordert, von den Feldern zu kommen, wo die Polizeikräfte einen weiteren Pferdeangriff ritten und Zersprengte verhafteten. Die Demonstranten sollten auf die B83 kommen und feste Ketten bilden. Trotz vieler Aufrufe durch die Demoleitung geschah dieses nur sehr zögern, Die Demoleitung hatte zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeiten, einen wirksamen Schutz der Demonstranten nach hinten und zu den Seiten zu organisieren. Erst nach einiger Zeit formierte sich der Zug soweit, daß die letzten Reihen von ausgerüsteten Leuten gebildet wurden.

In Grohnde war es schwierig, den Demozug auf einem Platz zu konzentrieren. Obwohl die Kundgebung zweimal durchgeführt wurde, konnten nicht alle erreicht werden. Für die Rückreise wurde beschlossen, die Busse aus Kirchohsen nach Grohnde zu holen. Da der Verkehrsausschuß bereits zusammengebrochen war, konnte dieser Beschluß nicht ausgeführt werden, zumal die Demoleitung sich bereits relativ früh aufgelöst hatte und nur noch einzelne in Grohndewaren. Die einheitliche Rückreise besonders des Nordzuges war dadurch bereits unmöglich geworden. Mehrere Gruppen von Demonstranten machten sich zu Fuß auf den Marsch nach Kirchohsen, teilweise über den Schienenstrang, teilweise sogar in kleinen Gruppen über die B83 wieder am Bauplatz vorbei. Zu dem Zeitpunkt hatten bereits die Reparaturarbeiten begonnen.

Während der Südzug unbehindert nach Hause gelangte, kam es noch in Kirchohsen zu MEK-Überfällen auf Demonstranten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Detmolder Lautsprecherwagen beschlagnahmt. Die Busse traten dann von Kirchohsen aus vereinzelt die Rückreise an.

Polizeifunk 19.3.

Auszüge aus dem Polizeifunk am 19.3.

13,00 Uhr: Der letzte Zug der Demonstranten erreicht die Sperre. Im Zug 3 bis 4 PKWs mit Material. Sperre soll beibehalten werden . 2 Wasserwerfer zusatzlich. Konfontation mit der Polizei. Lautsprecherwagen ruft auf, Gewalt einzustellen. Knüppeleinsatz und Zwangsmaßnahmen.

13,10 Uhr: Versuch, Sperre zu durchbrechen mit ca. 10 Fahrzeugen, die verdeckte Kennzeichen haben. Lautsprecher fordert auf, Sperre zu durchbrechen. Pläne, Lautsprecherwagen und Sani-Wagen durchzulassen, Pkw sollen dableiben. Evt. nachher Lautprecherwagen beschlagnahmen. Wasserwerfereinsatz geplant.

13.15 Uhr: Sperre kann nicht mehr gehalten werden. LKW durchlassen und dann weiter entscheiden. 1000 Leute kommen aus Grohnde.

13.35 Uhr: Demonstranten aus Grohnde sollen nicht aufgehalten werden. Pkw dürfen aber nicht durchgelassen werden.

13,45 Uhr: Lautsprecher und Sani-Wagen vom Grohnde-Zug dürfen durch, Pkws nicht.

14.10 Uhr: Wurfanker geworfen, Wasserwerfer im Einsatz.

14.25 Uhr: Von Grohnde 1000,am Objekt 4-5000.

14.26 Uhr: Zaun noch nicht durchbrochen. Süd-Ost 5 Wasserwerfer, Teil des äußeren Zaunes herausgerissen. An der Ost-Seite der B 83 Seile befestigt. Wasserwerfer.

14.45 Uhr: Innere vom Zaun wird angegriffen.

15.15 Uhr: Tränengaseinsatz, Kräfte von außen nach innen. Polizeikräfte werden mit Stahlkugeln beschossen, Polizei anscheinend total durcheinander, wahnsinniges Angstgeschrei und total hektischer Funkverkehr.

16.00 Uhr: Demonstranten wollen nach Grohnde abziehen. Demonstranten wollen Fahrzeuge im Süden anstecken.

16.10 Uhr: Demosntranten formieren sich neu, um gegen Polizeikräfte vorzugehen.

16.15 Uhr: Polizei hat anscheinend totale Angst, wollen sich zurückziehen. Auf keinen Fall provozieren.

18.09 Uhr: Zwischen Emmern und Welsede 40 Busse, davon 2 mit harten Sachen. Kennzeichen: Ni-JJ 88 und Ni-U 888.

18.25 Uhr: Rauchsignale auf Bahngleisen

18.35 Uhr: Detmolder VW-Bulli im Norden von Kirchohsen soll gestellt werden, schließlich mit 3 Personen vor der Schenke in Kirchohsen gestellt.

18.45 Uhr: Grüner VW-Bulli, Kennzeichen Dt-R 748 sichergestellt.

Sanitätsbericht

Die Erfahrungen der Demonstrationen in Brokdorf hatten klar gezeigt, daß die offiziellen Sanitätsorganisationen wie z.B. das "Rote Kreuz" nicht bereit sind, einen Schutz verletzter Demonstranten zu gewährleisten. Wenn angesichts der zügellosen Gewalt für die medizinische Versorgung nicht gesorgt ist, organisieren wir den Sanitätsdienst und die Schutzeinrichtungen der AKW-Gegner selbst. Damit wollen wir dazu beitragen, den unabhängigen Charakter der AKW-Bewgung zu sichern.
Das Recht gegen die das Leben gefährdenden AKWs zu kämpfen, werden wir uns durch keine Maßnahme und Drohung dieses Staates nehmen lassen!
Darum muß in jedem Bereich das Prinzip der Selbstorganisierung in der AKW-Bewegung vorangetrieben werden.

ROTE-KREUZ FÜHRUNG OFFEN AUF SEITEN DER POLIZEI

Wir Sanitäter wenden uns gegen jede Versuche des DRK den Sanitätsdienst der AKW-Gegner zu kriminalisieren. Ebenso entschieden protestieren wir gegen jede Zusammenarbeit des DRK mit der Polizei, sei es bei der Einsatzplanung oder sogar zur erkennungsdienstlichen Erfassung von verletzten Demonstranten!

Vor der Brokdorf-Demo am 19.2. drohte die Verwaltung des DRK der BUU mit einer Strafanzeige, falls der selbstorganisierte Sanitätsdienst der BUU als Kennzeichnung das "gesetzlich geschützte" Zeichen des Roten Kreuzes benutzen würde. Um eventuell Beweismaterial für solche Maßnahmen zu haben, schien in Kirchohsen ein DRK-Angestellter dafür eingesetzt zu sein, Sanihelfer aus dem vorbeifahrenden
vorbeiziehenden Demozug herauszufotografieren. Weiterhin wurde einer unserer Sani-VW-Busse am 19.3. von Bullen gestoppt und die Sanis gezwungen das Rote-Kreuz-Zeichen von ihrem Wagen zu entfernen. Außerdem hielten die Polizeibeamten die Personalien des Fahrers fest. Das Vorgehen des DRK in Zusammenarbeit mit der Polizei bedeutet für uns, daß wir massiv bei Hilfeleistung behindert werden. Man versucht uns die Möglichkeit zu nehmen, uns weithin erkennbar mit dem Zeichen des Roten Kreuzes zu kennzeichnen. Dieses ist eben das einzige Zeichen, mit dem jeder die Sanitätsversorgung verbindet! Nicht genug, daß das DRK nicht selbst für eine ausreichende Versorgung einsteht, es beansprucht sogar noch angesichts dieses Verhaltens das Symbol für medizinische Hilfeleistung als "eingetragenes Markenzeichen"!
Für die Zusammenarbeit von DRK und Polizei gibt es für die Demonstration in Brokdorf Beispiele: der Einsatzleiter der DRK-Helfer und der Polizei war ein und derselbe, nämlich der Landrat Brümmer.
Aus Kirchohsen haben uns Augenzeugen berichtet, daß Verletzte an der DRK-Station von einem DRK-Mann fotografiert wurden. Wozu wohl?
Demgegenüber haben wir festgestellt, daß die Rotkreuzhelfer und Ambulanzfahrer verletzte Demonstranten freundlich und gut versorgt haben. Die Zusammenarbeit mit der Polizei findet vorallem auf höherer Ebene statt und spiegelt sich im Verhalten der Rotkreuz-Sanis nicht wieder!

MOBILISIERUNG FÜR DEN SANIDIENST IN GROHNDE

Während in Hamburg die Zahl der aktiven Sanihelfer bei der Grohnder Aktion gegenüber Brokdorf deutlich zurückgegangen war, war es in Göttingen und Hannover gelungen, zahlreiche Leute für die Mitarbeit zu gewinnen.
Bereits beim Vorbereitungstreffen in Göttingen war über den politischen Stellenwert des Sanidienstes diskutiert worden: die Sanis sind kein Dienstleistungsbetrieb, sondern AKW-Gegner, die ihren Teil zum Gelingen der Protestaktion beitragen. Ihre wichtigsten Aufgaben bestehen darin, unter den Demonstranten Geschlossenheit und Solidarität herzustellen und so die Zahl der Verletzten so gering wie möglich zu halten.

ORGANISIERUNG DES SANITÄTSDIENSTES AM 19.3.

Der gesamte Sanitätsdienst in Grohnde wurde durch eine Koordinierungskonferenz in Göttingen vorbreitet und war auch mit einem Vertreter in der Demoleitung repräsentiert. Folgende Städte beteiligten sich am Sanidienst: Hameln, Bielefeld, Detmold, Kassel, Göttingen, Gütersloh, Hannover, Bremen, Münster, Bremerhaven, Hamburg, Kiel und Lübeck. Vom den Hannoveranem, z. B. fuhren jew eils zwei Sanis in jedem Bus mit und nahmen mit den anderen BI-Mitgliedern Kontakt auf. Während der Aktionen am Platz, an denen viele Sanis selbst aktiv beteiligt waren, teilte sich der Sanitätsdienst in drei Funktionsgruppen auf:

A: Augenspülungen, Transport der Verletzten zu den "B" Stützpunkten und Informationsweitergabe von und zur Demoleitung. Die B-Einheiten lagen etwas weiter zurück und waren im Schnitt mit 2 Ärzten und 3 Helfern besetzt (Versorgung kleiner Wunden, Wasservorrat, Tranportfahrzeuge). Die C-Einheit versuchte mit 2 Ärzten und 2 Helfern die Organisierung des Abtransportes in Krankenh häuser und die Registrierung zu übernehmen. Dazu standen Räume in Grohnde zur Verfügung, in denen auch größere Verletzungen behandelt wurden. Besonders bewährt hat essich, daß einige Gruppen eine Reihe von Fahrzeugen dabei hatten, in denen zum einen Verletzte abgeschirmt versorgt werden konnten und zum anderen auch schwer er Verletzte abtransportiert werden konnten.
Allerdings fehlten überall noch Helfer für Transportaufgaben, für die Registrierung der Namen der Verletzten und für den Telefondienst. Die Koordinierung war unzureichend. Der Deligierte in der Demoleitung konnte diese Aufgabe allein auch kaum wahrnehmen, da die Demoleitung kaum auf treibbar war und zu wenig Kuriere da waren.

UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE BEVÖLKERUNG

Besonders der Göttinger Sanidienst machte sehr gute ERfahrungen mit der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung in Grohnde. Es wurden im Laufe des Tages mehrere Räume zur Verfügung gestellt. Viele Leute halfen mit bei der Versorgung der Verletzten, beim Telefondienst etc.

EINE TRAURIGE BILANZ

Zusammenfassend können wir jetzt dagen, daß aufgrund des brutalen Bulleneinsatzes am 19.3. in Grohnde folgende Verletztenzahlen zustandegekommen sind:

- 800 Demonstranten wurden verletzt
- 7 Demonstranten mußten stationär behandelt werden
- 50 Demonstranten mußten in einer Klinik ambulant behandelt werden
- 200 Demonstranten mußten von uns ambulant behandelt werden
- 600 Demonstranten erlitten kleinere Verletzungen und Erschöpfungszustände oder mußten die Augen gespült werden

Wir haben folgende Verletzungsarten registriert:
- eine schwere Nierenquetschung
- schwere Gehirnerschütterungen mit Kopfplatzwunden, Nasenbeinbrüchen
- 5 Bauchverletzungen
- 1 Genitalverletzung
- Platzwunden, Prellungen am ganzen Körper
- Unterschenkel- und Armbrüche
- Hundebisse

Wir wenden uns entschieden gegen den immer brutaler werdenden Einsatz von Waffen auf Seien der Polizei, der darauf ausgerichtet ist die Gesundheit von Menschen langfristig zu schädigen. Dabei haben sich zu dem bisherigen Vorgehen besondere Verschärfungen am 19.3. in Grohnde ergeben:

--- gezieltes Anwenden von dem Kampfgas Chemical Mace

Obwohl C-Mace in vielen Ländern verboten ist, z.B. in der Schweiz, Frankreich, England, Spanien, den Beneluxländern und Italien, wurde von der Polizei dieser Kampfstoff verstärkt eingesetzt: An der Polizeisperre in Kirchohsen, am Bauplatz durch den Zaun hindurch und dann auch noch (was wohl die größte Sauerei ist) in offene PKW-Fenster bei der Abfahrt von Demonstranten, bzw. aus fahrenden Polizeiautos auf nach Hause gehende Demonstranten.

--- erstmalig 3-4m lange rostige Eisenstangen Da mit stachen die Polizisten gezielt durch beide Zäune hindurch auf Demonstranten ein. Es wurde beobachtet wie Bullen sorgfältig die Stangen in den großen Maschen der Zäune zum Anschlag brachten und dann zusteißen! Dabei gehen 5 Bauchverletzungen und eine Verletzung der Genitalien sowie diverse Schnitt- und Platzwunden auf das Konto der Polizei.

--- Einsatz einer großen Reiterstaffel
Dabei erlitten die Bullen
Dabei ritten die Bullen brutal in die Reihen der Demonstranten hinein und prügelten wild um sich: ob Leute schon zusammengebrochen waren oder flohen.

UNSERE WEITERE ARBEIT

Die guten Erfahrungen aus Göttingen und auch Hannover sollten sich andere BIs
Hannover sollten andere BIs dazu bewegen, durch Mobilisierungsarbeit in Krankenhäusern Menschen aus diesem Bereich für die Ant-AKW-Bewegung zu gewinnen.
Informationen über Selbstschutzmaßnahmen sind weiterhin notwendig. Die Sani-Gruppe der BUU-Hamburg will z.B. in nächster Zeit einen Erste-Hilfe-Kurs durchführen. Die Hannoveraner haben beschlossen, eine regelmäßige Weiterarbeit des Sanitätsdienstes in Angriff zu nehmen.
Die Koordniation der Sani-Gruppen untereinander sollte durch einige Vorbereitungstreffen verbessert werden.

Augenzeugenbericht I

Ich habe gesehen, wie ein Demonstrant, ohne Waffen, ohne Sturzhelm, der im Durcheinander des Rückzuges zu weit zurückgeblieben war, von zwei vorwärtsstürmenden Bullen durch Knüppelschläge und Fußtritte zu Fall gebracht wurde. Die beiden warfen sich dann auf ihn und traten und schlugen ihn noch weiter. Obwohl der Demonstrant sehr stark blutete, wurde er noch getreten, als man ihn in Richtung Bauplatz wegschleifte.

Als die berittene Polizei herangaloppierte, habe ich nur noch daran gedacht wegzulaufen, vielleicht Schutz hinter einem der Bäume am Straßenrand zu finden. Direkt neben mir wurde ein AKW-Gegner niedergeritten, sicher nicht versehentlich, sondern bewußt gezielt.

Augenzeugenbericht II

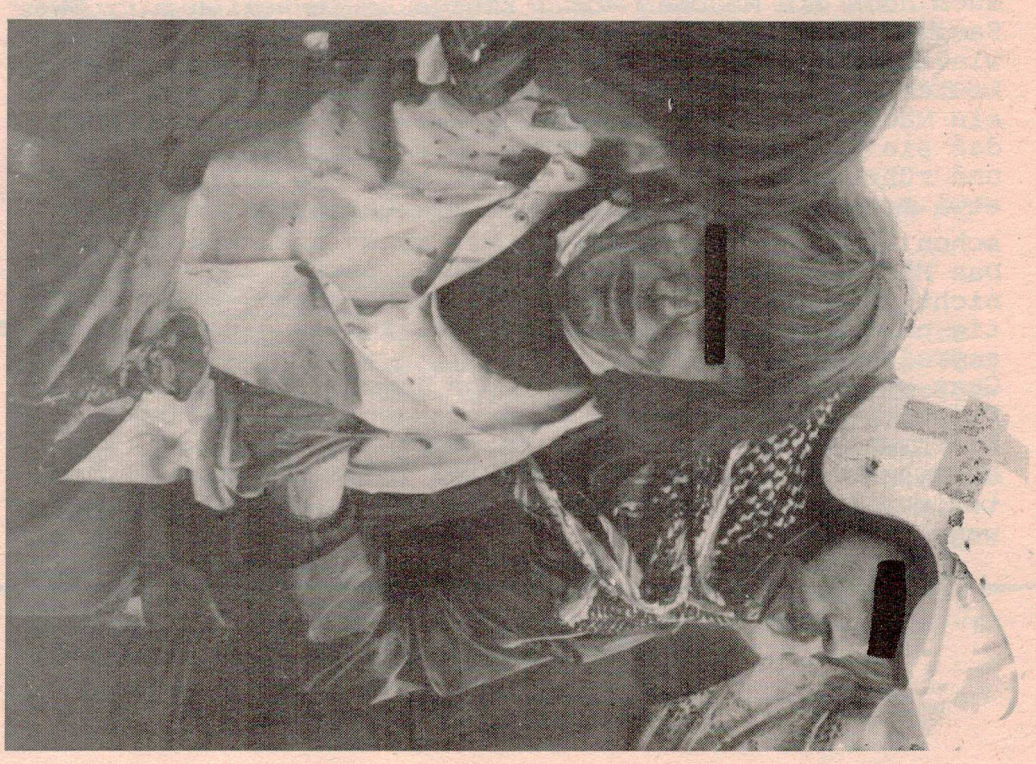
Bei der Demonstration wurde ich von Polizisten an der Straßensperre am Informationsstand der Preussen-Elektra in Kirchosen niedergeschlagen und verletzt. Ich war ungeschützt und leistete als friedlicher Demonstrant keinen Widerstand. Ich trug eine 4 cm Platzwunde an der Stirn davon. Meine Wunde mußte später mit meheren Stichen genäht werden.

Augenzeugenbericht III

Ein Demonstrant stürzte als er vor den Bullen wegrennen wollte. Sie haben in brutaler Weise auf ihn eingeknüppelt, als er am Boden lag, bzw. sind einfach über ihn hinweggerannt. Er hat sich dabei mehrmals überschlagen und immer wieder versucht, auf die Beine zu kommen. Irgendwie ist er wieder hochgekommen, obwohl die Bullen dauernd auf ihn eingedroschen haben. Er rannte aber nur neuen Bullen in die Arme.
Ich mußte zu diesem Zeitpunkt selber wegrennen, konnte die Sache also nicht weiter verfolgen, aber ich bin sicher, wenn nicht ein Wunder geschah, daß die Bullen ihn verhaftet haben und er verletzt war.

Bericht über den Bulleneinsatz bei der Räumung des Geländes.

Bei der Räumung des Geländes werden etwa 2o-25 berittene Bullen gegen uns eingesetzt. Nach einem ersten Angriff der Bullen ziehen sich alle Demonstranten ziemlich schnell zurück. Plötzlich kommt der zweite Angriff, diesmal sind auf der rechten Seite (Richtung Weser) auch die Bullen mit Pferden beteiligt. Sie reiten mit vollem Galopp in die Demonstranten rein, sie haben lange Knüppel und prügeln pausenlos auf Leute ein. Die Pferde bäumen sich zum Teil auf. Die Demonstranten laufen in Panik, teilweise schreiend vor den Pferden weg. Einige Leute liegen am Boden, wahrscheinlich von Pferden oder Gummiknüppeln getroffen.
Die Bullen zu Fuß sind jetzt ganz dicht vor uns. Sie machen regelrechte Hetzjagd auf einzelne Demonstranten. Einige Leute wehren sich. Neben mir prügeln die Bullen auf einen Demonstranten ein, der sich allerdings zur Wehr setzt. Plötzlich bekomme ich voll einen Schlag auf den Kopf und sehe nicht mehr, mir wird ganz weich in den Knien. Ich höre, wie ein Bullebrüllt: Jetzt schicken sie auch noch die Mädchen vor ! Einige Leute helfen mir. Zwei Sanis "beträufeln" mich mit Wasser und dann gehts mir wieder einigermaßen. Ich gehe auf die Straße zu meinen Leuten zurück. Auf der Straße haben die Bullen gerade ein Mädchen auf den Rücken und Nacken geschlagen, so daß sie zusammengebrochen ist. Sie liegt auf der Seite und rührt sich nicht. Wir laufen hin. Die Bullen stehen etwa 1o m von uns entfernt und die Demonstranten sind schon 1o m von uns entfernt. Wir rufen nach einem Sani. Das Mädchen liegt da, guckt uns an, bewegt sich aber nicht (vielleicht Schock?). Wir beschließen, sie vorsichtig nach hinten zu bringen, da die Bullen jederzeit wieder angreifen können.
Ganz rechts sind die Reiter noch immer vereinzelt auf Demonstrantenjagd. Wir machen uns auf den Rückmarsch. Ein Krankenwagen kommt uns entgegen mit Blaulicht. Ein Hubschrauber fliegt ganz tief und filmt pausenlos. Hinter uns am Baugelände ziehen die Bullen auf mit Panzerwagen



Bericht des Ermittlungsauschuss

Spätestens seit der zweiten Brokdorf Demonstration am 13.11.76 hat es sich gezeigt, daß die AKW-Gegner sich selbst gegen die Angriffe und Anschuldigungen der Polizei schützen müssen. Der erste Ermittlungsausschuß gründete sich in Hamburg mit folgenden Zielen:

-- Das Vorgehen der Polizei genau zu dokumentieren, um daraus für die Zukunft zu lernen.
-- Alle Personen zu unterstützen, gegen die Ermittlungs- und Strafverfahren eingeleitet werden. Wir müssen verhindern, daß durch lügenhafte Polizeiaussagen einzelne Atomkraftgegner stellvertretend für die Bewegung gegen Atomanlagen zu hohen Strafen verurteilt werden.
-- Alle Personen zu unterstützen, die gegen die Polizei und die Verantwortlichen Klage führen.

1. eigene Ermittlungen zu führen, um AKW-Gegner gegen Straf- und andere Verfahren zu schützen.
2. um durch konkrete Berichterstattung eine Gegenöffentlichkeit mit zu gewährleisten und die praktische Solidarität zu organisieren.

Für die Demonsatrion in Grohnde am 19.3. hatten sich die Ermittlungsausschüsse aus Kassel, Bremen und Hamburg vorbereitet. Die Organisierung der Arbeit lief wie folgt:

1. Vier "feste" Trupps vor Ort, unterstützt durch kleinere Ermittlungsgruppen.
2. Ermittler vor der DRK-Station in Kirchohsen.
3. Beobachter vor der Polizeistation in Hameln
4. Zwei Büros in Hameln, eins war mit mehreren Anwälten besetzt.
5. Ein Büro war in Hamburg besetzt worden.

Bisheriger Stand der Ermittlungen:

Auf dem Gelände des im Bau befindlichen AKW Grohnde bzw. in dessen näherer Umgebung waren (auch nach offiziellen Angaben) im Einsatz:

-- ca. 4ooo Polizisten und ca. BGS'ler
-- darunter mehrere Hundert "Beamte" aus Spezialeinheiten der Politischen Polizei (zusammengezogen aus verschiedenen Bundesländern)
-- ca. 2o Wasserwerfer, die mit CN-Gas "angereichertes" Wasser auf die Demonstranten spritzten, mehrere
-- mehrere Panzerspähwagen (mindestens vier) des Bundesgrenzschutzes
-- mehrere Hubschrauber
-- dreißig Polizeipferde und zahlreiche auf Menschen abgerichtete Hunde
-- neben den gewöhnlichen Bullenwaffen auch Maschinenpistolen (in der Hand von MEK-Leuten, siehe auch Augenzeugenbericht: Überfall auf Detmolder VW-Bus), Chemische Keulen und feuerlöschartige Gaswerfer, sowie Tränengasgranaten in großer Zahl.

Vorgehen der Polizei :

-- Bereits vor Beginn der Demonstration wurden früh angereiste Demonstranten in massiver Weise am Photographieren gehindert und in diesem Zusammenhang auch festgenommen.
-- Die erste größere Auseinandersetzung mit der Polizei fand an der Polizeisperre in Kirchohsen, ein Kilometer vorm Bauplatz statt. Dort hatten sich etwa 3oo Polizisten formiert. Hier ging die Polizei massiv mit Chemical Mace, Schlagstöcken und Steinwürfen gegen die Demonstranten vor. Ein Demonstrant wurde durch Chemical Mace erheblich verletzt, eine ungeschützte Demonstrantin trug eine 4cm lange Platzwunde davon.
-- Während der Demonstration am Bauplatz stachen Polizeibeamte, die sich auf dem AKW-Gelände befanden, mit langen rostiger Eisenstangen durch beide Zäune hindurch, gezielt auf Demonstranten ein. Fünf stumpfe Bauchverletzungen und eine Verletzung am Geschlechtsorgan waren das Ergebnis.
-- Gleichzeitig setzten die Bullen massiv

chemische Kampfstoffe (Wasserwerfer mit CN-Gas, Chemical Mace) aus geringer Entfernung ein. Mehrere hundert Leichtverletzte waren die Folge.

-- Während sich in Richtung Grohnde und besonders in Richtung Kirchohsen starke Polizeikräfte formierten, wurden die Demonstranten über die Lautsprecheranlage des Bauplatzes mehrmals wörtlich aufgefordert, die friedlichen Demonstranten mögen sich von den "Verbrechern" trennen.

-- Angesichts der sehr starken Polizeikräfte beschloß die Demoleitung, um eine unnötige Auseinandersetzung mit den Polizisten zu vermeiden, den Rückzug in Richtung Grohnde. Die schnell nachrückenden Polizeieinheiten führten in breiter Formation den Angriff gegen die Demonstrationsteilnehmer aus Richtung Kirchohsen durch. Die dadurch entstehende Panik wurde durch den Einsatz der Reiterstaffel verstärkt. Vor allem kleinere ungeschützt herumstehende Gruppen von Demonstranten wurden rücksichtslos und teilweise im vollem Galopp niedergeritten und brutal zusammengeknüppelt. Bei diesem Einsatz wurden viele Demonstranten zum Teil sogar schwer verletzt und mehrere zumeist Verletzte, festgenommen. Sogar auf bereits verletzt am Boden liegende Demonstranten wurde meist von mehreren Bullen wahllos eingeknüppelt und getreten (u.a. eine Nierenquetschung).

-- In derselben Zeit wurde ein Polizeiangriff auf Demonstranten, die sich vor dem Zaun in Richtung Grohnde befanden, geführt. Auch hier wurden einige festgenommen und etliche schwer verletzt.

-- Die Festgenommenen wurden unter Schlägen, Tritten und Beschimpfungen auf den Bauplatz geschleppt. Hier wurden sie bei geringsten Protesten von den Bullen getreten bzw. es wurden ihnen die Arme verdreht. Einigen riß man die Helme vom Kopf um sie anschließend auf den Kopf und ihnen ins Gesicht zu schlagen. Weitere Schikanen waren, daß siesich teilweise nackt ausziehen mußten, daß jede ärztliche Versorgung und Telephonieren mit Anwälten untersagt wurde. Ein Festgenommener wurde sogar von einem auf ihn gehetzten Hund gebissen. Die meisten wurden sofort erkennungsdienstlich behandelt.

-- Teilweise mußten Festgenommene verletzt und durchnäßt in ungeheizten Gefangenengroßtransportern auf dem Hof der Polizeidirektion Hameln über fünf Studen auf weitere polizeiliche Behandlung warten. Auch während dieser Zeit waren sie ständig den Schlägen der anwesenden Polizeibeamten ausgesetzt. Auch hier wurde den meisten eine ärztliche Versorgung verweigert.

-- Die Rechte der Festgenommenen wurden von der Polizeiführung in massiver Weise mißachtet. Fast ausnahmslos wurde ihnen untersagt, mit Rechtsanwälten in Verbindung zu treten. Den Anwälten wurde in der zentralen Revierwache Hameln rechtswidrig und ohne Begründung "Hausverbot" erteilt. Der Direktor des Amtsgerichts Hamelns erklärte sich außerstande, der Verletzung fundamentaler Verteidigerrechte Einhalt zu gebieten. (vgl. auch: Presseerklärung und Sachverhaltsschilderung der Anwälte)

-- Sich vor dem Polizeirevier in Hameln befindende Personen wurden ohne Angabe von Gründen vorläufig fetsgenommen und in einem Fall mehrere Stunden festgehalten.

-- Auf die Demonstranten, die von Grohnde in Richtung Kirchohsen abmarschierten, wurde aus vorbeifahrenden Polizeifahrzeugen heraus Chemical Mace gespritzt.

-- Der Detmolder VW-Bus wurde von der Polizei nach einem MEK-Überfall sichergestellt (siehe auch Augenzeugenberichte)

-- Die Bielefelder AKW-Gegner wurden am Bahnhof in Bielefeld von Bullen zusammengeknüppelt.

-- Während der Demonstration wurden die Polizisten durch gezielte Falschmeldungen gegen die Demonstranten aufgehetzt: Ein Polizist sei tot. Er sei mit einer Mistgabel durch den Hals gestoßen worden. Einem Polizisten sei mit einem Bolzenschneider ein Arm abgeschnitten worden, einige Polizisten hätten "ausgestochene Augen" bzw. völlig "zermanschte Gesichter". Einige der Festgenommenen wurden mit solchen Gerüchten massiv unter Druck gesetzt.

Augenzeugenberichte

Augenzeugenberichte zu den Polizeiübergriffen Süd

Während der Demonstrationszug vorne stockte, bewegten sich viele aus den hinteren Reihen auf der Wiese dem mehrfach nach Brokdorf-Vorbild abgesicherten Bauzaun zu. Auch ich ging zum linken Flügel und konnte ungehindert zum Bauzaun vorgehen. Von nun ab war von der Demo-Leitung auf dieser Seite des Platzes nichts mehr zu hören. Die Polizei schlug eine neue Taktik ein. Plötzlich drangen Hundertschaften von links entlang dem Bauzaun vor. Diese Taktik verursachte bei uns Ratlosigkeit. Schließlich wollten wir den Zaun angreifen und nicht die Polizei. Zunächst wichen wir zurück. Einzelne Personen gingen zu den Polizisten vor und versuchten mit ihnen zu reden. Als sich jedoch eine breitere Masse den Polizisten näherte, diese fast eingekreist waren, preschten die Polizisten vor und schlugen wie die Wilden auf uns ein. Obwohl wir uns selbst zuriefen: Ketten bilden und stehenbleiben, flüchteten wir einzeln. Ich sah, wie zwei Meter entfernt von mir ein Polizist erbarmungslos auf einen (unbewaffneten, ungeschützten) Demonstranten einschlug. Der Zorn in seinem Gesicht zeigte, daß der Polizist seiner Aggression freien Lauf ließ. Wenn ich nicht schneller gelaufen wäre, hätte er mich getroffen. Die Polizisten machten keine Unterscheidungen. Sie schlugen auf weibliche ebenso ein wie auf männliche. Soweit ich mitgekriegt habe, wurde auch auf diejenigen eingeschlagen, die (vereinzelt) mit Polizisten versucht haben zu reden.

Am Bauzaun in der Nähe der B 83 schienen weit heftigere Auseinandersetzungen gewesen zu sein. Da die meisten Demonstranten zur B 83 zurückgewichen waren, und plötzlich Panzerfahrzeuge und Wasserwerfer aus dem KKW heraus kamen, sammelten wir uns bei der B 83. Die Demo-Leitung gab unverzüglich den Rückzug bekannt. Bis auf einige chemisch verseuchte Wasserwerferstrahlen, die mich voll getroffen hatten und wenigem Tränengas war ich ungeschoren davongekommen.

Bericht 1

Voraus ist zu sagen, daß ich zu der Südgruppe gehörte. Als wir auf dem Feld vor dem Baugelände waren, hatten sich die Bullen nach einiger Zeit trotz unseres chaotischen, uneinheitlichen Vorgehens zur rechten Seite vom Baugelände zurückgezogen. Nach einigen mit Giftgas angereicherten Wasserwerferangriffen rückten wir gegen die Bullen vor. In welcher Weise die Bullen dann angegriffen haben, konnte ich nicht sehen, obwohl ich in der dritten Kette von vorne war. Auf jeden Fall brach eine unheimliche Hysterie aus, und alle Demonstranten rannten zurück. Dabei bin ich hingefallen und dachte schon: Jetzt ist es aus! denn Bullen liefen über mich, trampelten direkt auf mich. Zu meinem Glück fiel ich aufs Gesicht, denn dann schlugen die Bullen -es sei betont, daß ich die Bullen nicht angegriffen habe, außer, daß ich gegen sie vorrückte- auf mich ein, und zwar zuerst auf den Kopf. Aber das zog nichts weg, da ich einen Helm aufhatte. Und obwohl ich wehrlos auf dem Boden lag, hielt das die Bullen nicht ab, weiter auf mich einzuknüppeln, und zwar auf Arm, Oberschenkel und links von der Wirbelsäule in die Lenden bis kreuzbeingegend und das mehrere male.

Als ich dann anfing zu schreien, was, weiß ich nicht mehr, schrie ein Bulle zu mir: "Hau ab, los!" (Mich wundert es immer noch, daß sie mich nicht verhaftet haben). Ich stand dann auf, ein Bulle schlug mich dann nochmal- wie die anderen male davor schon- mit dem Gummiknüppel auf den Hintern und dann rannte ich los. Um mich herum waren übrigens nur Bullen.

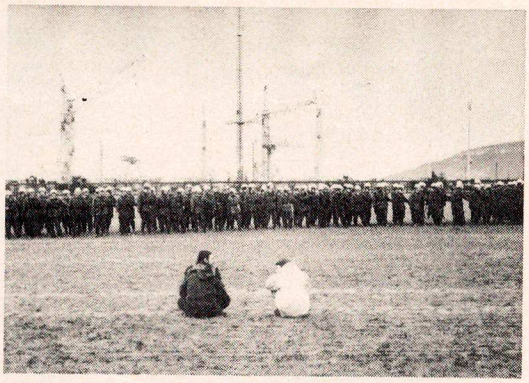
Es ist klar, daß ich versuchte, zu meinen Leu-

ten zu kommen. Dabei bin ich knapp einem Bullen entkommen, der schon seinen Gummiknüppel zum Schlag ausholte. Als ich endlich bei unseren Leuten war, kamen sofort mehrere Demonstranten und schleppten mich zur Straße. Ich hatte starke Schmerzen und zitterte am ganzen Körper.

Bericht 2

Festnahme

Als sich der Demonstrationszug zurückzog, blieben zwei Leute ruhig auf dem Boden sitzen, den Demonstranten den Rücken zugekehrt, den Polizisten in die Augen sehend. Als sich der Demonstrationszug auf einige hundert Meter (etwa 200-300) von den Polizisten entfernt hatte, rückten die Polizisten geschlossen vor. Sie gingen um die beiden sitzenden Demonstranten herum. Als sie dann wieder in drei Reihen formiert waren, wobei eine Schutzschilderfront die beiden immer noch sitzenden, sich nicht bewegenden Demonstranten teilweise verdeckte, schlugen etwa 5-8 Polizisten, die die beiden eingeschlossen hatten, mit mehreren weitausgeholten Schlägen auf sie ein. Dann zogen sie sie hoch, zerrten sie zurück in Richtung Zaun und schlugen noch einige male mehr auf sie ein. Weiter konnte ich das Geschehen nicht verfolgen (mein Abstand zu den vorderen Polizisten betrug zur Zeit dieser Beobachtungen etwa 20m).
Nach kurzer Zeit (3-4 Min) ging ich, unbewaffnet (ohne Helm, Schild, Stock, Stein oder Werkzeug) und mit abgezogener Schutzbrille, die Hände ausgestreckt (zum Zeichen der Unbewaffnung) auf die Polizisten zu. Dabei waren noch drei weitere Demonstranten. Nach einem kurzen, mit mehreren hinter den Schilden verschanzten Polizisten geführten Gespräch über diese kurz zuvor an gleicher Stelle geschehenen Ereignisses, rief mir ein Polizist zu: "Wenn du nicht sofort verschwindest, bist du hinterher selbst daran schuld, wenn du tot bist." Einige andere Polizisten riefen einfach und deutlich beinahe etwas bittend (aus Angst vor möglichem befohlenem Handeln): "Verschwinde!" Da die Entfernung zu den Demonstranten etwa 150 m betrug und ich den Worten des einen Polizisten beträchtliches Gewicht beimaß, zogen wir uns zurück.



Augenzeugenberichte zu Festnahmen auf der Nordseite Bericht 4

...Plötzlich wurde ich von den anstürmenden Hundertschaften überrannt und niedergeknüppelt. Während ich am Boden lag, legte ich schützend meine Hände auf den Kopf. Fortlaufend wurde ich mit Gummiknüppeln auf jede Körperstelle geschlagen. Nach einigen Minuten wurde ich hochgezerrt und von zwei Polizisten auf das Kernkraftswerksgelände geschleppt. Auf dem Weg zum und im Werksgelände wurde ich von Bauarbeitern und der Polizei mit Worten wie: "Verbrecher, Kommunistenschwein, aufhängen" beschimpft. Außerdem wurde ich immerzu getreten und geschlagen.

Bei meiner ersten Vernehmung am Werksgelände wurde mir das Recht auf ärztliche Behandlung und einen Anwalt mit den Worten: "Du bekommst schon, was du brauchst, Kommunist" verweigert. Ich wurde mit einigen anderen Demonstranten nach Stunden mit einem Hubschrauber zur sogenannten Gefangenensammelstelle Südbad Hameln geflogen. Dort und auf der Fahrt zur Polizeihauptwache (in einem VW-Bus) wurden mir auf dem Fußboden sitzend, die angelegten Handschellen am Arm hoch und runter gerissen. Nach weiteren Vernehmungen wurde ich in einem auf dem Polizeihof geparkten Gefängnisbus (unbeheizt, ohne Essen) ohne ärztliche Behandlung, ohne Anwalt, ohne anrufen zu dürfen stundenlang eingesperrt...

Bis zur Räumung der B 83 durch die Bullen hatte ich keine Auseinandersetzung mit den Bullen. Der Rückzug am Bauplatz verlief recht chaotisch, sodaß die Demonstranten, die nicht wegliefen, ziemlich alleine standen. In dieser Situation wurden wir von der Pferdestaffel überrannt und anschließend von einem Stoßtrupp der Bullen zusammengeprügelt. Ich habe mich, als ich von den Bullen umringt war und sie auf mich einschlugen, einfach fallengelassen. Insgesamt schlugen 5 Bullen auf mich ein. Ich wurde fast nicht verletzt, da mein Kopf fast vollständig durch einen Helm geschützt war. Bei einem Schlag, der das Visier zertrümmerte, erlitt ich eine Verletzung an der Nase. Außerdem habe ich Prellungen hauptsächlich anden Schultern. Man nahm mir den Helm ab (den ich später wiederbekam) und brachte mich dann zu zweit in die Festung. Beim geringsten Zeichen der Gegenwehr wurden wir mit Tritten traktiert und die Arme verdreht. Ein Demonstrant war am Kopf schwer verletzt (Platzwunde und blutende Nase, außerdem war sein Arm verletzt). Eine Demonstrantin wurde noch extra schikaniert und schrie ständig vor Schmerzen. Sie war anscheinend durch die Pferde verletzt worden.

Wir verlangten gemeinsam, den Einsatzleiter genannt zu bekommen. Daraufhin wurde eine Demonstrantin aus dem Raum geschleppt (sie sollte angeblich dem Einsatzleiter vorgeführt werden). Kurz darauf hörte ich nur, wie sie wie wahnsinnig schrie. Ich nehme an, daß sie in einem anderen Raum schwer mißhandelt worden ist. Während des "Aufenthalts" in der Festung hörten wir von vielen Bullen ständig solche Sprüche wie: "Was wollt ihr eigentlich, wer an der Demonstration teilnimmt, hat nichts Anderes als Schläge verdient." oder: "man sollte euch totschlagen!"

Bericht 5 Festnahmen

Die Polizisten rückten vor, die Demonstranten gerieten in Panik. Beim Weglaufen stürzte ich, ich lag am Boden, als 3-4 Beamte auf mich einschlugen. Ob ich auch getreten wurde, weiß ich nicht mehr. Ich war unbewaffnet. Ein Polizeibeamter riß mir den Helm ab, ich erhielt mehrere Schläge auf den Kopf. Als ich schon völlig k.o. war, wurde ich nochmal am Kragen hochgehoben und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Ich wurde dann quer über das KKW Gelände geschleift. Ich habe dabei gesehen, daß ein anderer Demonstrant, der abgeführt wurde, von einem Polizisten "mit Anlauf in die Eier getreten" wurde. Ich wurde fotografiert und durchsucht, obwohl ich mich sofort durch Personalausweis auswies. Die Behandlung war insgesamt brutal. Schließlich wurde ich mit Hubschrauber nach Hameln gebracht. Beim Ausladen aus dem Hubschrauber auf dem Gelände des Freibads wurde ich wieder schikaniert, weil ich laut gegenüber den Zuschauern erklärte, was passiert war. Ich habe in dem Knast-Bus etwa 2 Stunden auf dem Lokus gesessen. Ich fror, wie auch die anderen im Bus, die Heizung war nicht an. Bei der Polizei wurde mir trotz ständiger wiederholter Aufforderung verweigert, einen Rechtsanwalt oder einen Arzt zu sprechen. Ich wurde erkennungsdienstlich behandelt. Erst bei einem Polizisten, der die Vernehmung machte, wurde mir gestattet, das Anwaltsbüro anzufufen. Verletzungen: Bluterguß unter dem linken Auge mit Platzwunde auf dem linken Backenknochen (Schwellung der gesamten linken Gesichtshälfte um 23 Uhr), leichte Beulen und Schwellungen im übrigen Gesicht, -Druckempfindlichkeit auf der Schulter, dicke Blutergüsse unterhalb der Schulterblätter (beidseitig), Rötung auf halber Rückenhöhe (offensichtlich vom Schlagstock).

Sani und Verhaftung

Ich stand in der Menge der Demonstranten, als ein Sturm der Bullen gegen uns begann. In der allgemeinen Panik kam ich ins Stolpern und konnte nicht so schnell folgen, worauf ich von voranstürmenden Bullen zu Boden geprügelt wurde. K.O. blieb ich liegen. Nachfolgende Bullen versetzten mir im Vorbeilaufen Tritte und Schläge, bis sich ein Bulle näher um mich "kümmerte". Er schlug mir den Helm vom Kopf und prügelte mich dann noch weiter, obwohl ich garnicht mehr in der Lage war, Gegenwehr zu leisten. Er zerrte mich dann vom Boden hoch, drehte mir den Arm auf den Rücken und führte mich auf den Bauplatz. Da ich durch die Prügel zahlreiche Prellungen und auch eine Platzwunde auf der Stirn hatte, die stark blutete, war ich kaum in der Lage zu sehen. Den Bullen störte das aber nicht, er drehte mir den Arm nur noch höher und ging noch schneller, zum Teil so, daß ich auch rückwärts gehen mußte.

Auf dem Bauplatz sah ich mit an, wie ein Demonstrant in einen VW-Bus geprügelt wurde und anschließend im Bus noch weiter mißhandelt wurde. Auf einen anderen Demonstranten wurde ein Hund gehetzt, der ihn dann ordentlich zerbiß. Den Bullen machte das sichtlich Spaß.

Obwohl ich ärztliche Versorgung nötig hatte, wurde ich durchsucht (ich mußte mich nackt ausziehen), fotografiert und verhört. Die ganze Zeit über wurde ich beschimpft und es wurde mit weiteren Mißhandlungen gedroht, z.B. auf die Frage nach der Dienstnummer bekam ich gesagt, daß ich gleich noch mehr Schläge haben kann. Auf die mehrmalige Frage, einen Anwalt anrufen zu können bekam ich nur ausweichende, vertröstende Antworten.

Anschließend wurde ich mit einem Hubschrauber nach Hameln gebracht, auf dem Landeplatz wurde ich wieder fotografiert und auch Fingerabdrücke wurden genommen. Auf dem Polizeirevier sollte ich dann verhört werden, da ich aber einem Kreislaufkollaps nahe war, kamen auch die Bullen darauf, erst einen Arzt zu rufen. Von der Verhaftung bis zu dem Zeitpunkt, wo der Bullenarzt kam, vergingen drei Stunden. Der Bullenarzt bescheinigte durch eine lasche Untersuchung nur meine Haftfähigkeit. Danach wurde ich erkennungsdienstlich behandelt und verhört, obwohl mein körperlicher Zustand in keiner Weise besser war wie zuvor. Ich wurde dann entlassen und konnte mich in ambulante Behandlung ins Krankenhaus begeben. Information über die rechtliche Situation bekam ich überhaupt nicht.

Wie Christian in die Hände der Terroristren fiel.

Ich bin ein AKW-Gegner und kämpfe gegen den Bau der Atomkraftwerke, weil sie unser aller Leben gefährden und den Herrschenden die Möglichkeit schaffen, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, die sie für ihre

weltmachtpolitischen Ziele brauchen wollen. Deswegen habe ich am 19.3. an der Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk teilgenommen.

Bei dem Polizeiangriff auf die Demonstranten wurde ich am Baugelände festgenommen. Im folgenden will ich kurz schildern, wie die Polizei unseres demokratischen Rechtsstaates mich behandelte.

Nach der Festnahme wurde ich an Ort und Stelle brutal niedergeknüppelt. Danach hetzte die Polizei einen scharfen Hund auf mich, der mich mehrmals biß. Danach wiesen die Beamten, die um mich herum standen, mir mit dem Knüppel die Richtung, in der ich zu laufen habe. Nach dem Hundebeißen konnte ich aber nur noch humpeln, da der Hund mir eine schwere Bißwunde am Bein beibrachte, die fürchterlich schmerzte. Ich war so fertig, daß ich in den Mannschaftswagen kriechen mußte. Dort nahm ein Polizeibeamter meinen Kopf zwischen seine Beine und preßte ihn. Er forderte mich auf, meine Brille abzunehmen, was ich auch schleunigst tat. Dann schlug er -meinen Kopf zwischen den Beinen- auf mich ein. Das geschah während der Fahrt noch öfter. Als der Wagen hielt, konnte ich mich nur noch mit Mühe rausschleppen. Ein Polizeibeamter packte mich sofort im Polizeigriff, zerrte mich vom Boden hoch, obschon ich vor Schmerzen schrie. Er wollte mich in ein Gebäude drängen - was ein anderer Beamter verhinderte, indem er mich mit Absicht gegen das Schienbein trat, in das mich der Hund gebissen hatte. Draußen wurde mir dann die Kleidung vom Leib gerissen, die dabei zerfetzt wurde. So mußte ich mehrere hundert Meter humpeln. Dann wurden mir die Schuhe von den Füßen gezerrt und meine Badehose runtergerissen, -das letzte, was ich überhaupt anhatte. Dann zog man mir wieder eine Hose an, die mich aber nicht mehr bekleiden konnte und vom Wasserwerfereinsatz völlig durchnäßt war. Man warf mir ein nasses Hemd zu, was ich trotzdem schnell anzog, denn draußen war es furchtbar kalt. Dann brüllte man mich noch an, ich sollte meine Schuhe wieder anziehen, die auch völlig durchnäßt waren und wo inzwischen die Schnürbänder fehlten. So hatte ich keinen Halt mehr, wodurch ich mich noch weniger aufrecht halten konnte. Alles andere von mir wurde beschlagnahmt. Dann wurde ich weiter geschleift, während Beamte ihre beleidigenden Sprüche losließen. Ich wurde wieder in ein Polizeifahrzeug gestoßen und mit Handschellen daran angekettet. Dabei wurden mir die Handschellen so eng wie möglich angelegt. Als ich so gefesselt war, höhnte ein Beamter: "Ein guter Demonstrant weiß, wenn er jetzt flieht, wird er erschossen!"

In der nassen und von Tränengas durchzogenen Kleidung mußte ich ewig in dem Polizeifahrzeug warten, bis ich sanitätsgemäß behandelt wurde. Danach war die Zeit der Schläge, Bisse und Prügel vorbei. Ich wurde in einen Polizeihubschrauber geschleppt, der mich in ein anderes Gelände brachte. Vom Polizeihubschrauber aus schleiften mich 2 Beamte wieder in ein Polizeifahrzeug. Umstehende Polizeibeamte stürmten auf mich zu und wollten mir Beine machen, was dann nicht geschah, weil die beiden Beamten bemerkten: "Der ist schon fertig, der tut nichts mehr!" In dem Polizeifahrzeug wurde ich dann angekettet nach Hameln transportiert. Während der Fahrt wurde mir draußen ein Schild mit der Anwaltsnummer gezeigt. In Hameln angekommen, wurde ich in eine grüne Minna verladen. Da drin saß ich mit meiner dürftigen und durchnäßten Kleidung stundenlang (5 Stunden). Geheizt war nicht. Arzt, Rechtsanwalt, Essen und Trinken wurde mir verweigert. Schließlich wurde ich auf das Polizeirevier gebracht, wo die Anwälte Hausverbot hatten, wie ich im Nachhinein erfuhr. Meine nochmalige Forderung nach einem Anwalt und Arzt wurde mir wieder verweigert.

Immerhin gab man mir eine Telefonleitung mit der Bemerkung: "Hier können sie einen Anwalt anrufen!" -Aber die Leitung war tot. Dann wurde ich erkennungsdienstlich behandelt. In mehreren Zimmern des Polizeigebäudes wurde mir gesagt: "Ein Polizist sei von Demonstranten mit einer Mistgabel durch den Hals gestochen worden und sei tot." Vernommen wurde ich andauernd, wobei es nur eine Vernehmung mit Protokoll gab. Eine Aussage zur Sache habe ich überall verweigert. Dann wurde mir noch ein AKW-Gegner vorgestellt. Danach wurde ich nach Hannover gebracht. Dort wurde mir die Mistgabelgeschichte wieder aufgetischt. Meine Forderung nach einem Rechtsanwalt, Arzt, Essen und Trinken wurde mir auch hier verweigert. In Hannover wurde ich in eine Zelle gesteckt, die 2 gegenüberliegende Türen mit einem Guckloch hatten. In der Zelle selbst war nur ein Bettgestell, eine Matratze mit einer dünnen Decke. In aller Frühe wurde mir am nächsten Morgen die Decke weggenommen.

Später erhielt meine Rechtsanwältin Zutritt zu mir. Nach ihrem Besuch in der Zelle wurde ich durchsucht, ebenso Bettgestell und Matratze - trotz der zwei Gucklöcher in der Zellentür.

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die vor dem Polizeigefängnis für die Freilassung aller verhafteten AKW-Gegner demonstriert haben, obwohl die Polizei brutal gegen sie vorging. Noch am selben Tag sah ich endlich die Freiheit wieder.

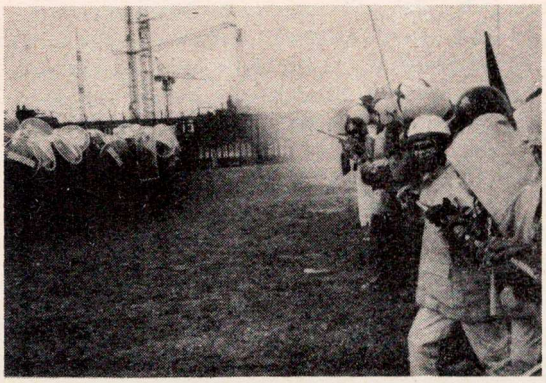
. . . . . .

Ich versuchte mit einem Seil mit mehreren anderen die Demonstranten zur Kettenbildung zu veranlassen, damit wir geschlossen zurückgehen konnten. Dies gelang jedoch nicht. In dieser Situation machten die Polizisten einen Ausfall und stürmten auf die sich zurückziehenden Demonstranten ein. Dabei schlugen sie wahllos mit Schlagstöcken auf die Demonstranten ein, vorwiegend auf Köpfe, Schultern, Arme, Hände, Rücken, Hals. Ich hatte keine Waffen oder ähnliches in den Händen und bekam heftige Schläge auf den Kopf. Ich war durch einen Helm geschützt, sodaß ich keine schweren Kopfverletzungen erlitt. Ich versuchte mich durch Weglaufen vor den knüppelnden Polizisten zu schützen. Dabei kam ich innerhalb der weglaufenden Demonstranten ins Stolpern, wurde von einem Polizisten am Arm festgehalten und erhielt verschiedene Schläge auf Arme und Rücken. Als ein Demonstrant versuchte mich mitzuziehen, packten mich noch 2 andere Polizisten. Die 3 schleppten mich hinter die Reihen der Polizisten. Ich wurde von den Polizisten in infamster Weise beschimpft, bedroht und geschlagen. "Jetzt haben wir dich, jetzt kriegst du endlich, was du verdient hast, Verbrecher". Ich wurde von den Beamten herumgezerrt, obwohl ich mich völlig passiv verhielt. Da ich nicht in 2 Richtungen gleichzeitig gehen konnte, schlug mich jedesmal der Beamte, dessen Aufforderung ich nicht befolgen konnte. Ich wurde gewaltsam ausgezogen und hörte die Rufe: "Helm ab. Reißt ihm den runter!" Um Verletzungen beim Runterreißen des Helms vorzubeugen, nahm ich ihn selbst schnell ab. Die 3 Polizisten standen mit gezogenen Schlagstöcken um mich herum und stießen mich damit in die Seiten und schlugen mich von hinten auf den Kopf. Auf meine Frage, was das solle, zerrten sie mich dann zu zweit weg und stießen mich in Richtung Bauplatz vor sich her, um mich abzuführen. Ich hatte ziemlich Angst, auf dem Weg in und über das Baugelände von den mich bedrohenden Polizisten zusammengeschlagen zu werden. Das Baugelände wimmelte von Polizisten, die uns mit Mörder, Verbrecher, euch sollte man an die Wand stellen, Spießrutenlaufen unter ungeheuren psychologischen Druck setzten. Ich hatte den Eindruck, als ob wir in einen Folterraum geführt werden sollten.

Ich wurde zu einem Geländewagen geführt, in dem schon andere Festgenommene standen oder lagen. Einer hatte eine starke blutende Wunde über dem Auge. Ich bat einen Beamten um einen Arzt und menschenwürdige Behandlung. Daraufhin sagte er: "Ihr seid doch nicht zum Spaß hier." Es kam kein Arzt. Wir wurden mit je einem Bewacher in einen Geländewagen gepfercht, nachdem wir nach Waffen abgesucht worden waren. Obwohl

keiner der Demonstranten bei dem angsteinflößenden Polizeiaufgebot an Gegenwehr oder Flucht dachte, wurden wir teils in Polizeigriffen, unter Schlagstockandrohung, mit erhobenen Händen menschenunwürdig behandelt. Wir waren 4 oder 5 Demonstranten im Wagen. Auf einen schlug sein Bewacher bei jedem Wort mit dem Schlagstock ein, sodaß wir kaum noch wagten, etwas zu fragen. (Z.B. was sie mit uns vorhätten, warum wir festgenommen worden waren.)

Wir wurden aus dem Gelände und dann über Felder nach Kirchohsen zu einer Sammelstelle gefahren (Schule oder Fabrik). Ich sah mindestens 20 Mannschaftswagen aufgereiht stehen. Wir wurden in rüdem Ton "Los, hier rüber" "lauf schon" "soll ich dir Beine machen" weiter schikaniert. ("Hier sind sie! Mit Eisenstangen haben sie uns geschlagen!") Meine Frage nach Anwälten oder Ärzten wurde nur belacht. Ich mußte mich mit erhobenen Händen gegen einen Mannschaftwagen



stellen und wurde wieder nach Waffen durchsucht. Anschließend wurden mir Fingerabdrükke abgenommen und ich mußte mich in dem Mannschaftswagen mit Handschellen anketten lassen. Neben einem zweiten Wagen sah ich zwei Festgenommene mit dem Gesicht nach unten nebeneinander und die Hände auf dem Rücken gefesselt auf dem Boden liegen. Der eine war barfuß. Im Wagen wurden meine Personalien aufgenommen. Die 3 anderen wurden nacheinander auch im Wagen angekettet. Uns wurde verboten, miteinander zu sprechen. Wir bekamen keine weiteren Auskünfte über die Gründe unserer Festnahme, über Vorwürfe oder unser weiteres Schicksal. Ich fror in meiner durchnäßten Kleidung, trotz mehrfacher Bitte wurde die Wagenheizung nicht eingeschaltet. (Auf Anweisung eines im Wagen sitzenden Vorgesetzten). Uns wurde völlig unmotiviert plötzlich gesagt: "Bei Fluchtversuchen machen wir von der Schußwaffe gebrauch". Nach den Festnahmeformalitäten schaltete der vorgesetzte Beamte sein Radio ein und hörte sich die Fußballbundesligaberichte an. Laufend traten Polizisten anden Wagen, musterten uns mit abfälligen Blicken und unterhielten sich über die gesamte Aktion. Es fielen Bemerkungen wie: " Die haben mit Eisenstangen geschlagen, wir hätten schon viel früher angreifen sollen, die haben noch längst nicht genug abgekriegt, paß bloß auf, wenn ich dich mal draußen sehe". Wir mußten sehr lange im ungeheizten Wagen warten, da kein Transporthubschrauber zur Verfügung stand. Zu je 2 wurden wir dann gegen 18-19 Uhr mit unseren Bewachem zum Südbad in Hameln geflogen. Dort begann die selbe Tortur noch einmal. Ich wurde von 2 Beamten gepackt und an die Rückwand des Gebäudes gebracht. Vor dem Zaun des Bades standen 100-200 Menschen und äußerten ihr Mißfallen durch Buh und Pfui-Rufe. Ich wurde wieder an die Wand gestellt, nach Waffen durchsucht, ich war schon reichlich abgestumpft. Dann wurde ich das 2. Mal fotografiert und zusammen mit dem zweiten Verhafteten in einem VW-Bus ins Präsidium transportiert. 2 Polizisten hielten mich die ganze Zeit über hart fest. Auf meine Frage, "wieso" und der Hinweis auf eine schmerzhafte Prellung am Daumen, sagte der eine: "Wir haben da unsere Erfahrungen" "Nun fang mal nicht gleich an zu weinen, ihr könnt doch auch ganz gut schlagen."

Ich wurde in eine 5er Zelle eines Gefängnisbusses zu einem anderen Festgenommenen eingesperrt. Meine Bitte, die Heizung anzustellen, wurde mit Antworten kommentiert:"Wenn ihr entwas rumspringt, wird euch schon warm werden." Bisher hatte ich noch niemanden von meiner Festnahme benachrichtigen können.

Ich nahm an, daß ich jetzt vernommen und dann freigelassen würde. Gegen 22 Uhr - ich war schon ziemlich durchfroren- wurde ich als einer der letzten von zwei Zivilbeamten im Polizeigriff ins Präsidium geführt und durchlief 4 Stadien:

1. Durchsuchung. Hier verlangte ich nach einem Anwalt. "Das kommt schon noch" Ich wurde aufgefordert, mich zu setzen. Ein anderer forderte mich gleichzeitig dazu auf, wieder rauszugehen, weil jemand telefonierte. Ich wußte nicht, was ich tun sollte und wurde gewaltsam vom Stuhl gerissen und aus dem Zimmer gezogen. Im Flur befanden sich mindestens 15 Personen, es herrschte eine hektische Atmosphäre. Nach einigen Minuten wurde ich wieder ins Zimmer geschupst und mußte mich bis auf die Schuhe und Socken ausziehen. Meine Bitte nach trockener Kleidung wurde abgelehnt. Auf meine Fragen nach : Angehörigen, Anwalt, Arzt, Verhaftungsgrund und was weiter mit mir passiert, wurden mir keine konkreten Antworten gegeben. Ich wurde mit drohenden Vorhaltungen wie: "Ihr habt wohl noch immer nicht genug, auf Polizisten einschlagen, das könnt ihr, erst hinkommen, dann ist es keiner gewesen." bedacht.

2. Erkennungsdienstliche Behandlung
Die folgenden Abteilungen waren offenbar nicht so verhetzt wie die direkten Ermittlungsstellen. Auch wurde, nachdem ich gegen ermittlungsdienstliche Behandlung protestiert hatte, auf die gewaltsame Durchführungsmöglichkeit hingewiesen und mehrfach fotografiert. (Von vorn, Seite, stehend mit Nummer) In 5facher Ausführung Finger- und Handabdrücke, Aufnahme der Personalien. Ich habe die Erklärung, daß dies meine eigenen Abdrücke sind, nicht unterschrieben.

3. Vernehmung
Diese Beamten waren sehr freundlich, wiesen mich auf mein Aussageverweigerungsrecht hin. Ich wußte nicht genau, was ich alles verweigern durfte, ohne daß ich mit Gewalt dazu gezwungen oder in Haft behalten werden würde. Ich machte Aussagen zu Person, Beruf und Angehörigen. Mir wurde die Gelegenheit zu Ortsgesprächen in Hameln gegeben, allerdings keine Telefonnummern. Die Rechtsanwälte -denen zu diesem Zeitpunkt schon Hausverbot erteilt war- konnte ich nicht ersah bleich und müde aus und war psychisch kaputt. Daraufhin ging es mir auch sehr dreckig, zumal jetzt im Bus in der Nebenzelle niemand mehr saß. Ich hoffte auf Entlassung, fror und zitterte stark, rechnete aber mit U_Haft. Gegen 0 Uhr wurde ich von zwei jungen Zivilbeamten in Parka, Halskette und Bart in Handschellen in einen Bus mit drei anderen Demonstranten angekettet, und wir wurden nach Hannover transportiert, um am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt zu werden. Wir waren so kaputt und eingeschüchtert, daß wir uns wenig unterhielten. Gegen 1 Uhr kamen wir im Polizeipräsidium an und wurden auf Einzelzellen verteilt. Ich hatte seit 14 Stunden nicht mehr gegessen und bekam auch jetzt nichts mit der Begründung: Die Küche hat dicht. Ich verlangte einen Arzt mit Hinweis auf mögliche Gallenkoliken in der strapaziösen Situation. Antwort: Es ist keiner da. Ich bat um trockene Kleidung: Haben wir nicht. Einer der Gefängnisbeamten machte aus seiner Feindseligkeit uns gegenüber keinen Hehl, indem er jede Frage mit: "Seien sie gefälligst ruhig; ich will davon nichts hören; wenn sie nicht gleich aufhören, können wir auch anders", beantwortete. In der Zelle hatte ich nur noch das Bedürfnis zu schlafen (Inventar: Ein Eisenbettgestell, 3 Matratzen, 2 Bettlaken, 1 Wolldecke).

Um 5.30 erhielt ich 2 Scheiben Brot mit Marmelade und einen Becher Malzkaffee, die Wolldecke und ein Laken wurden mir abgenommen. Weil ich ziemlich fror, zog ich

das andere Laken ab und versuchte weiterzuschlafen, um mir keine Gedanken über die Situation zu machen. Das ging aber nicht. Mir wurde langsam klar, daß ich hier total ausgeliefert und isoliert war. Ich wartete darauf, dem Richter vorgeführt zu werden. Gegen 10 Uhr besuchte mich völlig überraschend ein Anwalt, der Initiative in der Zelle. Dies war der erste Kontakt mit der Außenwelt seit 18 Stunden. Gegen 12 Uhr hörte ich, daß vor dem Präsidium Sprechchöre und Lieder von vielen Menschen gerufen wurden. Wie schon beim Anwalt kriegte ich fast das Heulen, weil ich mit sowas nicht gerechnet hatte und plötzlich so eine Solidarität da war - Leute, die sich um uns kümmerten. Um 14 Uhr wurde ich mit Anwalt dem Haftrichter vorgeführt. Der Haftbefehl gegen mich wurde aufgehoben. Ich kam noch für eine Stunde zurück in die Zelle und wurde dann gegen 16 Uhr (nach 24 Stunden) freigelassen. Draußen warteten Freunde auf uns.

DARSTELLUNG DER POLIZEIÜBERGRIFFE MIT CHEMICAL MACE AUF DEM RÜCKMARSCH DER DEMONSTRANTEN

Am 19. März 1977, gegen 21 Uhr, erreichte ein Zug von ca. 700-800 Demonstranten, die sich auf dem Rückweg von Grohnde zu ihren abgestellten PKW´s befanden, Kirchohsen. Der Zug bewegte sich auf der Bundesstraße 83 in 4er Reihen auf dem Fuß-Rad Weg auf der rechten Seite in Richtung Hameln. Zu gleicher Zeit bewegten sich eine Vielzahl von Polizeifahrzeugen aus Lüneburg, Gütersloh, Braunschweig und Bochum, was wir an den Fahrzeugkennzeichen erkennen konnten, an den Demonstranten vorbei in ihre Heimatorte zurück. Obwohl wir schon ziemlich schlapp waren, empfingen wir die Bullen mit Pfiffen und Buhrufen. Aus den geöffneten Fenstern der Mercedes-Mannschaftswagen sprühten mehrere Polizisten mit ersichtlicher Freude aus ca. 2m Entfernung mit der chemischen Keule auf die Demonstranten. Hierbei wurden noch zahlreiche Demonstranten an Mund und Augen von dem CN-Gas getroffen, so daß sanitätshilfe benötigt wurde.

Augenzeugen- und Ermittlungsbericht
über die Beschlagnahmung des Lautsprecherwagens
des Süddemozuges.

" An der Sperre in Grohnde wurde nach längerer Verhandlung mit der Polizei erlaubt, den Lautsprecherwagen (aus Detmold) und die Saniwagen nach vorheriger Durchsuchung mitzunehmen. Die genannten Wagen wurden dann von der Polizei durchsucht, nichts beschlagnahmt und daraufhin unbehelligt durch die Polizeisperre gelassen. An dem Gelände angekommen trat der Wagen nicht mehr in Erscheinung. Erst am Ende der brutalen Räumung."

" Bei der Räumung des Geländes und dem brutalen Pferdeeinsatz ziemlich am Schluß steht plötzlich (ich kann micht nicht daran erinnern, wie das gekommen ist) der Lautsprecherwagen aus der Demo-Süd (grüner Bus) frei auf der Straße. Sofort stürmen die Bullen darauf los, (mind. 2o) und umringen den Wagen. Sie schlagen brutal und mit aller Kraft auf die Leute (3-4), die auch dem Wagendach sitzen ein und zerren sie an den Beinen. Es klirrt plötzlich und ich sehe, daß eine Seitenscheibe zu Bruch geht. Die Leute im Bus gucken ganz entsetzt.

Wilfried Hohlstein

Die Bullen reißen die Türen auf und prügeln auf die Leute im Bus ein. Wir letzten Demonstranten gehen jetzt auf den Bus zu und plötzlich ziehen die Bullen sich zurück. Der Bus wird nun von Demonstranten in den Demozug geschoben und mitgenommen."

" Der Wagen mußte dann nach Grohnde geschoben werden, da die Bullen während dem brutalen Angriff den Zündschlüssel abgezogen hatten. Außerdem verletzten sie einige Leute erheblich. So mußte der Besitzer des Wagens zur Behandlung in eine Sanitätsstation gebracht werden. Als drei Bekannte ihn mit dem Bus in der Sanistation besuchen wollten, wurden sie in Kirchohsen in brutaler Weise daran gehindert ".

" Ein grüner VW-Bus aus Detmold wurde von einem zivilen Kommando gestoppt. Der VW-Bus Aufschrift "Womm-Press"- wurde von drei Autos eingekreist: 1 grüner Mercedes, Kennz.: H-KC 195, ein Manta, mit schwarzer Haube - Kennz.: H-JZ 753, ein weinroter Mercedes 2oo, Kennz. unbekannt. Aus diesen drei Wagen sprangen sieben Zivile, von denen einer mit einer Maschinenpistole und die restlichen mit

Pistolen bewaffnet den VW-Bus umstellten. 3 Zivile öffneten die Bus-Türen, zerrten die völlig verdutzten Insassen heraus, durchsuchten sie und legten ihnen Handschellen an. Währenddessen richteten die anderen 3 ihre Handfeuerwaffen auf die Köpfe der drei Personen. Danach wurden die Verhafteten in je einen Wagen verfrachtet.
2 Zivile bestiegen den VW-Bus, während der eine Zivile noch mit der MP die Straße sicherte.
Währenddessen waren einige Personen aus unserem Bus ausgestiegen, die sich vergebens nach dem Sinn der Aktion und nach dem Namen sowohl der Verhafteten als auch der Zivilen erkundigten. Auch die inzwischen eingetroffenen Polizisten verweigerten uns jegliche Auskunft, bis auf die Bemerkung es hätte alles seine Richtigkeit und wäre völlig in Ordnung. Einer von uns wurde mit der Maschinenpistole gezwungen, wieder in den Reisebus zu steigen, unter dem Hinweis darauf, daß es sonst Konsequenzen hätte. Anschließend wurden die 4 Wagen gewendet und verschwanden".

Ministerpräsident Albrecht stellte besagten VW-Bus in Hannover der Presse als "Funk -Befehlsstelle" vor. Das, obwohl er wußte, daß der Bus nach erfolgter Durchsuchung von seiten der Polizei genehmigt zum Bauplatz gelassen wurde.
In der örtlichen Presse in Detmold wurde mit Falschmeldungen eine scharfe Hetze gegen den Wagenbesitzer gestartet.
Der VW-Bus wurde in Hannover ausgestellt, obwohl ein Antrag auf eine richterliche Entscheidung vorlag (Antrag hat normalerweise zur Konsequenz, daß das Gericht sofort zu entscheiden hat)
Innerhalb von 3 Tagen (hätte bis zum 21.3. erfolgen müssen) muß von der Polizei ein Antrag auf Beschlagnahmung gestellt werden, dies ist nicht passiert und hätte die Freigabe des VW-Busses zur Folge haben müssen.
Die Ermittlungsakte ist erst am 24.3. an die Staatsanwaltschaft gegangen, die die Akte an das Gericht in Hameln weitergeleitet hat.
Dem Gericht in Hameln waren die Beweise zu dünn und seitdem wandert die Akte zwischen Hannover und Hameln hin und her. Bei Redaktionsschluß (31.3.) befand sich der Bus noch immer im Polizeigewahrsam.

•

• • •

HAMELN, Lohstr. 25

Wir begannen gegen 1o Uhr vor der polizeistation in Hameln, Lohstr, 25abwechselnd sehr vorsichtig Station und Umgebung (Bullen in Zivil: Parka und Einheitsjeans) in 2er Gruppen zu beobachten. Wir waren 5 Männer, ausgestattet mit Fotoapparaten.

Zwischen 11.3o und 11.45 Uhr wurde der erste von uns an den Telephonzellen (ca. 6om entfernt von der Toreinfahrt der Polizeistation) von 2 Kriminalpolizisten in Zivil abgehalten und mit auf die Wache geführt. Es erfolgte eine vorläufige Beschlagnahmung seiner Habe incl. Gürtel und Personalausweis wegen Verdachts der "Störung einer Amtshandlung" (Gesetz zur Sicherheit und Ordnung). Mit Hinweis auf dieses Gesetz wurde ihm die telephonische Kontaktaufnahme mit einem Anwalt verweigert. Alle weiteren Vorgänge sind den Rechtsanwälten bekannt. Gegen den Widerspruch des Anwalts wurden erkennungsdienstliche Maßnahmen durchgeführt. Zwischenzeitlich war das Anwaltbüro von uns von der Festnahme unterrichtet worden.

Rechtsanwalt Galette kam gegen 12.3o Uhr, um seinen Mandanten im Polizeipräsidium aufzusuchen. Kurz darauf wurde der zweite von uns von zwei Kripobeamten in Zivil aufgefordert, ihnen ins Präsidium zu folgen. Die einen Meter neben ihm stehende Tasche mit dem Fotoapparat von A. ließ er zurück, da sich A. in Sichtweite befand. Sofort darauf wurde diese Kameratasche von einem weiteren Zivilbeamten konfisziert, woraufhin A. empört ins Polizeipräsidium stürzte, um sich seine Kamera wiederzuholen. Zuvor hatte man G. gefragt, ob dies seine Kameratsche sei. was er verneinte. Als A. nach seiner Kameratasche verlangte und daraufhin gefragt wurde, ob er beweisen könne, daß dies seine Tasche sei, nannte er den im gleichen Raum befindlichen G. als Zeugen dafür. Daraufhin erwiederte der Polizist, G. habe gerade behauptet, er kenne A. überhaupt nicht, was eine glatte Lüge war. Beide mußten sich einer Ausweiskontrolle unterziehen. Rechtsanwalt Galette war bei diesen Vorfällen anwesend und machte beide Mandanten darauf aufmerksam, daß sie keine Angaben zur Sache machen müßten. Hierbei verscuhten die Polizisten zunächst nur verbal zu hindern, obwohl er Vollmachten für beide Mandanten bei sich führte. Nachdem G. seinen Personalausweis zurückerhielt, mit der Aufforderung, das Polizeigebäude unverzüglich zu verlassen, wurde A. Zeuge, wie RA Galette ebenfalls aufgefordert wurde, das Gebäude zu verlassen, wobei einige Beamte handgreiflich wurden und ihn vor die Tür brachten. Kurz darauf wurde auch A. (mit Kamera) entlassen. Da F. den Autoschlüssel unseres Wagens hatte, worin sich unser Proviant und wärmere Sachen befanden, warteten wir ungeduldig auf seine Entlassung. Diese erfolgte gegen 14.3o Uhr. Zuvor hatte G. neben etwas Eßbarem auch ein Schild aufgetrieben, auf das wir die Telephonnummer des Anwaltbüros malten. Dieses Schild zeigte einer von uns immer dann in die Höhe, wenn ein Polizeitransporter mit Gefangenen an uns vorbei durch die Toreinfahrt in den Hof des Präsidiums fuhr. Es war für uns sehr schwierig, jeweils die genaue Zahl der Gefangenen in den Transportern (die ab ca. 15 Uhr in unregelmäßigen Abständen ankamen) ausfindig zu machen, da die Transporter teils mit Vorhängen, teils mit Milchglasscheiben versehen waren. Manchmal lag es aber auch daran, daß wir nicht ganz sicher sagen konnten, ob da der eine nun ein Demonstrant oder ein Zivilbulle war. Einmal geschah es sogar, daß A. zu G. meinte, da wäre ein ziemlich "militant" aussehender Demonstrant eingeliefert worden, mit Armeejacke und so; eine halbe Stunde später stellte sich dann heraus, daß es sich bei dem "Militanten" um einen BGS-Mann in Kampfausrüstung handelte, der seinen Arm in einer Schlinge trug. Unser Lachen über diese Einlage schien bei einigen Zivilbullen, von denen wir die ganze Zeit über mal näher, mal weiter umringt waren, nicht besonders gut anzukommen. Nachdem es ihnen sowieso ganz schön stinken mußte, daß wir schon stundenlang die Scene "bevölkerten", drohten sie uns nun (ca. 15.15 Uhr) zwischen den Zeilen Schläge oder sonstiges an und versuchten uns massiv einzuschüchtern, was ihnen in Anbetracht der Überzahl zunächst auch

gelang: "Wenn Du noch eine Aufnahme machst, nehme ich Dir das Ding weg und dann erlebst Du was."(sinngemäß); "Ihr habt jetzt lange genug Euren Spaß gehabt, jetzt werden wir mal unseren Spaß haben". Bei dieser Sache und auch noch später tat sich vor allem der Beamte Behrends besonders hervor. (Bereits um diese Zeit zog das Gerücht vom toten Polizisten seine ersten Kreise) Aufgrund der massiven Androhungen riefen wir die Anwälte an. Nach deren Anruf im Präsidium mit dem Hinweis, daß wir fotographieren dürften und sich die Zivilbullen zurückhalten sollten, bekamen diese einen Wink von "oben" und die Sache war geklärt.

Sofort fühlten wir uns wieder ausgezeichnet (auch unser Proviant war inzwischen eingetroffen) und nahmen unseren Dienst wieder auf. Dabei rief immer einer von uns, nachdem 1-2 Transporter mit Gefangenen eingetroffen waren, sofort im Anwaltsbüro an. Dadurch versäumten wir selbst uns genaue Uhrzeiten zu notieren (das sollte man in Zukunft besser machen). Jedenfalls stellten wir fest, daß anfänglich meist nur ein oder zwei Gefangene in einem Transporter saßen. Später waren dann wohl öfter mehrere Demonstranten in einer "Kiste".

Um 16.10 Uhr (s. Foto) traf dann der Landesvater Albrecht höchstpersönlich ein, und nachdem er nach einigen "shake hands" hinter den Einfahrtstor verschwunden war, fuhr er 2 Min. später im Konvoi wieder heraus, wahrscheinlich zum Hubschrauberlandeplatz Südbad, um sich dann vom Hubschrauber aus seine Eindrücke zu verschaffen (Ergebnis ist uns ja bekannt!)

So ungefähr mit Einbruch der Dunkelheit -zwei von uns waren in der Zwischenzeit vor's Südbad gezogen, um dort zu erkunden- sah G., wie der grüne VW-Bus mit dem Detmolder Kennzeichen in den Hof des Präsidiums gefahren wurde. Hätte er gewußt, welche Rolle der VW-Bus noch spielen würde, hätte er sicherlich nicht versäumt, sich die Zeit zu merken, bzw. anzurufen. So aber blieb es bei der bloßen Feststellung, was vielleicht unser größter Lapsus war, der wohl dadurch entstand, daß wir unsere Aufmerksamkeit schon stärker auf die Eingangstür des Präsidiums konzentriert hatten. Erstens kam unserer Einschätzung nach kein Gefangenentransport mehr und zweitens berichteten uns die bereits Entlassenen, daß selbst, wenn sie unser Schild gesehen hatten (was ihnen sowieso durch die Bullen erschwert, bzw. verhindert worden war) sie nicht mit einem Anwalt hätten telephonieren dürfen.

Unsere Hauptaufgabe bestand nun darin, die Entlassenen in "Empfang" zu nehmen und sie zum Anwaltsbüro, das etwa 1km entfernt war, zu bringen. Fast alle waren saufroh, daß "draußen" jemand auf sie wartete. Bis auf 2 oder 3 Leute konnten wir ihnen klar machen, daß es wichtig und nützlich für sie wäre, sich sofort mit den Anwälten in Verbindung zu setzen. Einer, den wir nicht dazu bringen konnten, meinte beim schnellen Weggehen: "Alles Scheiße, ich muß jetzt arbeiten, ich habe Spätschicht," und winkte sich ein Taxi heran, mit dem er verschwand. Bei einem anderen, der wiedie meisten 6 Std. und mehr "gesessen" Hatte, war inzwischen der Vater gekommen, der ihn abholte.

Die RA Galette und Klawitter, die sich um die Gefangenen bemühen wollten, hatten in der Zwischenzeit Hausverbot bekommen. So gegen 22Uhr wurden wir alle Zeugen, wie die Bullen die RA's Plähn und Langhoff aus dem Präsidium wiesen, wobei RA Plähn von dem Bullen Behrends die Außentreppe des Gebäudes hinuntergestoßen wurde, so daß ihm die Gesetzesbücher, die er unterm Arm trug, auf die Straße fielen.
Gegen 23 Uhr versuchte nochmals RA Galette und Anwältin Klawitter in Begleitung von zwei Presseleuten Einlaß in das Präsidium zu erhalten, was ihnen mit Hinweis auf das erteilte Hausverbot verweigert wurde.
Gegen 1 Uhr morgens fuhren wir den letzten der "Entlassenen" zum Anwaltsbüro. Er war mit den Worten: "Ich bin der letzte, der rauskommt," zu uns gestoßen.

5 AKW-NEE's

Axel Galette
Barbara Klawitter
Dietrich Langhoff
Henning Plähn

Hannover, den 22.3.77

Betr.: Behinderung von Verteidigertätigkeit in Hameln und Hannover am 19.3. und 2o.3.1977 anläßlich der Demonstration gegen das Kernkraftwerk in Grohnde am 19.3.1977

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit der Demonstration gegen das KKW Grohnde hielten sich die Unterzeichner in Hameln auf, um durch Polizeimaßnahmen Betroffenen anwaltlich beistehen zu können.
Bei Ausübung ihrer anwaltlichen und Verteidigertätigkeit kam es zu erheblichen Behinderungen durch Maßnahmen leitender Polizeibeamter.
Wegen dieser Vorfälle haben die Unterzeichner inzwischen Dienstauf-sichtsbeschwerde eingelegt.

Die Unterzeichner halten die eingetretenen Behinderungen für dermaßen erheblich, daß diese der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden müssen.
Es wird daher gebeten, die beigefügte Presseerklärung abzudrucken.
Die näheren Vorkommnisse entnehmen Sie bitte der anliegenden Sachverhaltsschilderung.

Hochachtungsvoll

..... (für RA Galette in Vollmacht RAin Klawitter) ..... (RAin Klawitter) ..... (RA Langhoff) ..... (RA Plähn)

Presseerklärung

Die unterzeichnenden Rechtsanwälte aus Hannover und Kiel stellen zu den Vorfällen am 19.3. und 20.3. in Hameln und Hannover anläßlich der Demonstration gegen das Kernkraftwerk in Grohnde fest:

1. Durch die in Hameln im Polizeirevier, Lohstr. 25, im Einsatz befindlichen Polizeibeamten wurde nach Kenntnis der Unterzeichner den Festgenommenen bis auf zwei Ausnahmen generell das Recht verweigert, mit einem Rechtsanwalt zu telefonieren.
2. Durch leitende Polizeibeamte wurde den unterzeichnenden Rechtsanwälten mit Ausnahme eines Falles zwischen 14.00 und 15.00 Uhr generell verweigert, mit Mandanten zu sprechen. Es wurde ihnen in den beiden in Betracht kommenden Polizeistationen Lohstr. 25 und Lohstr. 12 Hausverbot erteilt, in drei Fällen wurde das Hausverbot gegen die Rechtsanwälte mit einfacher körperlicher Gewalt durchgesetzt.

   Die Mitteilung des Aufenthaltsortes des zuständigen Staatsanwalts wurde trotz Kenntnis der leitenden Beamten von seinem Aufenthaltsort verweigert.
3. Nach Auskunft von Mandanten wurden Gefangene nach ihrer Festnahme von Polizeibeamten an der Gefangenensammelstelle auf dem Bauplatz in Grohnde geschlagen.
4. Nach Auskunft von Mandanten wurden in mindestens zwei Fällen verbotene Vernehmungsmethoden angewandt, indem gegenüber den zu Vernehmenden behauptet wurde, es sei ein Polizist tot. In einem Fall wurde dem zu Vernehmenden erklärt, er sei der Täter.
5. Nach Auskunft von Mandanten wurden die Gefangenen zum Teil einer unwürdigen Behandlung unterzogen. Sie erhielten bis zum 20.3. 1977 gegen 8.00 Uhr trotz Verlangens weder zu Essen noch zu Trinken.
6. Weder in Hameln auf der Polizeistation noch in Hannover im Polizeigewahrsam wurden die Festgenommenen nach Auskunft von Mandanten ärztlich versorgt.

Wegen des anliegenden Sachverhalts haben die unterzeichnenden Rechtsanwälte Dienstaufsichtsbeschwerde eingelegt.

Sachverhaltsschilderungen

zur Presseerklärung zur Behinderung von Verteidigertätigkeit in Hameln und Hannover am 19.3. und 20.3. 1977 anläßlich der Demonstration gegen das Kernkraftwerk in Grohnde am 19.3.77.

Während des Demonstrationsaufzuges am 19.3. 1977 kam es bereits gegen Mittag sowohl im Bereich der Demonstration wie auch vor dem Polizeirevier Hameln, Lohstr. 25 zu Festnahmen.

Als Grund der Festnahme wurde von den handelnden Beamten „Fotografieren der Polizei" angegeben.

Wegen dieser Festnahmen telefonierte einer der Unterzeichner, RA Galette aus Kiel, mit Herrn Lottmann (Mitglied der Einsatzleitung der Polizei). Herr Lottmann sagte zu, daß die festgenommenen Demonstranten sofort wieder freigelassen würden, da die Festnahmen rechtswidrig seien. Dennoch wurden nach diesem Telefonat zumindest in Hameln vor der Polizeistation Lohstr. 25 zwei weitere Personen aus den gleichen Gründen festgenommen.

Zwischen 14.00 und 16.00 Uhr versuchte der Unterzeichner RA Galette erstmals in der Polizeistation Hameln Lohstr. 25, einen der Festgenommenen zu sprechen. Er war im Besitz einer schriftlichen Vollmacht und wies sich als Anwalt aus.

Nachdem ihm zunächst eine Besprechung mit seinem Mandanten zugesagt worden war und er nun auf weitere Veranlassungen im Flur des Polizeireviers wartete, wurde er plötzlich ohne ersichtlichen Grund von drei Polizeibeamten unter Anwendung einfacher körperlicher Gewalt aus dem Polizeirevier auf die Straße verbracht.

Erst nach einem weiteren Telefonat mit Herrn Lottmann wurde er dann zu seinem Mandanten vorgelassen, der kurze Zeit später auch freigelassen wurde.

Im weiteren Verlauf des Tages – etwa ab 16.00 Uhr – ging bei den Rechtsanwälten eine Vielzahl von Vermißtmeldungen ein, in Einzelfällen mündliche Vollmachten, übermittelt durch Dritte.

Durch die Rechtsanwälte wurde versucht, bei der Polizeistation in Hameln Auskunft über Festnahmen zu erhalten. Von dort sicherte man zunächst zu, die Anfragen zu prüfen und zurückzurufen.

Während zwei der Unterzeichner zur Polizeistation in Hameln unterwegs waren, wurde in einem Fall die Festnahme eines Mandanten und auch seine Anwesenheit in der Hamelner Polizeistation bestätigt. Die Anwesenheit eben dieses Mandanten wurde etwa zur gleichen Zeit oder geringfügig später gegenüber der Unterzeichnerin, RAin Klawitter, in der Polizeistation Hameln abgeleugnet.

Es wurde erklärt, man könne gegenwärtig nichts feststellen. Gegenüber dem gleichzeitig in der Polizeistation anwesenden RA Galette wurde die Anwesenheit seines Mandanten in der Polizeistation nicht bestritten, es wurde ihm jedoch erklärt, Gespräche mit Festgenommenen könnten nicht stattfinden, es bestünde kein Recht, die Mandanten zu sprechen. Den beiden unterzeichnenden RAen wurde erklärt, sie würden nur stören und sollten das Haus verlassen.

Daraufhin beschwerte sich RAin Klawitter telefonisch bei Herrn Lottmann. Dieser sagte Gespräche zwischen den Mandanten und den Anwälten zu.

Als die Unterzeichner Galette und Klawitter alsdann erneut zur Polizeistation fuhren, wurde sie zunächst eingelassen, nach einer längeren Wartezeit aber wieder des Hauses verwiesen.

Herr Mischker erteilte den Unterzeichnern Galette und Klawitter ausdrücklich Hausverbot. Der Hinweis von RAin Klawitter auf das mit Herrn Lottmann geführte Telefonat wurde damit beantwortet, Herr Lottmann befinde sich in der Lohstr. 12, man solle ihn dort aufsuchen.

Tatsächlich trafen die beiden Unterzeichner Herrn Lottmann mit einem Herrn Elsholz in der Polizeistation Lohstr. 12 an. Er erklärte, Herr Mischker sei Hausrechtsinhaber für die Lohstr. 25 und damit sei die Sache erledigt. Auch er erteile den beiden Unterzeichnern nunmehr für die Lohstr. 12 Hausverbot. Im übrigen könnten sie sich an StA Borchers wenden.

Es wurde stundenlang versucht, festzustellen, wo sich Herr StA Borchers aufhielt. Dies war jedoch erfolglos.

Weiterhin wurde von verschiedenen RAen bis in die späte Nacht ver-

sucht, Verletzte und Festgenommene namentlich festzustellen, um Klarheit über die zahlreich eingegangenen Vermißtenmeldungen zu erhalten.

Gegen 21.30 Uhr verlangten dann die Unterzeichner RAe Langhoff und Plähn in der Polizeistation Hameln zwei namentlich benannte Mandanten zu sprechen, von denen von Dritten übermittelt mündliche Vollmachten vorlagen. Das Mandatsverhältnis bei RA Plähn bestand schon länger aus anderen Gründen.

Zunächst wurde dem Unterzeichner RA Plähn von dem Polizeibeamten Behrens vom 7. K. in Göttingen der Eintritt in die Polizeistation generell verweigert. Bei günstiger Gelegenheit konnte der Unterzeichner Plähn dann dennoch ins Gebäude gelangen und verlangte dort, seinen Mandanten zu sprechen. Dies wurde ihm mit der Begründung verweigert, es handele sich nur um eine Festnahme nach dem SOG und in diesem Fall bestehe kein Gesprächsrecht. Die Darlegung der tatsächlichen Rechtslage durch den Unterzeichner Plähn war erfolglos. Die beiden anwesenden RAe Plähn und Langhoff verlangten darauf einen leitenden Polizeibeamten zu sprechen.

Es erschien Herr Mischker und fragte nach einer schriftlichen Vollmacht. Die Unterzeichner erläuterten daraufhin die Umstände der mündlichen Mandatierung, Herr Mischker hielt dies jedoch nicht für ausreichend und verwies sie des Hauses.

Die beiden anwesenden Unterzeichner wiesen dies als unzulässige Einschränkung der Verteidigung zurück. Außerdem verlangten die beiden Unterzeichner, mitzuteilen, wo sich der zuständige StA Herr Borchers aufhalte.

Darauf forderte Herr Mischker weitere anwesende Polizeibeamte auf, den Unterzeichner RA Plähn aus dem Polizeigebäude zu entfernen. Der Unterzeichner Plähn wurde von den Polizeibeamten erfaßt und vor die Tür geschubst. Auch der Unterzeichner RA Langhoff wurde mit einfacher körperlicher Gewalt aus dem Polizeirevier vor die Tür geschoben.

Auch RA Langhoff war vorher das Gespräch mit seinem Mandanten mit der Begründung verweigert worden, der Mandant befinde sich gerade in polizeilicher Behandlung. Auf seinen Einwurf hin, diese Behandlung könne unterbrochen werden, war RA Langhoff mitgeteilt worden, es sei im übrigen unklar, wo der Mandant sich gegenwärtig aufhalte.

Als der Unterzeichner RA Langhoff von den Polizeibeamten aus dem Polizeirevier vor die Tür geschoben wurde, rief RA Plähn, der sich bereits auf der Außentreppe des Polizeireviers befand, nochmals durch die Tür, er verlange den Aufenthaltsort von Herrn StA Borchers zu wissen. Daraufhin wurde er von dem Polizeibeamten Behrens die Außentreppe des Polizeireviers hinunter gestoßen, die Gesetzbücher von RA Plähn fielen auf die Straße (für diesen Vorfall stehen dem Betroffenen 5 Zeugen mit Namen und Adressen zur Verfügung).

Etwa gegen 23.00 Uhr bemühten sich die Unterzeichner RA Galette und RAin Klawitter in Begleitung von zwei Pressevertretern (Herrn Rosahl – Dewezet – und Herrn Kreipmann – dpa –) nochmals zur Polizeistation Lohstr. 25. RA Galette verlangte von den außen vor der Tür stehenden Polizeibeamten, seinen Mandanten zu sprechen. Dies wurde ihm mit Hinweis auf das bereits erteilte Hausverbot verweigert.

Auf die Frage nach dem Verbleib von StA Borchers wurde ihm mitgeteilt, dieser befinde sich in der Lohstr. 12. Daraufhin suchten die genannten 4 Personen zusammen mit dem Unterzeichner RA Plähn die Lohstr. 12 auf.

Dort wurde gegenüber den Unterzeichnern RA Galett und RAin Klawitter von Herrn Lottmann, der in Begleitung eines Beamten in Zivil sowie eines Polizeibeamten Meier, KOK, 7. K., Hannover, war, nur noch einmal auf das bereits erteilte Hausverbot hingewiesen, im übrigen wurde gegenüber allen anwesenden Unterzeichnern erklärt, man sei nun zu einer weiteren Unterredung nicht mehr bereit.

Auf die nochmalige Frage nach dem Aufenthaltsort von Herrn StA Borchers wurde erklärt, der Aufenthaltsort sei unbekannt.

Nach Auskunft von StA Borchers gegenüber dem Unterzeichner Plähn am 20.3.1977 war der Einsatzleitung der Polizei der Aufenthaltsort von Herrn StA Borchers während des ganzen Samstages bis spät in die Nacht bekannt. Ferner war ihr auch bekannt, daß StA Borchers sich während dieses gesamten Zeitraumes zu jederzeitiger Verfügung gehalten hatte.

Während der vorgeschilderten Vorfälle in den beiden Polizeistationen in Hameln hatten sich die Unterzeichner durch Anwaltsausweis bzw. Vorlage der Zulassungsurkunde und Personalausweis als Rechtsanwälte ausgewiesen.

Am Sonntag, den 20.3.1977, etwa gegen 10.15 bis 10.30 Uhr, erhielten die RAe erstmals Gelegenheit, mit den vier noch Inhaftierten zu sprechen. Noch um 8.30 Uhr und um 9.00 Uhr war ein solches Gespräch von den Polizeibeamten der Polizeistation Hannover, Hardenbergstraße mit der Begründung verwehrt worden, darüber könne nur die Staatsanwaltschaft entscheiden. Wo der zuständige Staatsanwalt zu erreichen sei, sei ihnen nicht bekannt.

Zusammenfassend stellen die Unterzeichner folgendes fest:

1. Den unterzeichnenden RAen wurde nahezu generell die Mitteilung darüber verweigert, welche Personen sich in Haft befänden, vorläufig festgenommen oder sonst verletzt oder unbekannten Aufenthalts seien. Die zahlreich eingegangenen Vermißtenmeldungen konnten auf diese Weise überhaupt nicht bearbeitet werden.
2. Die in der Nähe des Bauplatzes Festgenommenen hatten nach Auskunft von Mandanten mindestens 18.00 Uhr am 19.3.1977 bis 10.15 Uhr am 20.3. nicht die Möglichkeit, mit einem Rechtsanwalt zu sprechen. Dies wurde ihnen trotz Verlangens ausdrücklich oder konkludent verweigert. (Hiervon gibt es nach Kenntnis der Unterzeichner nur zwei Ausnahmen. In diesen beiden Fällen konnten die Mandanten zwar telefonieren, die beiden beauftragten RAe, RA Langhoff und RA Galette wurden jedoch – wie oben geschildert – nicht vorgelassen).
3. Die Festgenommenen wurden nach Angaben der Mandanten bis zu fünf Stunden in den Minizellen der Gefängnisbusse in Hameln festgehalten, die Busse waren ungeheizt, die Kleidung der Festgenommenen völlig durchnäßt. Außerdem wurde den Mandanten bis Sonntag morgen 8.00 Uhr trotz ihres Verlangens weder Essen noch Trinken verabreicht. Nach Auskunft der Mandanten wurden diese auf dem Bauplatz an der Gefangenensammellagerstelle bereits längere Zeit nach ihrer Festnahme von Polizeibeamten geschlagen und beschimpft.

Es wurden unzulässige Vernehmungsmethoden nach Auskunft der Mandanten angewandt, indem die zu Vernehmenden mit der Behauptung, es sei ein Polizeibeamter tot, psychisch unter Druck gesetzt wurden.

Die Behauptung vom toten Polizeibeamten wurde noch bis mindestens 23.00 Uhr aufrechterhalten, in einem Fall wurde dem Mandanten erklärt, ein Polizeibeamter sei von einem Demonstranten mit einer Mistgabel durch den Hals gestochen worden und daran gestorben. In einem anderen Fall wurde dem Mandanten direkt vorgeworfen, er sei der Täter.

Die Behauptung vom toten Polizeibeamten wurde in mindestens einem Fall noch bei der Einlieferung in das Polizeirevier in Hannover erhoben.

Die Unterzeichner erwarten eine unverzügliche Aufklärung dieser Vorfälle und dienstrechtliche Konsequenzen der beteiligten Polizeibeamten.

für RA Galette mit Vollmacht
RAin Klawitter

RAin Klawitter

RA Langhoff

RA Plähn

„ ... die müssen wir fertigmachen!"

Am 19.3. um ca. 24 Uhr gab es einen brutalen Polizeieinsatz am Bieledelder Bahnhof auf zurückkehrende Demonstraten aus Grohnde. Als die Leute aus dem Bus ausstiegen, versuchten die Bullen gemeinsam mit Bahnpolizisten und zivilen Beamten zwei Kundgebungsteilnehmern ein Schutzschild und einen Spaten wegzunehmen. Dabei kam es zu einem Handgemenge und Gummiknüppeleinsatz seitens der Polizei. Trotz Protest der Umstehenden wurden Personen, die bereits wehrlos am Boden lagen, weiter geprügelt und getreten. Bemerkungen wie:"Die mit der gelben Jacke, das ist die Anführerin, die müssen wir fertigmachen," und "Euch werden wir das rote Maul noch stopfen," begleiteten die ganze Aktion. Es gab weder Rädelsführer noch Gewalt seitens der Demonstranten. Zwei Personen wurden vorrübergehend zur Personalfeststellung festgenommen.

Nachdem die beiden freigelassen waren und alle den Platz verlassen wollten, wurde eine Mopedfahrerin, unter dem Vorwand, es handele sich um eine Verkehrskontrolle, überprüft. Als sie den anderen nachrief, sie sollten warten, reichte das bereits für eine Anzeige wegen nächtlicher Ruhestörung. Anschließend wurde noch ein PkW mit vorgehaltener Schußwaffe kontrolliert und die Personalien der Insassen wurden aufgenommen.

Nach dem Bericht eines Polizisten war den Polizeibeamten vorher erzählt worden, zwei ihrer Kollegen seien in Grohnde getötet worden und mehreren Bielefelder Beamten seien mit Spaten die Hacken abgeschlagen worden. Diese gezielten Falschinformationen trugen sicherlich zu dem brutalen Vorgehen der Beamten bei.

AUGENZEUGENBERICHT

Ermittlungsverfahren

Insgesamt wissen wir von 26 Festgenommenen, gegen die Straf- bzw. Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. Nach Berichten von Festgenommenen bzw. Augenzeugen ist es wahrscheinlich, daß die Polizei wesentlich mehr Personen vorläufig festgenommen hat. Wir bitten alle, die Informationen über Festnahmen haben, dies dem Ermittlungsausschuss mitzuteilen.

Vier der Festgenommenen wurden am 20.3. dem Haftrichter in Hannover vorgeführt. In allen vier Fällen wurde Haftbefehl wegen versuchten Totschlages beantragt. In zwei Fällen konnten die Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden. Einem wurde auf dem Bauplatz ein Spaten in den Gürtel gesteckt, um so ein "Beweis"photo zu erhalten. In beiden Fällen waren keine Aussagen der "verletzten" Polizisten vorhanden . Die Anschuldigungen gegen die beiden lauten jetzt noch: schwerer Landfriedensbruch und schwere Sachbeschädigung. In den beiden anderen Fällen wurden die Vorwürfe aufrecht erhalten, die Haftbefehle ausgestellt, der Vollzug jedoch -mit einer Meldeauflage- ausgesetzt. Auch gegen sie wird wegen schwerem Landfriedensbruch und schwerer Sachbeschädigung ermittelt.
Allein die Anklage wegen schweren Landfriedensbruches kann eine Freiheitsstrafe von mindestens 6 Monaten nach sich ziehen.

Wir wissen z. Zt. von über 3oo Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner seit dem 30.10.76. Sehr unvollständig sind alle die Verfahren erfaßt, die zwischen den einzelnen Demonstrationen gegen AKW's z.B. aufgrund von Flugblatt Verteilen und anderer Mobilisierung laufen. Hier sind uns nur 7 Verfahren in Norddeutschland bekannt.

-- gegen ca. 15 Personen läuft ein Ermittlungsverfahren ohne Angabe von Gründen, weil sie Halter von Autos sind, die während einer Fackeldemo am 24.12.76 in Brokdorf fotographiert wurden.

-- Ein "stummer" Protest von ca. 30 als "Leichen" verkleiderte AKW-Gegner in Kassel Mitte November 76 führte zu drei Ermittlungsverfahren, wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, darunter eins gegen Unbekannt.

-- Am 20.3.77 fand in Hannover eine spontane Solidaritätsbekundung mit den 4 Festgenommenen, die zu der Zeit dem Haftrichter vorgeführt werden sollten, statt. Nach einem brutalen Polizeieinsatz wurden 8 AKW-Gegner vorläufig festgenommen und im Präsidium weiter brutal zusammengeschlagen (siehe auch Bericht: Jagdszenen aus Niedersachsen)

-- Am 20.3. wurden nachts in Hannover AKW-Gegner von Zivilbullen kontrolliert. Einer wurde zwecks Personalienfeststellung mit zur Wache genommen. Vor der Wache wurde ein Begleiter kurze Zeit später ebenfalls vorübergehend festgenommen.

-- Am 23.3. wurden um 7.oo Uhr fünf Wohnungen Emdener AKW-Gegner mit richterlichen Durchsuchungsbefehlen nach Molotow-Cocktails und Maschinenpistolen durchsucht. Es wurde natürlich nichts gefunden! (Siehe auch Presseerklärung aus Emden)

Folgende Personen werden politisch bzw. strafrechtlich verfolgt:

-- Jens Pommerenke, dem das erste Mal nach der Teilnahme an der Brokdorf-Demo am 13.11.76 vom TÜV-Hamburg fristlos gekündigt wurde. Vier weitere Kündigungen folgten, nach dem selbst das Gericht seine erste Kündigung al als unhaltbar zurückwies.

-- Heinz Brandt, gegen den ein Gewerkschaftsausschlußverfahren in Berlin läuft, weil er die Verfilzung der Gewerkschaftsführung mit den AKW-Betreibern ausführlich auf der Kundgebung am 19.2.in Itzehoe darstellte.

-- Jens Scheer, engagierter (Anti)- Atomphysiker der Bremer Uni, gegen den ein Verfahren läuft, wegen Anstiftung zum Landfriedens-

bruch, aufgrund einer Rede zur Mobilisierung nach Brockdorf am 19.2. Sein Berufsverbot ist ins letzte Stadium übergetreten, es soll eine Disziplinarklage eingeleitet werden.

-- Der presserechtlich Verantwortliche des Kommunistischen Bundes erhielt einen Strafbefehl vom 21.3.77 über 1800,--DM aufgrund der Berichterstattung über den Polizeieinsatz auf der Brokdorf-Demo am 30.10.(siehe auch abgedruckten Strafbefehl)

-- Fritz Storim hat von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt bekommen, daß gegen ihn ein Ermittlungsverfahren angestrengt wurde, wegen Vergehens gegen § 111 StGB (Aufforderung zu Strafbarer Handlung). Dies aufgrund seiner presserechtlichen Verantwortlichkeit für das Flugblatt des Bundeskongresses der Bürgerinitiativen, das zum 19.2. nach Brokdorf aufrief. Außerdem ist ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen des gleichen Tatbestandes eingeleitet worden, hier ist der konkrete Vorwurf noch nicht bekannt.

Dies sind einige von sicherlich vielen Repressionen gegen AKW-Gegner. Wir sind sicher, daß überall ähnliche Dinge geschehen und bitten alle Betroffenen, uns entsprechende Berichte zur weiteren Veröffentlichung, Bekanntgabe und Erfassung in der Anti-AKW-Bewegung zuzusenden.
Außerdem bitten wir alle diejenigen, die noch Informationen über Verhaftete und Verletzte vom 19.3. haben, uns diese zuzusenden. Unsere Adressen:

Ermittlungsausschuß BI Kassel
Emmerichstr. 20a

3500 Kassel

Ermittlungsausschuß Hamburg
c/o Klaus Dieter Romeikat
Rappstr. 13

2000 Hamburg 13

Als wesentlicher Mangel der Ermittlungsausschußarbeit, vor allem in Hamburg, wurde festgestellt, daß die Verbindung zu den einzelnen Bürgerinitiativen bisher nicht ausreicht. Die BI's hatten keinen genaueren Überblick über Arbeit und Ergebnisse der Ermittlungsausschüsse, außerdem wurden sie bei der Entwicklung einer Solidaritätsarbeit für die Betroffenen nicht unterstützt. Den Fehler sehen wir in mangelnder Information der BI's über den Stand der Arbeit. Dies führte mit dazu, daß die Frage, wie die Solidarität mit den durch die Polizeiüberfälle betroffenen AKW-Gegner entwickelt werden kann, nicht genügend beachtet wurde.

Für die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner !
Sofortige Zurücknahme der Haftbefehle !

RECHTSHILFEKONTEN:

Kassel: Raiffeisenbank Kurhessen, BLZ 52069315
Kto. Nr. 67 39 466, Doris Brocke
(kennwort Rechtshilfefond)
Hameln: Dresdener Bank Hamlen
Kto. Nr. 43 62 548
Hamburg: Vereins- und Westbank
BLZ 200 300 00,
Kto. Nr. 11/18413

(Ort und Tag)

~~Amtsgericht~~ 2210 Itzehoe, 21. März 1977

16 Js 287/77

Geschäfts-Nr.: 16 Js 287/77 22 Cs (176/77) Fernsprecher: 4042

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Abs.:

An AG. Itzehoe, Bergstr. 5
den Redakteur
Herrn Kai Ehlers
geb. am 19.4.1944 in Brüx
Lerchenstr. 75

2000 Hamburg 50

Strafbefehl

Verteidiger:

Die Staatsanwaltschaft

beschuldigt Sie, in Itzehoe

am 9.11.1976

andere beleidigt zu haben.

Sie zeichnen verantwortlich für den Inhalt eines am 9.11.1976 im Stadtgebiet von Itzehoe verteilten Flugblatt, in dem es u.a. wie folgt heißt:

> "Am 30. Oktober '76 demonstrierten in Brokdorf .... etwa 8.000 Menschen gegen den Baubeginn des dort geplanten Kernkraftwerkes (KKW) .... Mit unbeschreiblicher Brutalität (Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern, scharfen Hunden und der berüchtigten Giftgaswaffe "chemical mace") gingen hunderte von Polizisten, "Werkschützern" etc. gegen den Teil der Demonstranten vor, der die militärische Absperrung des Baugeländes (Wassergraben und NATO-Draht) überwunden und sich zu einer friedlichen symbolischen Besetzung auf einem kleinen Flecken des Platzes niedergelassen hatte. Zahlreiche Demonstranten wurden von den Bullen so übel zugerichtet, daß sie ärztlich behandelt werden mußten; ....
> Dieser Polizei-Terror, für den es nicht einmal einen V o r w a n d gab, entspricht dem Auftrag der CDU-Landesregierung, der "sozialliberalen" Bundesregierung und des hinter ihnen stehenden Großkapitals....

Beweismittel:

"Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt"

Nach diesem Motto gehen die Herrschenden offenbar jetzt gegen den Widerstand der Bürgerinitiativen vor, nachdem sie die werktätige Bevölkerung nicht durch "Beratungen", "Anhörungsverfahren", "wissenschaftliche Gutachten" etc. von den segensreichen Wirkungen ihrer Kernenergiepolitik zu überzeugen vermochten....."

Dieser Inhalt enthält ein Werturteil, das geeignet ist, die eingesetzten Polizeibeamten in der Ehre zu verletzen und herabzuwürdigen.

Vergehen nach §§ 185, 194 StGB; Strafantrag ist gestellt, die Strafverfolgung erfolgt im öffentlichen Interesse.
Rechtliches Gehör ist Ihnen angeboten worden. Ihre einschlägigen Vorstrafen sind im Strafmaß berücksichtigt.

Beweismittel: I. Zeuge: KHM Rother, KD-West (Bl. 30 R. d.A.)
II. Flugblatt (Bl. 3 d.A.)
III. Strafantrag des Gesamteinsatzleiters (Bl. 10 d.A.)

Es wird gegen Sie eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen in Höhe von je 30,-- DM, zusammen 1.800,-- DM, verhängt.

Wenn die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, tritt an die Stelle jedes Tagessatzes ein Tag Ersatzfreiheitsstrafe.

Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Ihnen wird Ratenzahlung in Höhe von 300,-- DM monatlich ab Rechtskraft des Strafbefehls bewilligt. Kommen Sie mit einer Rate in Verzug, wird die Restsumme im Ganzen fällig.

Gegen diesen Strafbefehl können Sie innerhalb einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Einspruch einlegen. Andernfalls wird der Strafbefehl nach Ablauf dieser Frist rechtskräftig und vollstreckbar. Der schriftliche Einspruch muß innerhalb der Frist bei dem Amtsgericht eingegangen sein. Bei Ersatzzustellung beginnt die Frist bereits mit der Niederlegung bei der Post.

AMTSGERICHT 46 ITZEHOE

gez. Geng, Richter am Amtsgericht

Ausgefertigt:

Itzehoe, den 23. MRZ. 1977

Justizangestellte als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des Amtsgerichts

---

Die Geldstrafe und die nachstehend berechneten Kosten, insgesamt 1.848,- DM, sind an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Itzehoe, Feldschmiedekamp 4 (Holstein-Center), 2210 Itzehoe

unter Angabe der Geschäfts-Nr. 16 Js 287/77

spätestens innerhalb der dritten Woche nach Zustellung dieses Strafbefehls zu zahlen, sofern Sie nicht rechtzeitig Einspruch eingelegt haben.

Der Betrag kann gezahlt werden:

1. in bar bei der Landesbezirkskasse in Itzehoe, Hohe Str. 2, 2210 Itzehoe

   während der Dienststunden von 9.00 - 12.00 Uhr

   Hierbei ist dieser Strafbefehl vorzulegen.

2. durch gebührenfreie Überweisung entweder auf das Postscheckkonto der Landesbezirkskasse – unter Benutzung der beiliegenden Zahlkarte – oder auf eines der unten angegebenen Kassenkonten. Dabei sind die oben angeführte Geschäfts-Nr., die oben bezeichnete Staatsanwaltschaft und Ihr Absender auf dem für den Empfänger bestimmten Abschnitt der Zahlkarte oder Postanweisung anzugeben.

Konten: Postscheckkonto Hamburg 6355 - 207 - (BLZ: 20010020)
Sparkasse Itzehoe 9067 (BLZ: 22250020)
Landeszentralbank Itzehoe 22201501 (BLZ: 22200000)

Kostenrechnung

1. Geldstrafe
(60 Tagessätze zu je 30 DM) 1.800,- DM

Gebühr für den Strafbefehl
§ 11, 40 GKG, Nrn. 1600b, 1601 KV 25,- DM

Postauslagen für die förmliche Zustellung des Strafbefehls
§ 11 GKG, Nr. 1902 KV 3,- DM

Auslagen der Polizei
§ GKG, Nrn. 1911, 1913 KV DM

Gebühr für den Entzug der Fahrerlaubnis
§ 11, 40 GKG, Nrn. 1600c, 1601 KV DM

Insgesamt: 1.828,- DM

Jagdszenen aus Niedersachsen

Aus Albrechts Fernseginterview am Abend des 19.3., in dem er die Grohnde-Demonstranten zu Verbrechern erklärt hatte, zog die Polizei in Hannover am 20.3. blutige Konsequenz: AKW-Gegner als "outlaws", als Freiwild. "D a s w a r f ü r G r o h n d e" - "Das habt ihr verdient, ihr Schweine" - so die eindeutigen Kommentare entfesselt prügelnder Bullen vor und im hannoverschen Polizeipräsidium zu ihren Knüppelschlägen auf den Kopf eines Demonstranten, der erst auf Intervention des von Rechtsanwälten herbeigeholten Staatsanwalts mit stark blutenden Kopfverletzungen ins Krankenhaus entlassen wurde.

Ursprünglich war es sehr friedlich gewesen, als sich etwa 300-400 Leute am Sonntag gegen Mittag vor dem Polizeipräsidium in der Waterloostrasse aufs Pflaster setzten, alarmiert durch die Nachricht, daß die letzten der vier in Grohnde Verhafteten hier auf ihren Haftprüfungstermin warteten. Schließlich war Sonntag, die Sonne schien, alle waren von den Strapazen des Samstags ein bischen abgeschlafft, und so wurden nicht nur Parolen zur Freilassung der Gefangenen gerufen, sondern auch Lieder gesungen und ein neues Spiel, der AKW-Hinkelkasten erfunden. Ausgerüstet war keiner, und nach der Sprühdose, mit der Anti-KKW-Parolen an die Fassade gesprüht wurden, mußte erst lange gesucht werden. Und erst als zum drittenmal einer aus dem Fenster die Demonstranten zu fotographieren versuchte waren drei Farbbeutel zur Stelle, die ihm die Aussicht verdarben.

Aus der Ruhe bringen ließen sich die Demonstranten auch nicht durch die Streifenwagen, die einer nach dem anderen mit kreischenden Reifen in Krimi-Manier auf den Hof des Präsidiums jagten - daß bei dieser wilden Anfahrt ein Streifenwagen einen Baum rammte und beide Insassen schwer verletzt wurden, verbuchte die Zeitung am nächsten Tag natürlich auch auf das Konto der Demonstranten.

Die Arglosigkeit der 400 wird am besten daran deutlich, daß alle auf die Auskunft eines Beamten hereinfielen, die von uns bestimmte Delegation könne erst in einer viertel Stunde zum Haftrichter gelassen werden - bis dahin werde nämlich der Dienststellenleiter eintreffen. Wer kam, war natürlich nicht der Dienststellenleiter, sondern 4 große Mannschaftswagen - davon zwei mit Kieler Nummer, offenbar gerade auf dem Rückweg von Grohnde, und offenbar mit dem festen Vorsatz, einen Vergeltungsschlag zu führen.

Wir haben für den dann folgenden Polizeieinsatz vergeblich nach irgendeiner Rechtsvorschrift gesucht, die von der Polizie eingehalten wurde:

1. Es war eine spontane und damit legale Demonstration. Von der Polizei wurde weder eine Auflösungsverfügung noch eine Begründung für die Auflösung der Demonstration gegeben.
2. Kaum einer der Demonstranten hörte die zwei Aufforderungen der Polizei, die Straße zu räumen: die erste wurde schon bei dem Aussteigen aus dem Mannschaftwagen aus ca 40m Entfernung gemacht, die zweite 1 - 2 Minuten später durch bloßes Rufen (Polizeimegaphon schien kaputt zu sein). Eine dritte gab es nicht.
3. Zeit, die Straße zu räumen, blieb nicht. Die Spitze der Demonstration setzte sich bereits nach der 1. Aufforderung in Bewegung, unmittelbar nach der 2. Aufforderung bat ein BI-Mitglied den Einsatzleiter über Megaphon: "Wir ziehen ab, halten Sie Ihre Leute zurück." Ohne, daß einer der Zeugen einen Befehl oder ein Zeichen des Einsatzleiters bemerkt hätte, rückte unmittelbar darauf - mittlerweile befand sich der gesamte Demonstrationszug auf dem Abmarsch - die Polizeikette vor.
4. Einig sind sich alle Zeugen, daß es keinerlei "Gewalt", auch nicht in Ansätzen, gegen die Polizei gegeben hat. Die Farbbeutel waren bereits eine halbe Stunde vorher gepflogen, und die einzigen "Waffen" im Zug - Transparentstangen, die sich Demonstranten in Panik ergriffen hatten wurden widerstandslos von einem einzelnen Polizisten abgenommen (die zweite wurde sogar freiwillig abgegeben).

In der dann folgenden Schlägerei demonstrierte die Polizei, wie sie die in ihrem Tagesbefehl für den 19.3. herausgestellten "Prinzipien der

Verhältnismäßigkeit und des geringstmöglichen Eingriffs" interpretiert:
Demonstrantenjagd über 100 Meter, Knüppel und Chemische Keule für jeden, der zu langsam rannte oder verhielt, weil er nicht auf seine stürzender Vorderleute treten wollte. Nur ein Beispiel:
"Ich wurde beim Wegrennen von einem Knüppelschlag auf den Hinterkopf so schwer getroffen, daß ich k.o. ging: mir knickten die Knie weg und ich stürzte zu Boden. Am Boden wurde ich von mindestens drei Polizisten mit Knüppelschlägen und Fußtritten "bearbeitet"....Als mich ein Polizist hochriß und mit Tritten und Schlägen wegzujagen versuchte, ging ich erneut zu Boden. Darauf wurde ich auf einen Pflanzentrog geworfen und dort festgehalten. Während ich weitere Schläge abbekam, packte ein Polizist meinen Kopf bei den Haaren und drehte mein Gesicht in Richtung eines weiteren Polizisten, der mir aus höchsten einem Meter Entfernung zweimal mit der Chemischen Keule ins Gesicht schoß. Danach wurde ich losgelassen und mußte mir - mit wackeligen Knien und kaum in der Lage, etwas zu sehen - den Weg durch die Polizisten suchen, die in ca 30 Meter Umkreis verteilt standen. Dabei wurde ich noch einmal von der Chemischen Keule und mindestens dreimal von Knüppelschlägen getroffen." (Zeugenbericht)
Aber damit war es nicht zu Ende - die Bullen hatten Blut geleckt. Während der Prügelei waren 8 Demonstranten ins Präsidium geschleppt worden und wurden dort - vor "Strahlenden und schulterklopfenden Polizisten" (Zeugenbericht) - weiterbehandelt:
"unmittelbar nachdem sich die Tür hinter uns geschlossen hatte, wurde ich von zwei Polizisten erneut geschlagen und mit Fußtritten bearbeitet. Dabei sagte ein Polizeibeamte: "Das ist für Grohnde, Du Schwein!"... Im Aufnahmebüro hielten mich die beiden Polizisten fest, während mir ein dritter ins Gesicht schlug. Ich ging darauf wieder zu Boden, worauf dann drei oder vier Polizisten weiter mit Knüppel auf mich einschlugen und traten. ... Im Treppenaufgang zu den Zellen schlug mich der eine Polizist mit der Faust in den Magen. Als ein mir bis dahin unbekannter Mann (ein Rechtsanwalt der vier verhafteten) die Treppe herunter kam , sagte einer der Polizisten: "Vorsicht, hier sind Rechtsanwälte." Dann wurden die Mißhandlungen eingestellt. ... Erst nach 45-6o Minuten wurde ich von einem Arzt oberflächlich behandelt und dann entlassen. ... Ich habe drei schwere Prellungen am Kopf mit einer stark blutenden Platzwunde, die genäht werden mußte, und einen schweren Bluterguß am linken Zeigefinger, der von einem Knüppel getroffen wurde, als ich die Hände zum Schutz über den Kopf genommen hatte.

Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, wann mir die einzelnen Verletzungen zugefügt worden sind, jedoch nehme ich an, daß mir zumindest die Platzwunde erst im Präsidium zugefügt worden ist, da ich das Blut erst bemerkt habe, als ich in die Zelle geführt wurde, und auch eine Zeugin, die beobachtet hat, wieich abgeführt wurde, nicht gesehen hat, daß ich zu diesem Zeitpunkt blutete." (Zeugenbericht)
Insgesamt mußten sich drei Leute im Krankenhaus behandeln lassen, während die abziehenden Demonstranten weiter gejagt wurden. Nach Zeugenberichten sind folgende Vorfälle belegt:
- aus einem Polizeifahrzeug heraus wurde mit der Chemischen Keule durch das offene Fenster eines Autos geschossen.
- ein (unbeteiligter) Motorradfahrer wurde während der Fahrt aus einem Polizeifahrzeug heraus mit der Chemischen Keule geschossen, ein zweiter ebenfalls während der Fahrt aus einem Fahrzeug heraus mit dem Knüppel geschlagen,
- noch eine halbe Stunde später wurden Passanten und Spaziergänger in der Nähe des Jugendzentrums Kornstraße aus einem Mannschaftswagen heraus mit der Chemischen Keule beschossen.
Pressegleichschaltung auch hier: auf der Pressekonferenz am gleichen Nachmittag berichten geprügelte und verlezte Demonstranten, Rechtsanwälte, die sich während der Demonstration im Präsidium aufgehalten hatten, detailliert und eindrucksvoll von den unglaub lichen Vorfällen. Die Neue Hannoversche Presse ringt sich am folgenden Tag diese "Berichterstattung" ab:
"Am Sonntag kam es auch vor dem Polizeipräsidium in Hannover zu einer Protestkundgebung von Grohnde-Demonstranten, die die Entlassung von vier vorläufig Festgenommenen verlangten. Dabei setzte - nachdem zwei Polizei-

beamte in der Waterloostraße durch Holzlatten verletzt worden waren - die Polizei Schlagstöcke ein. Etwa 2oo Menschen, die sich auf der Straße niederließen wurden abgedrängt. Durch diesen Einsatz (!) erlitten zwei hannoversche Polizeibeamte schwere Verletzungen... Sie verunglückten mit ihrem Funkstreifenwagen in der Nähe vom Steuerndieb (3,5 km vom Kundgebungsort entfernt), wo sie gegen einen Baum schleuderten." (NHP vom 21.3.77)

Hausdurchsuchungen in Emden

Presseerklärung der Initiative gegen Atomenergie, Emden (Ausschnitt)

Am Mittwochmorgen, den 23. März 1977 um 7 Uhr wurden die Wohnungen von 5 Mitgliedern der Symphatisanten der Initiative gegen Atomenergie aufgrund eines richterlichen Durchsuchungsbefehls von bewaffneter Polizei und Kripo durchsucht. Grund für diesen Übergriff auf die vom Staat garantierte "Unversehrtheit der Wohnung" war die Behauptung, daß in diesen Wohnungen ca. 5o Molotowcocktails und 5 Maschinenpistolen gelagert sein sollten. Diese Untersuchungen stehen im Zusammenhang mit den am 19.2.77 und 19.3.77 in Brokdorf und Grohnde stattgefundenen Demonstrationen gegen Atomkraftwerke. Schon am 19.2. wurde der Bus der Emder Initiative von 5o mit MPis bewaffneten Polizisten nach Waffen durchsucht. Sowohl damals als auch heute früh fand die Polizei keine Waffen.

Wir verurteilen das empörenswerte Vorgehen der Polizei und fordern die sofortige Einstellung der Strafsache gegen die 5 Personen.

Resulution

Eingebracht von der Bürgerinitiative "Angestellte gegen AKWs" Hamburg, den 32.3.77

Der AKW-Gegner Peter Haß, Betriebsratsmitglied der Dresdner Bank Hamburg und Vertrauensmann in der Betriebsgruppe der Gewerkschaft HBV, wird vom Betriebsrat mit einem Amtsenthebungsverfahren vor dem Arbeitsgericht belegt! Die Anwälte des BR stützten ihre Anklage ausschließlich auf Paragrafen des Strafgesetzbuches. Peter H. wird u. a. eine Bombendrohung vom 1974 gegen ein BR-Mitglied vorgeworfen, Anruf zu einer verbotenen Demonstration der BUU zum 19.2. in Brokdorf, das Vorhaben, zur Störund des Flugverkehrs Drachen steigen zu lassen.

Die in der Ladung zum Arbeitsgericht mitgelieferte schriftliche Anklagebegründugn ergeben mindestens 1o Jahre Knast.

Der mehrheitlich rechte Betriebsrat bei der Dresdner Bank wirft unserem Kollegen vor, durch die Verteilung und Mobilisierung zu Demonstraationen gegen AKWs gegen Friedenspflicht etc. im Betrieb verstoßen zu haben. Um ausgehend davon werden die Strafparagrafen ins Feld geführt. Gibt das Arbeitsgericht dem Antrag der Rechten statt, hat der Staatsanwalt leichtes Spiel. Der Prozess gegen Peter H. dient dazu, AKW-Gegner zu Terroristen aufzubauen und zu kriminalisieren. Im Betrieb und überall anders soll ihnen der Mund verboten werden.

Rechte Teile der HBV-Betriebsgruppe und des Vertrauenskörper haben die Situation genutzt und auf einer Sitzung am 3o.3.1977 einen Antrag auf Ausschluß aus der Gewerkschaft HBV gestellt. Dieser Angriff richtet sich gegen alle AKW-Gegner. Der Kollege Peter Haß wird exemplarisch herausgegriffen.

SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG VON AKW-GEGNERN!!

ATOMKRAFTWERKE GEFÄHRDEN UNSER LEBEN? DESHALB KÄMPFEN WIR DAGEGEN!!

(einstimmig angenommen)

Bericht zu den Ereignissen in Hannover in der Nacht vom 20. auf den 21.3.77

Am Mittag des 20.3. hatte in Hannover eine spontane Demonstration zur Freilassung der in Grohnde festgenommenen und im hannoveraner Polizeipräsidium festinhaftierten AKW-Gegner statt. Diese Demonstration hatte die Polizei anscheinend nervös gemacht.
Am Abend desselben Tages trafen sich in Hannover mehrere, auch auswärtige AKW-Gegner, um Erfahrungen über die Grohnder Ereignisse auszutauschen. Dieses Treffen war in der Nacht gegen 1.30 Uhr beendet. Als 6 Personen in einem Wagen noch zum Bahnhof zum Essen fahren wollten, bemerkten sie, daß sie von einem Streifenwagen verfolgt wurden. An einer Ampel wurde der Wagen der AKW-Gegner von drei weiteren Streifenwagen, sowie einer Zivilstreife der Polizei eingekreist. Sämtliche Personen wurden überprüft. Zwei Personen mußten mit auf die Wache. Deren Personalienüberprüfung - sie waren von außerhalb - dauerte extrem lange. Einer der beiden hatte Unterlagen bei sich, die wohl erst von der Polizei kopiert werden mußten. Bei den vier zurückgebliebenen Personen, die auf die zwei warteten, tauchte plötzlich ein Zivilwagen auf, deren Insassen - widerrechtlich, da ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl - forderten den Wagen durchsuchen zu können. Als zwei Leute hartnäckig nach Durchsuchungsbefehl, Grund der Maßnahme und Dienstnummer verlangten, wurden sie vorläufig festgenommen und mußten ebenfalls auf die Wache. Bei der Durchsuchung wurde nichts außergewöhnliches gefunden : 2Gasmasken, 1 Schutzschild, 1 Knüppel etc. Die gesamte Aktion dauerte über 4 Stunden bis ca. 5.30 Uhr. Während dieser ganzen Zeit

- wurde keine Begründung für diese Maßnahmen genannt
- durfte sich keiner der Festgenommenen mit einem Rechtsanwalt in Verbindung setzen, ein Grundrecht, das hier wie in vielen ähnlichen Fällen einfach gestrichen wurde
- wurde für die Durchsuchung des Wagens kein Durchsuchungsbefehl vorgelegt, die Durchsuchung war also widerrechtlich
- wurden die Beteiligten von den Beamten bedroht

Welche Nervosität herrscht bei den Vertretern der Atomenergie und denen die ihre Interessen durchsetzen, daß sie überall aktive AKW-Gegner verfolgen, bespitzeln, behindern, festnehmen, verletzen und in den Knast stecken !!?? (Bericht eines Beteiligten)

Bürgerinitiative Weserbergland
Pressedienst
Hans-Georg Lehmkuhle
Pressesprecher

3254 Emmerthal 1
Eulenflucht 3
Tel. 05155/7310
22.3.77

Presseerklärung der örtlichen Bürgerinitiativen zu den Ereignissen vom 19.3.77 am AKW in Grohnde

Die Bürgerinitiativen Höxter, Bodernwerder, Bad Pyrmont (im WSL), Grohnde, Tündern und Kirchohsen haben am 19.3.77 von 10 - 12.00 Uhr eine Kundgebung gegen das AKW Grohnde durchgeführt. Die Anmeldung für den ebenfalls geplanten Demonstrationszug zum AKW-Gelände hatten wir zurückgezogen, weil wir es nicht verantworten konnten, daß unsere Mitbürger in gewaltsame Auseinandersetzungen hätten hineingezogen werden können.

Da die BI Bad Pyrmont dem „Weltbund zum Schutzes des Lebens" (WSL) angegliedert ist, wurde durch den Sprecher des WSL, Herrn Schirr, bereits eine Erklärung abgegeben. Die übrigen Gruppen, die nicht im WSL sind, nehmen daher gesondert wie folgt Stellung.

Eskalation der Gewalt:

Gewalt ging und geht zunächst davon aus, daß gegen den Willen der Bevölkerung der Bau des AKW beschlossen und sofort vollzogen wird. Dieses ist in erster Linie dadurch möglich, daß die Landesregierung und die Betreiber sich zu einem gewaltigen Bündnis gegen die Bevölkerung formiert haben.

Unsere Versuche, mittels Diskussion, Unterschriftensammlung, Petition, Erörterung und durch unsere Klage vor Gericht unseren Einwendungen Gehör zu verschaffen, sind ignoriert worden und haben an der Fortsetzung der Bautätigkeit in Grohnde nichts geändert.

Der Ausbau des Bauplatzes zu einer Festung und die verstärkte Observierung der Anwohner stellen für uns die nächste Stufe der Gewalt dar. Seit das AKW in Grohnde im Bau ist, wissen wir, daß der Atomstaat, wie ihn R. Jungh beschreibt, keine Utopie mehr ist. Nicht zu übersehen war die unnötige Machtdemonstration der Polizei am 12.3.77 bei der Menschen unserer Ortschaften durch umgehängte Maschinenpistolen eingeschüchtert wurden.

Wir verurteilen entschieden die Gewalt, die z.B. von Steinwürfen auf Menschen ausgeht. Wir verurteilen entschieden die Gewalt, die davon ausgeht, daß man Pferde durch einen Menschenmenge galoppieren läßt.

Jede Art der Auseinandersetzung kann durch Propaganda entschieden verschärft werden. So auch hier: Die Polizeibeamten, die am Abend des 19.3. als Ablösung herangebracht wurden, erhielten die Falschinformation, einer ihrer Kollegen sei bei den Auseinandersetzungen getötet worden.

Vielleicht ist solche Art von Propaganda nötig, weil jeder einzelne Polizist durch seinen Einsatz Entscheidungen der Politiker verteidigen muß, die sich schon seit langem aus der Verantwortung zu stehlen versuchen. Wer jahrelang Energiepolitik am Bürger vorbeimacht, darf sich nicht wundern, daß die Auseinandersetzung immer radikaler geführt werden, sowohl mit Worten als auch mit Aktionen. Damit wollen wir jedoch niemandem einen Freibrief für Gewalt gegen Menschen aushändigen. Der vorerst letzte Akt in diesem Drama scheint in den Reaktionen einiger Politiker erkennbar zu sein: Erneute Eskalation der Gewalt, z.B. Verbote, Einschränkungen, Änderung der Polizeiausbildung, Verschärfung der Strafbestimmungen ...

Albrecht und seine „Komplizen"

Ministerpräsident Albrecht hat die BIs als „Komplizen der Gewalt" diffamiert. Er möchte die sogenannten „echten Bürgerinitiativen" für sich selbst als „Kulisse" benutzen, um davor den treusorgenden Landesvater zu spielen.

Wir lassen uns dazu nicht mißbrauchen, denn wer vorgibt, die Sorgen der BIs zu teilen, gleichzeitig jedoch Atomenergie für unverzichtbar erklärt, handelt undemokratisch und unmoralisch.

Wir befürchten, daß durch die Äußerungen von Dr. Albrecht die BIs insgesamt diskreminiert werden sollen. Könnte es möglich sein, daß sich unsere Landesregierung auf diese Weise nicht nur der BIs gegen Atomkraftwerke entledigen will, sondern auch der lästigen BIs gegen die niedersächsische Kreis- und Gebietsreform?

gez. Lehmkuhle

Die Initiativen, die diese Erklärung abgegeben haben, hatten unmittelbar vor dem 19.3. die gemeinsame Demonstrations-Leitung verlassen und durch den WSL-Sprecher Schirr Geheimgespräche mit Niedersachsens Ministerpräsident und dem Innenminister geführt. Schirr selbst hat eine eigene Erklärung zu den Ereignissen am 19.3. herausgebracht, in der er sich in den Chor der Verleumder einreiht.

Offener Brief an ALBRECHT

Brigitta Derben
Gilborn 7
3002 Wedemark I

Mellendorf, d. 19.3.77

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
Ich bin einer von den vielen tausenden friedlichen Demonstranten, die mit den "Radikalen", nein "Kriminellen" und "Verbrechern" wie sie ja jetzt genannt werden, mitmarschieren. Sie, Herr Dr. Albrecht haben uns heute abend im Fernsehen davor gewarnt das nächste Mal, und sei es nur als Kulisse, mitzuziehen, dann wären wir Komplizen der Gewalt. Das haben wir in ähnlicher Formulierung schon einmal oben im Norden gehört. Sie wollten kein Brokdorf in ihrem Land. Sie hatten die Möglichkeit, es zu verhindern! Nachdem Gorleben für einige Zeit auf Eis gelegt wurde, hätten sie einen Baustop für Grohnde aussprechen können, denn wo soll jetzt der Müll hin, wenn die Bedenken für eine Atommülldeponie noch nicht ausgeräumt sind?
Statt dessen wurde der Bauplatz mit einem K.Z.ähnlichen Zaun umgeben und ein noch wirksameres Polizeiaufgebot bereitgestellt.
Wir Demonstranten wollen gegen keinen Polizisten vorgehen. Unser Protest richtet sich gegen den Zaun, der gegen den Willen und Einspruch von 14 000 einheimischen Bürgern errichtet wurde, und wo, obgleich der Erörterungstermin noch lief, schon angefangen wurde ein AKW zu bauen. Wir lassen uns trotz aller Werbekampagne und Angstmacherei nicht Sand in die Augen streuen. Wir stützen uns auf unabhängige Wissenschaftler, die keiner Lobby untertan sind und die vor den Folgeschäden der Atomenergie warnen.
Wir werden gegen die Lügen, die man über uns verbreitet, angehen. Wir werden von der Gewalt der Polizei erzählen, die sogar mit Pferden auf Menschen, von denen etliche dabei schwer verletzt wurden, losging. Wir berichten auch von dem Polizisten, der vormittags hinter dem Bauzaun stand und sich mit Leuten unterhielt, daß er auch gegen Atomenergie sei, der dann von seinen Kameraden weggezogen wurde. Und von dem Polizisten, der während des Einsatzes sich verletzt stellte, was aber schnell durchschaut wurde, der dann brutal in einen Hubschrauber gezerrt wurde. Wir erzählen von den 80 Demonstranten, die man festnahm, ihnen Rechtsbeistand verweigerte und die man in kalten Räumen oder Polizeigefängniswagen zusammenpferchte. Die Demonstranten haben keine Polizisten angegriffen, sondern sich nur gewehrt, wenn man sie niederknüppelte. Haben Sie sich einmal überlegt, Herr Dr. Albrecht, daß der größte Teil der Demonstranten Jugendliche sind, die nichts anderes wollen als ein menschenwürdiges Dasein, eine Heimat, die nicht verseucht wird mit Giftstoffen. Durch unverantwortliche Profitgier ist unsere Umwelt sowieso schon an die Grenze ihrer Belastbarkeit gekommen.
Wann werden Sie, Herr Ministerpräsident erkennen, daß die Gewalt vom Staat ausgeht, daß man uns Bürgern etwas gegen unser Interesse aufzwingen will. Wann werden wir eine wahre Demokratie haben, die wirklich zum Grundgesetz steht, statt es Stück für Stück abzubauen? Noch ist es nicht zu spät, das Vertrauen, welches man Ihnen einmal entgegenbrachte, wiederzugewinnen, aber nicht mit Tricks, indem man über die Wahlen hinaus seine Entscheidungen schiebt.
Ich bin eine "friedliche" Demonstrantin, über das jugendliche Alter hinaus, Mutter von 8 Kindern, von denen alle Atomgegner sind, und 4 Enkelkindern, die einmal von diesem Wahn der Atomkraft besonders betroffen sein werden. Aus diesem Grunde werde ich bei weiteren Demonstrationen mitmachen, dann können Sie mich auch einreihen in die "Verbrechergruppe".
Übrigens, eine Demonstration bleibt friedlich, wenn keine Polizei aufmarschiert, wie es in Gorleben der Fall war. Auch dort waren K-Gruppen.

Mit freundlichem Gruß

Brigitta Derben

aus: Nordstadt Nachbarschaft Nachrichten
Extrablatt vom 26,3,77

„Jeder, der dabei auch nur als Kulisse dient, . . .

(Albrecht bei der Besichtigung des Gefangenendepots in Hameln)

. . . ist ein Komplize der Gewalttäter !"

(Albrecht)

Presseauswertung

Während die Medien die Brokdorf-Demonstration vom 19.2. schon Wochen vorher mit einer enormen Hetzkampagne angekündigt hatten, wandten sie zu Grohnde eine genau entgegengesetzte Taktik an. Kein Sterbenswörtchen war in der Presse zum Aufruf der BI s zum 19.3. zu lesen. Diese Nachrichtensperre war, wie Innenminister Gross in den Fernseh-Spätnachrichten vom 19.3. freimütig verkündete, von der Niedersächsischen Landesregierung verhängt worden. Bewußt habe man auf Meldungen in der Presse verzichtet. Wohl um hinterher umso mehr hetzen zu können: Stil und Inhalt der Artikel mutet eher wie eine "Kriegsberichterstattung" an , daß die Demonstarnten irgendetwas mit Kernkraftwerken zutun hatte, wird nur am Rande erwähnt.

"Die Schlacht von Grohnde" (BILD)

"Blutige Zusammenstöße bei Protest gegen Kernkraftwerke - Über 300 Verletzte" (HNA)

"Heute Bilanz der blutigen Schlacht in Grohnde"

"Ministerium: So schossen sie, so trafen sie" (neue Hannoversche Presse)

"Bestürzung über Terror in Grohnde - Albrecht fordert KBW-Überprüfung" (DWZ)

Nicht genug damit, daß 26 Verhaftete schon als schuldig befunden werden - Albrecht: "... die Verhafteten werden ihrer gerechten Strafe zugeführt", es muß also nur noch das Strafmaß bestimmt werden - auch der "Rest" der 15-2o ooo Demonstranten wird als "Kriminelle" abgestempelt. "Jeder, der dabei auch nur als Kulisse dient, ist ein Komplize der Gewalttäter." (Albrecht in der FR vom 21.3.) Allein schon an der Sprache und der Wortwahl der Artikel wird die Demagogie der Berichterstattung deutlich: da wird von "bewaffnet" und "Ausrüstung", von der Polizei. "die sich verteidigt gegen die Angreifer" gesprochen. Mit der Ausrüstung sind Gegenstände gemeint, die zum Schutze von Gesundheit und Leben unerläßlich waren: Helme, wasserdichte Kleidung, Brillen, Tücher und Zitronen. Auch das Wort Waffen wird weit gefaßt und undifferenziert gebraucht. Unter den Waffen der Demonstranten versteht man nicht nur die wenigen Holzknüppel, Mülltonnendekkel und eine geringe Zahl wirklicher Angriffswaffen (die angesichts der staatlichen Waffen immer noch vergleichsweise lächerlich wirkten) der Begriff umfaßt vielmehr auch alle die Dinge die man gemeinhin als Werkzeuge bezeichnen würde und die von ihrer Funktion her wohl eindeutig nicht für einen "generalstabsmäßigen" Angriff auf die Polizisten taugen. Gemeint sind Schaufeln, Seile, Leitern, Bolzenschneider (hört sich richtig gefährlich an, mit viel Geduld und Übung könnte damit eventuell einen stillstehenden Polizisten zwicken), Eisensägen usw.

Für einige Verwirrung in der Presse sorgten die Demonstranten; Laut Demoleitung 15-20 000 werden in der Presse erheblich niedrigere Zahlen angegeben, nämlich zwischen 10 000 und 15 ooo. Den Vogel schießt dabei die Neue Hannoversche Presse ab, die in ihrem Regionalteil vom 21.3. auf ganze 55oo Demonstranten kommt. Nun, wenn dem so gewesen wäre, hätte es sich nach Angaben anderer Zeitungen um eine reine Radikalendemo gehandelt. Laut Morgenpost vom 21.3. waren jedenfall 5ooo "Chaoten" da. Auch die Welt vom 2o.3. berichtet über 5ooo Radikale, verschlechtrt sich aber am folgenden Tage auf eine "3ooo-5ooo köpfige Bürgerkriegsarmee" und landet schließlich am 22.3. bei 2ooo "militärich Organisierten". Am niedrigsten gab die Frankfurter Rundschau vom 21.3. die Zahl der militanten Demonstranten mit rund 1ooo an.

Gegenüber dieser Hetze gegen Demonstranten wird der Bullenterror bis ins Letzte verniedlicht. In einigen Pressemeldungen gehören lediglich Wasserwerfer, Nebelkerzen und Schlagstock zu ihren Waffen und nichts desto trotz,

daß fast 5ooo Bullen in und um Grohnde zusammengezogen waren, daß eine 5oo Mann starke Kripoabteilung, eigens für Grohnde aufgebaut, Gewalttäter ermitteln sollte, daß in Hildesheim und Hannover Hubschrauber zum Anflug weiterer Bullen bereitstsanden (alles Angaben aus der Presse), wird den Bullen bescheinigt, daß sie mit einer "friedlichen Demonstration" (Regierungsdirektor Forstreuther) gerechnet hätten und die Landesregierung "auf einen Bürgerkrieg" nicht vorbereitet war! (HAZ 21.3.)

Die Anzahl der verletzten Bullen wird in der Presse mit 24o Beamten angegeben. Nur einer Meldung im NDR am 21.3. war zu entnehmen, daß -nach vom Innenministerium übermittelten Informationen- "bei den Polizisten auch schon Verletzungen wie Hautabschürfungen mitgezählt worden seien". Das hört sich in der Presse weit schlimmer an: "Axt in die Schulter, Knüppel in Genick"; "Ohr abgerissen" (Welt vom 21.3.), "Backstein zerschmetterte den Fuß eines Polizisten" (Bild v. 21.3.) Eine wahre Odyssee durfte ein Bulle (ob er existiert ist uns nicht bekannt) im bundesdeutschen Blätterwald erleben:

Sonntag: Laut Welt am Sonntag schwebt ein Polizist in Lebensgefahr.

Montag: Auch die Morgenpost meldet, daß ein Bulle lebensgefährlich verletzt ist. Demgegenüber schreibt die FAZ, daß "Meldungen, nach denen ein Polizist lebensgefährlich verletzt worden sei," vom Innenministerium dementiert worden sei. Ein Bulle müsse aber länger im Krankenhaus bleiben. Laut HAZ hat er einen Beckenbruch.

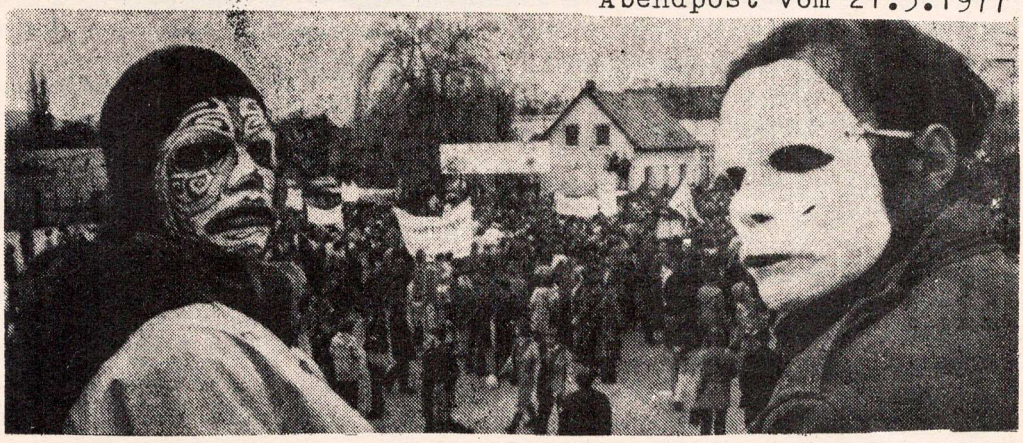
Dienstag: FR: "In stationärer Behandlung befand sich am Montag (!) kein Polizist mehr." Gleiches meldet die HAZ.

Donnerstag: Der Beckenbruch hat sich jetzt in einen doppelten Kieferbruch verwandelt und liegt doch, samt angehörigen Bullen in einer Klinik in Nordrhein-Westfalen (HAZ)

Und noch ein Beispiel, wie Bullen durch Demostranten verletz werden:
Am Sonntag den 2o.3. wurde in Hannover eine Kundgebung gegen die Verhaftungen in Grohnde mit brutalstem Polizeieinsatz aufgelöst. Dazu die HAZ vom 21.3.: "Durch diesen Einsatz erlitten zwei Hannoversche Polizeibeamte schwere Verletzungen... Sie verunglückten mit ihrem Funkwagen in der Nähe vom Steuerndiep, wo sie gegen einen Baum schleuderten." Dreieinhalb Kilometer vom Kundgebungsort entfernt!!!

Gesichter des Terrors

Abendpost vom 21.3.1977



AUS ANGST sich für begangene Gewalttaten möglicherweise verantworten zu müssen kamen viele der sogenannten Demonstranten maskiert oder mit bemalten Gesichtern.

und des Friedens...

Frankfurter Rundschau vom 21.3.1977

Friedlicher Anfang: Maskierte Demonstranten in Grohnde.

Reaktion der Kirche

Erklärung des Arbeitskreises Energiefrage - Atommüll

Auf der Sitzung des Arbeitskreises Energiefragen/Atommüll des Amtes für Gemeindedienst der Hannoverschen Landeskirche vom 21.3.1977 wurden Berichte aus den möglichen Standorten der Atomanlagen im Raume Niedersachsen gegeben. Der Arbeitskreis beschäftigte sich insbesondere mit Berichten von den Demonstrationen in Gorleben und Grohnde.

Mit großer Bestürzung haben wir die Widersprüche zwischen der Darstellung der Ereignisse in der Öffentlichkeit und Berichten von Mitgliedern der örtlichen Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen zur Kenntnis genommen. Wir wenden uns gegen die Diskriminierung friedlicher Bürger, die ihr verfassungsmäßig verbürgtes Recht auf öffentliche, freie Meinungsäußerung und ihr Demonstrationsrecht wahrgenommen haben.

Wir müssen entschieden darauf bestehen, daß das Recht auf Demonstration uneingeschränkt bestehenbleibt. Wir wenden uns gegen die Ankündigung von Ministerpräsident Ernst Albrecht, daß in Zukunft nur noch Demonstrationen zugelassen werden sollen, wenn deren friedlicher Verlauf garantiert ist. Auf uns, den Befürwortern gewaltfreier Aktionen, kann nicht die Verantwortung abgewälzt werden, anarchistische Gewalttäter von Ausschreitungen abzuhalten. Es heißt den Sachverhalt verkehren, wenn die große Zahl friedlicher und besorgter Bürger zur "Kulisse" degradiert und zu "Komplizen der Gewalt"gemacht werden. Aufgrund der Einseitigkeit der Berichte und der von Ministerpräsident Albrecht angekündigten Einschränkung des Demonstrationsrechtes fordern wir die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um die Vorfälle in Grohnde aufzuklären. Es soll untersucht werden, welche Vorgänge zur Brutalisierung der Demonstration geführt haben und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Grundrecht auf Demonstration zu gewährleisten.

Die HAZ (Hannoversche Allgemeine Zeitung) vom 25.3.77 kommentiert diese Presseerklärung wie folgt: "Im Klartext konnte dies nur heißen: Nach Ansicht der Arbeitsgruppe waren auch in Grohnde nicht die Politrocker sondern die Polizisten die bösen Buben."
Weiter ist im selben Artikel zu lesen, daß auch im Landeskirchenamt diese Erklärung als "ausgesprochene Ungeschicklichkeit" empfunden wurde, da das Landeskirchenamt die Gefahr sieht, daß die gesamte Kirche mit dieser Erklärung identifiziert werden könnte.
Auf diese Reaktionen gab das Amt für Gemeindedienst eine neue Erklärung ab, so heißt es in der HAZ, "...in der Albrecht nicht mehr unterstellt wird, er wolle künftig auch friedliche Demonstrationen verhindern." Dem Ministerpräsidenten wird in dieser Erklärung ausdrücklich bescheinigt, so heißt es in der HAZ weiter, "..daß er sich um einen Dialog mit den Bürgerinitiativen bemüht. Zum anderen wird nun auch unmißverständlich klargestellt, daß für die Brutalisierung in Grohnde 'bestimmte Gruppen' der Demonstranten verantwortlich zeichnen."
Es geht hieraus hervor, daß diese Erklärung unter anderem auch aufgrund des Druckes des Landeskirchenamtes herausgegeben wurde.
Am 19.3. sagte Pastor Ekkehard Bretzke am Schluß der Kundgebung in Kirchosen, daß Widerstand Regelverletzungen mit einschließe. Die WELT zitierte am 21.3.:"Was jetzt passiert steht in der Verantwortung jedes einzelnen. Wenn wir auf den Bauplatz wollen, müssen wir Sachbeschädigung in Kauf nehmen. Wir müssen aber nicht in Kauf nehmen, daß Menschen verletzt werden."
Dazu kommentiert die WELT:"Es wird Zeit, daß die Kirche sich wiederauf ihre Pflicht besinnt."
"Gewisse Vertreter der evangelischen Kirche sind n: nicht nur auf dem Gebiet der Politik, sondern auch auf dem der Seelsorge beschränkt zurechnungsfähig."

Kriminalisierung

Offener Brief an Ministerpräsident Albrecht

Hameln 28.o2.77

Durch Sie sind öffentlich und in Äußerungen gegenüber einzelnen Personen u. a. die Behauptungen aufgestellt worden,
1) Das Mitglied der BI-Hameln, Herr Stephan, sei Führer einer verbrecherischen Organisation, die wesentlich mitverantwortlich ist für die Aktion am 19.3.77,

2) Die Bürgerinitiative Hameln habe terroristischen Gruppen den Weg ins Weserbergland geöffnet.

Es handelt sich hierbei um unbewiesene, weil unbeweisbare Tatsachenbehauptungen, die darauf gerichtet sind, die Bürgerinitiative zu diskriminieren.

Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, daß wir uns von jemanden, der sich vorstellen könnte, Folterungen seien in einer konkreten Situation denkbare Maßnahmen zur Zeugenvernehmung nicht bereit sind, als Verbrecher bezeichnen zu lassen (vergl. Ihre Aussagen in der Tagesschau vom 19.3.77.).
Zumal, wenn es sich um den Ministerpräsidenten des Landes handelt, in dem wir leben. Wenn Sie uns heute als Verbrecher und Terroristen bezeichnen, wie gedenken Sie dann morgen gegen uns vorzugehen?

Als Bürgerinitiative scheuen wir nicht die öffentliche Auseinandersetzung. Darum haben wir es auch nicht nötig, Verleumdungen anzuwenden. Die Tatsachen sprechen für uns.

Wir fordern Sie Herrn Albrecht, oden den Herrn Innenminister Groß zu einer öffentlichen Diskussion in Hamelnauf, in der Sie die Möglichkeit hätten, Ihre Behauptungen zu belegen.

Da wir nicht möchten, daß diese Diskussion aus Gründen Ihres sicherlich belasteten Terminkalenders scheitert, bitten wir Sie, einen Zeitpunkt zu nennen, der Ihr persönliches Erscheinen ermöglicht. Da Sie es gewesen sind, der mit unwahren Behauptungen sehr schnell in die Presse gegangen ist, erwarten wir von Ihnen eine baldige Antwort.

Verabschiedet auf dem Plenum der BI-Hameln bei keiner Gegenstimme.

Wie die BI Hameln zu einer kriminellen Vereinigung gemacht werden soll

Zitate aus Interviews mit Innenminister Gross

"... zunächst einmal sollten wir uns angewöhnen hier von einem brutalen, gewaltsamen, planmäßig vorbereiteten Angriff auf Menschen (zu reden)..."
"...es ist unmöglich, daß diejenigen, die die Sache vorbereitet haben, hinterher unter einem harmlos klingenden Namen, nämlich "Bürgerinitiative Hameln" so tun, als ob sie friedliche Absichten gehabt hätten."

"... es handelt sich hier... um eine vorbereitete Aktion von kommunistischen und anderen Gruppen, die sich z.T. des Mantels von ehrbaren BIs bedienen..."

- Seit dem 19.3. weigern sich alle städtischen und kirchlichen Einrichtungen, der BI Hameln Räume für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Nachdem ein BI-Mitglied daraufhin für 600DM einen Hotel-Konferenzraum mieten mußte, wurde es darauf hingewiesen, es habe für den friedlichen Verlauf der Veranstaltung zu sorgen...
- Beim Versuch der BI, einen von der Stadt vermieteten Laden als Atom-Info-Laden zu mieten, wurden wir von der Sachbearbeiterin laut ausgelacht: den Weg hätten wir uns sparen können, wir sollten doch nicht ernsthaft glauben, die Stadt würde uns einen Laden vermieten.
Wir werden also überall behindert, wo es nur geht, öffentlich auftreten zu können; gleichzeitig wird uns vorgeworfen, konspirativ zu arbeiten.
- Die Deister-Weser-Zeitung druckt Erklärungen der BI nicht oder nur in einem Satz ab. Stattdessen passierte folgendes:
Ein Mädchen gibt bei der DWZ einen Leserbrief ab. Als sie die Frage bejaht, ob sie Mitglied der BI Hameln sei, kommt die Reaktion:"eigentlich sehen Sie ja gar nicht aus wie eine Terroristin."
- Telefone von BI-Mitgliedern werden abgehört
- Die Wohnung eines BI-Mitglieds ist aus einem gegenüberliegenden Gebäude observiert worden. Dabei wurde gefilmt und fotografiert.
- wir wissen, daß gegen BI-Mitglieder, die im Öffentlichen Dienst arbeiten Disziplinarverfahren laufen. Gegen andere laufen Ermittlungsverfahren.

Mittel der Obrigkeit

man muß sie gesehen haben
diese Gesichter unter dem
tschako
während der Schläge

man muß sie gesehen haben
diese Gesichter unter dem
tschako
zwischen Schlag und Schlag

man muß sie gesehen haben
diese Gesichter unter dem
tschako
nach den Schlägen

sag nicht: diese Schweine
sag: wer hat sie dazu
gebracht

P. P. Zahl

Reaktionen, Stellungnahmen...

Grohnde

ERSTE STELLUNGNAHMEN AUS GROHNDE UND UMGEBUNG

Besonders betroffen von der Brutalität der Polizei am Bauplatz zeigt sich der einzige CDU-Ortsrat aus Grohnde. "Um sich als Staatsbürger zu informieren" (Zeit v. 25.3.77) war er mit zum Bauplatz gekommen. Beim Einsatz der Reiterstaffel ist er dort "wie Freiwild" über die Felder gehetzt worden und sein 25jähriger taubstummer Sohn wurde von der Polizei mit der Chemischen Keule beschossen. Nach diesen Erfahrungen ist für Denta am 19. März die "Demokratie beerdigt worden." Doch nicht nur die Aktionen am Bauplatz lassen Zweifel in dem sich jetzt mit Austrittsgedanken tragenden Denta wachwerden, bereits die polizeilichen Maßnahmen vor dem 19.3. haben ihn erschüttert. "Hier ist eine Atmosphäre der Angst geschaffen worden," sagt Denta. Die Polizei hatte harmlose Passanten fotographiert, Kennzeichen notiert und nachts Höfe ausgeleuchtet. Ein Lehrer wagt nicht mehr, in einer BI mitzuarbeiten. Resumee von Denta:"Hier traut keiner mehr seinem eigenen Nachbarn."

Von Bauern aus Grohnde haben wir erfahren, daß sie einen Schadensersatzanspruch gegen das Land Niedersachsen geltend machen wollen für die entstandenen Schäden vom 19.3. Unter anderem hat am Sonntagmorgen (20.3.) ein Wasserwerfer seinen Tank mit chemisch durchsetzter Flüssigkeit in ein Feld entleert.

Marschenkonferenz

Wir fordern alle auf, ihre Solidarität mit den Festgenommenen und Verletzten zu bekunden und mit uns die Forderung nach der Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren und die sofortige Aufhebung aller Haftbefehle gegen AKW - Gegner mit Nachdruck zu vertreten!

Auf der Marschenkonferenz vom 1.4.1977 ohne Gegenstimmen verabschiedet!

Kassel

Stellungnahme von Mitgliedern der Bürgerinitiative Kassel:

Der militante Kampf gegen KKWs muß endlich auf das reduziert werden, was er wirklich ist, nämlich eine unter vielen Möglichkeiten, den Kampf zu führen , und daß der Kampf auf diese Weise nur geführt werden darf, wenn es keine andere Möglichkeit mehr gibt.
D.h., die Diskussion um die Militarisier ung muß abgebrochen werden, wenn sie darauf abzielt, den Kampf auf dieser Ebene auszuweiten und sich darin zu verbessern,unsere Methoden zu entwickeln und zu verfeinern.
Wenn die 15000 Aktivisten der Anti-KKW-Bewegung sich darauf beschränken, die Vorgänge in Grohnde und Brokdorf zu bewerten und zu diskutieren, ihre Kraft darauf zu verwenden, den Kampf auf dieser Ebene weiterzuführen, dann lasser sie sich wirklich die Vorgehensweisen, Ort und Zeitpunkt des Kampfes und jeder einzelnen Auseinandersetzung vom Staat vorschreiben und sie werden immer wieder unterliegen, dann wird sich eine verhangnisvolle Lücke zwischen militanten und nicht militanten AkW-Gegnern auftun. Erste Ansätze dazu waren schon in Grohnde und in Itzehoe zu erkennen. Wir sollten wahrnehmen, daß die Gefahr der Spaltung in Itzehoe und die Gefahr der Loslösung der AKW-Gegner von der Bevölkerung in Grohnde relativ glimpflich an uns vorübergegangen sind, ich meine ohne großes Zutun unsererseits. Wir müssen alles daran setzen, um das Entstehen solcher Situationen in Zukunft in Gorleben und in Borken oder anderswo zu verhindern. Erst wenn dies geschehen ist, kann man den Kampf auch auf der Ebene führen, wie er in Grohnde notwendigerweise geführt wurde.
Notwendigerweise in doppelter Hinsicht:
1. Wir mußten den Kampf in diesem Späten Stadium so führen, weil er in früheren Stadien gar nicht oder zu schlecht geführt wurde, d.h., daß die Bevölkerung nicht aufgeklärt wurde und ihr keine Möglichkeit gezeigt wurde, sich miteinander zu solidarisieren.
2. Wenn ein Bauplatz so befestigt ist wie in Grohnde oder in Brokdorf, d.h., wenn er gegen den in Zukunft hoffentlich verstärkten Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt wird, dann gibt es im Augenblick kein anderes Vorgehen als am 19.3. in Grohnde.
Dennoch! Wir dürfen nicht wieder warten, bis es zu solchen Zuständen kommt und erst dann aktiv werden.
Der Kampf muß wieder solide geführt werden.

Solide heißt:
Er muß frühzeitig begonnen werden.

Er muß am Ort der Bauabsicht geführt werden. Jede Aktionder Betreiber muß einen Aktion unsererseits gegenüberstehen, oder besser noch, wir müssen den Grad und den Zeitpunkt der Aktion bestimmen und die Betreiber müssen gezwungen werden, darauf zu reagieren.
Wir dürfen uns nicht weiter durch abgehobene Militarisierung dezimieren, sonder wir müssen endlich wieder offensiv werden, d.h., wir können uns nicht darauf beschränken, ein immer kleinerer Kreis von avantgardisitschen AKW-Gegnern zu mobilisieren, sondern wir müssen offensiv die Bewegung verbreitern.
Der Kampf gegen jedes einzelne AKW muß stufenweise aufgebaut werden, einerseits um der Bevölkerung die Entwicklung zu veranschaulichen, andererseits,um ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst mitzukämpfen und sich erst einmal die Grundlage zur AKW-Gegenerschaft zu schaffen. Diese Grundlage darf nicht nur auf der Tatsache basieren, daß arme Demonstranten von bösen Bullen immer wieder verhauen werden und man sich deshalb mit ihnen solidarisiert, der Erfolg ist nur begrenzt. Die Grundlage ist nur über die individue lle Erkenntnis zu erreichen, daß AKWs die eigene Gesundheit und das eigene Leben bedrohen. Dazu müssen wir der Bevölkerung die Möglichkeit geben. Der Erfolg des Kampfes wird davon abhängen, welche Erfahrungen jeder einzelne macht und zu welchen Kampfformen er dann findet.

Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, sich weder von der eigenen Ohnmacht noch von der Macht der anderen dumm machen zu lassen.

Hameln

Hameln, den 28.3.77

VORSCHLAG
für eine Arbeitsgrundlage der BI Hameln

Der Kampf der Anti AKW-Bewegung gegen das Atomprogramm ist kein militärischer, sondern ein politischer Kampf. Durch den Bau von Atomkraftwerken werden Grundrechte, wiedas Recht auf Unversehrtheit des Lebens bedroht. Dennoch betreiben Bundesregierung und Atomindustrie gegen den erklärten Willen großer Teile der Bevölkerung (14 ooo Unterschriften aus Grohnde und zahlreiche Großkundgebungen) den Ausbau der Atomindustrie voran (unveränderte Fortschreibung des Atomprogramms in der letzten Woche).

In der Entwicklung der Anti-AkW-Bewegung haben sich die unterschiedlichsten Formen des Kampfes herausgebildet. Sie reichen von öffentlicher Diskussion, rechtliche Schritte und Teilnahme an Erörterungsverfahren über Demonstrationen und Massenproteste bis hin zu Bauplatzbesetzungen.

Unsere Stärke liegt dabei in der Einigkeit unserer Forderungen und in der Geschlossenheit und Breite der Bewegung, die alle Schichten der Bevölkerung umfaßt.

Die Antort der Bundes- und Landesregierung auf diesen Bürgerprotest ist der Versuch, mit dem Machtapparat der Presse, aber auch durch den Einsatz von Polizei und Justiz, die AKW-Gegner in Friedliche, brave Staatsbürger und kriminelle Terroristen zu spalten. Den friedlichen BIs bietet Herr Albrecht Geld und sein Wohlwollen an, allen, die sich davon nicht beeindrucken lassen, bietet er den Polizeiknüppel.
Dabei wenden sie Methoden an, wie Einschüchterung durch Berufsverbote (Dr. Storim, Prof.Jens Scheer, TÜV-Ingenieur Jens Pommerenke), Bespitzelung und Verfolgung und Kriminalisierung von AKW-Gegnern durch massive Hetzkampagnen in den Massenmedien.

Herrausragende Beispiele sind die Äußerungen von Groß und Albr cht, die BI-Hameln sei eine kommunistische Vereinigung, die den Terroristen den Weg ins Weserbergland geöffnet habe.
Gegen 26 wahllos herausgegriffene Demonstranten (stellvertretend für jeden der 15 ooo anderen) laufen Ermittlungsverfahren, gegen zwei von ihnen wegen "versuchten Totschlages".
Die Erfahrungen in Grohnde und Brokdorf zeigen, daß die Landesregierungen durch zunehmende Militarisierung des Kampfes die politische Auseinandersetzung auf die militärische Ebene zu verlagern sucht, weil wir militärisch immer schwächer sind als der Staatsapparat. Es wäre aber falsch zu übersehen, daß es auch eine politische Entscheidung ist, ob man Reiterstaffeln gegen ungeschützte Demonstranetn einsetzt. Genauso falsch wäre es, in der Ausrüstung einiger Demonstranten mit Helmen, Schildern und Knüppel eine militärische Entscheidung zu sehen, denn diese Ausrüstung diente der praktischen Durchsetzung unseres höchst demokratischen Rechts auf Demonstration gegen die Lebensbedrohung durch Atomanlagen.

Wir lassen uns von Herrn Albrecht (man beachte seine Ausführungen über Folterungen!) keine militärische Auseinandersetzung aufzwingen, denn unser Ziel ist allein die Durchsetzung unserer Forderungen, und nach ihnen bestimmen wir unser Handeln.

Der Verlauf der Demonstration hat uns erneut gezeigt, daß nicht Waffen und Werkzeuge die Stärke der Bewegung gegen Atomanlagen sind, sondern die Geschlossenheit aller Gegner des atomaren Wahnsinns.
Auch dies ist keine militärische Frage, sondern die politische Frage des Existenz der Anti-AKW Bewegung überhaupt.

Auf dieser Grundlage können wir alle Menschen, die ehrlich gegen die AKWs kämpfen wollen, gewinnen!

UNSERE FORDERUNGEN SIND GEGENWÄRTIG:

KEIN AKW IN GROHNDE ODER ANDERSWO!
Sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten in Grohnde und Räumung des Platzes!

Abzug der Polizei, Werkschützer und Bundesgrenzschutz!

KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGEN UND ATOMMÜLLDEPONIEN!

WEG MIT DEM ATOMENERGIEPROGRAMM!

SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN DER POLIZEI!

EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGS- UND STRAFVERFAHREN GEGEN AKW-GEGNER!

VOLLE DURCHSETZUNG DES DEMONSTRATIONSRECHTS!

VERHINDERUNG DER KRIMINALISIERUNG DER AKW-GEGNER!

KEINE BEHINDERUNG DER ARBEIT DER SANITÄTS- UND ERMITTLUNGSAUSSCHÜSSE DER BÜRGERINITIATIVEN!

ANTRAG

Das Plenum möge beschließen:
Die BI-Hameln unterstützt die Duchführung eines Bundeskongresses der Bürgerinitiativen am 23/24.4. in Hameln, weil er ein wichtiger Schritt ist, darüber zu beraten, welches die nächsten Aufgaben und Ziele der Bewegung sind. Die Durchführung in Hameln bzw. dem Weserbergland wird in der Öffentlichkeit deutlich machen, daß die gesamte Anti-AKW-Bewegung hinter dem Kampf gegen das AKW Grohnde steht.

Nicht ernstzunehmende Stimmen

So deutete die DKP in der UZ vom 23.3.77 die Beschlagnahme des VW-Busses aus Detmold.
Die Tatsachen hingegen sind den Augenzeugenberichten zu entnehmen.

Bei der KKW-Demonstration:

Grohnde: „Anheizer" von der Polizei?

Grohnde. UZ — Haben die Polizei und der Verfassungsschutz den Sturm vor allem maoistischer Kraftwerksgegner auf das geplante Kernkraftwerk in Grohnde „angeheizt" oder gar geleitet?

Solche Fragen sind berechtigt, nachdem bekannt wird, daß die Behörden als Atomkraftgegner getarnte Beamte unter die Demonstranten geschleust und dort mit einem mit Plakaten dekorierten Kleinbus in eine Marschsäule dirigiert haben.

Ein Berichterstatter der Deutschen Presse-Agentur (dpa) hatte die Spitzel nach der Demonstration, als der Kleinbus zum Appell auf dem Polizei-Sammelplatz kam, enttarnt.

Die „Badische Zeitung" berichtete am 21. März über den besagten Kleinbus, daß sich in ihm die „Kommandozentrale der radikalen Blöcke" befunden hätte.

Nachdem sie in Brokdorf die Besetzung verhindert haben, ... haben sie jetzt in Grohnde Abenteurertum betrieben und mit viel und teuren Gerätschaften die Besetzung probiert, obwohl die Grundlage, der politische Zusammenschluß dafür, nicht hergestellt war.

Die wahren Abenteurer aber sitzen beim KBW. So rief diese "Truppe" über ihren Lautsprecher sachkundige Demonstranten folgendermaßen zum Angriff auf die außerhalb des befestigten Geländes gelegenen Seilwinden auf:"Maschinisten an die Front, wenn wir die Seilwinden haben, haben wir auch den Platz."

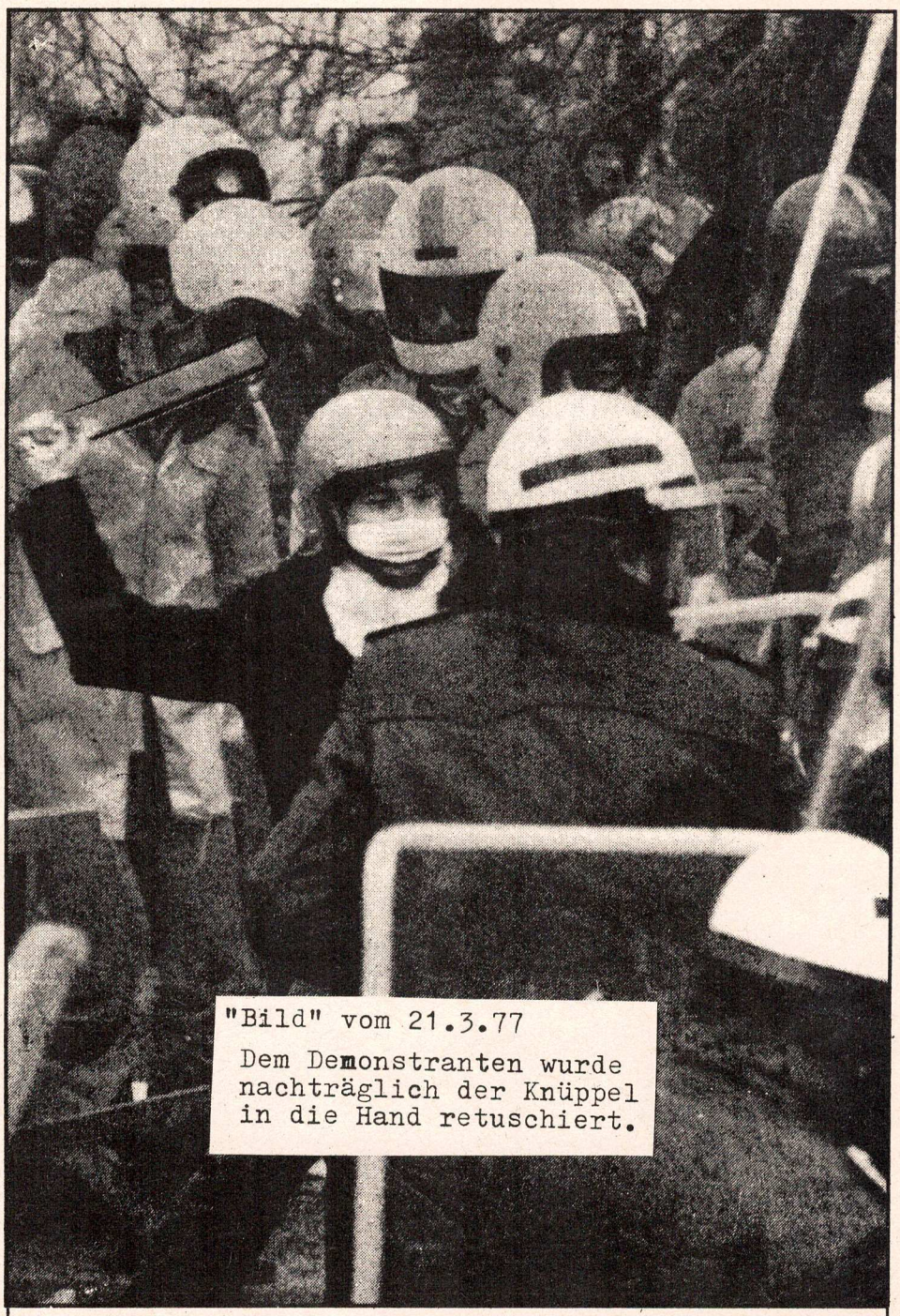
" Die geplante Kundgebung am Bauplatz wurde von den Opportunisten in der Demonstrationsleitung fallengelassen. ... Sie war nötig, um die Polizeikräfte, die selbst gegen das Energieprogramm sind, weiter zu zersetzen. "

KV Zextra vom 21.3.77

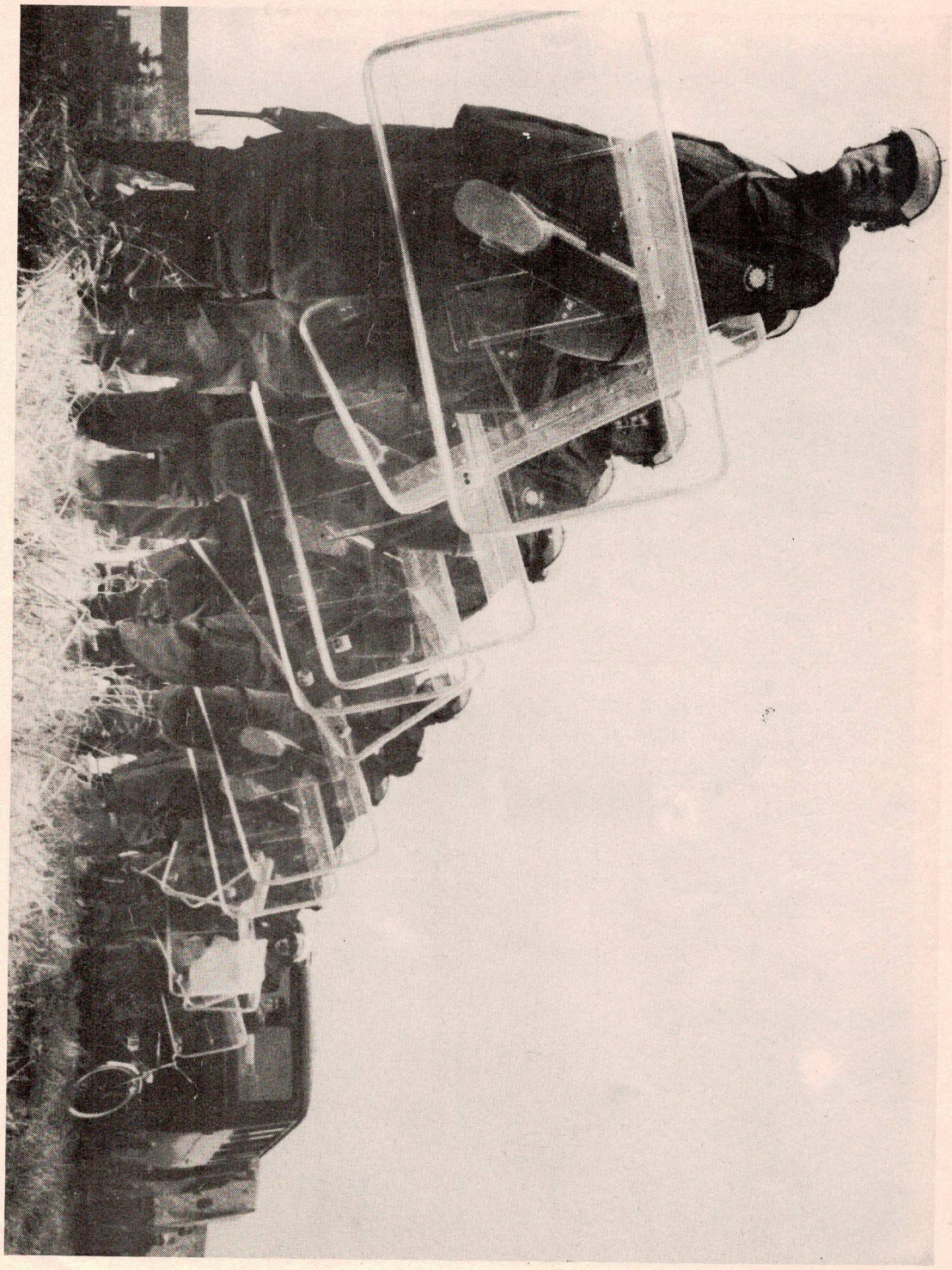
In einem Interview mit der Zeitschrift "Leute" vom 28.3.77 äußerten sich Schmierer (Sekretär des KBW) und Fochler (Vize) noch einmal u.a. zur Frage der Bewaffnung:

Fochler: "Um einen Wasserwerfer der Polizei umzuwerfen braucht man keine Waffen; dazu braucht man den Zusammenschluß. ..."
"Die Waffen sind in der Hand der Bourgeoisie, und wenn man sie braucht, muß man sie sich nehmen."
Schmierer: "Es kann durchaus so sein, daß eine Bauplatzbesetzung so abgeht, daß die Polizei auf den Hubschrauber von Albrecht Schießt."
Fochler: "Wir sind Revolutionäre, keine Propheten."

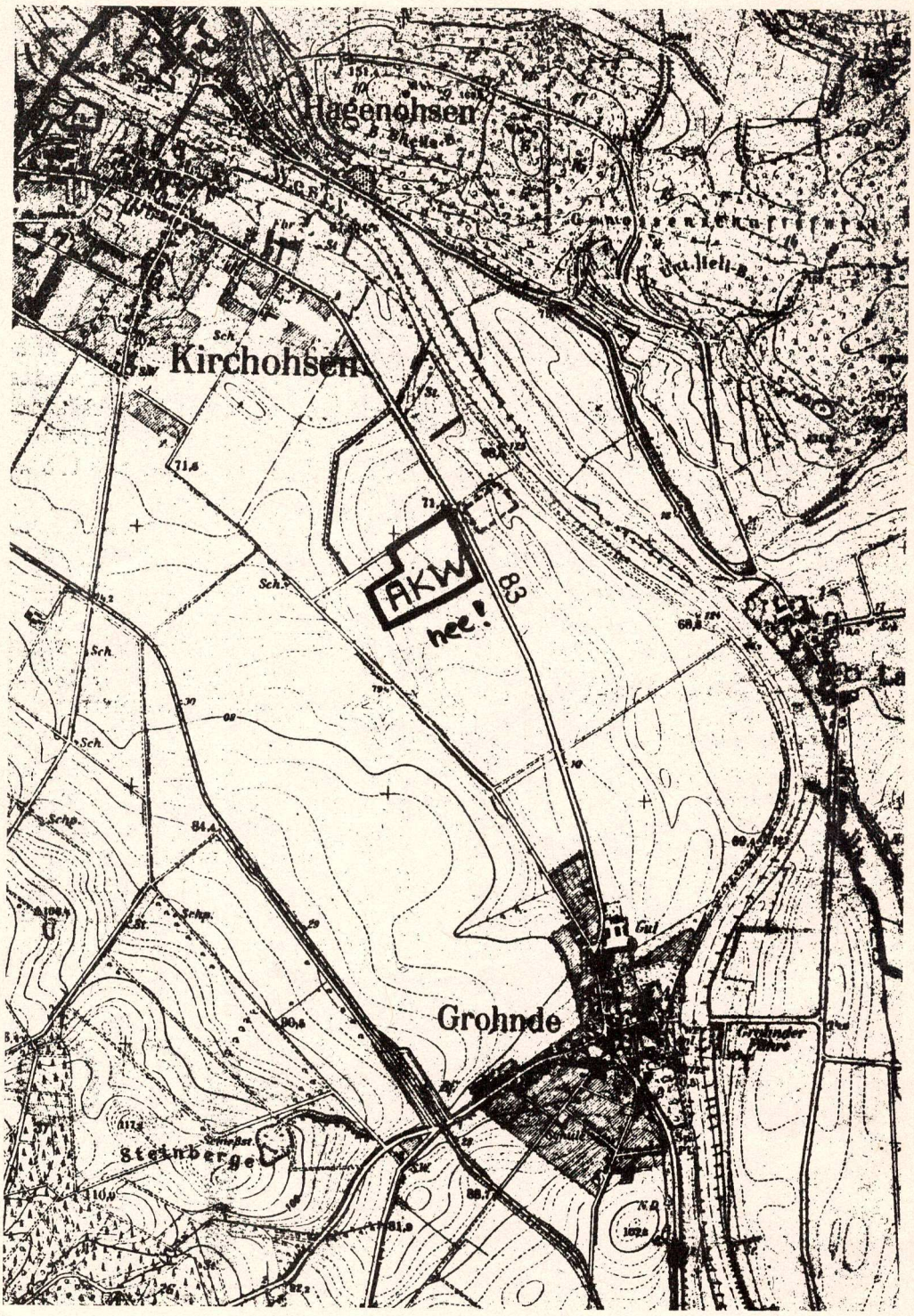
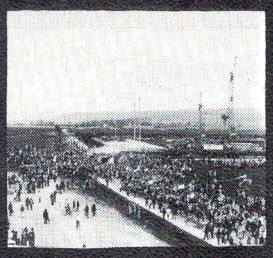
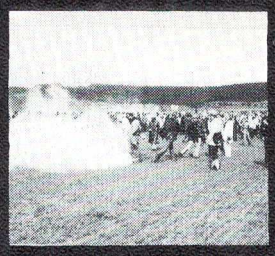
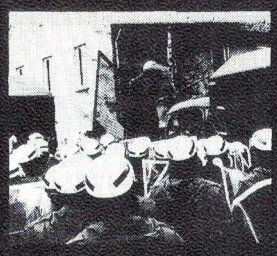
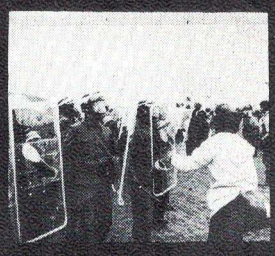
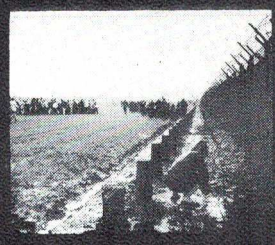
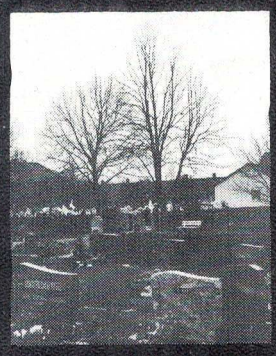
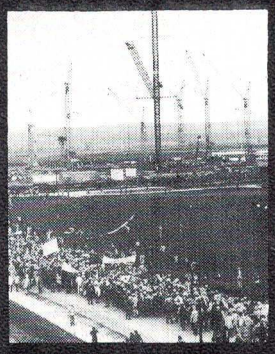
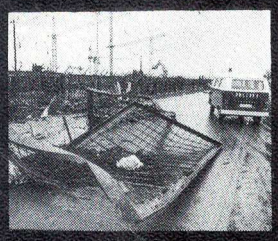
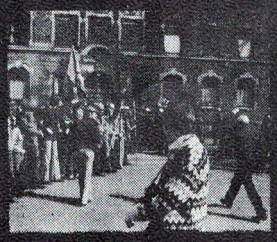
!...



Mit einem dicken Knüppel schlägt dieser vermummte Demonstrant auf einen Beamten ein



POLIZEI


Hagenohsen
Kirchohsen
AKW
nee!
Grohnde
Steinberge